

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Die Schande von Heiligendamm

Als die Pfarrerstochter Angela Merkel, adie in der „atheistischen“ DDR das Abitur ablegen, studieren, promovieren und bei der Akademie der Wissenschaften arbeiten mußte, noch der FDJ-Leitung ihres Instituts angehörte, hätte sie sich nicht im Traum vorstellen können, daß ihr einmal „die Mächtigen der Welt zu Füßen liegen“ würden. Es hatte zumindest den Anschein, als habe sie „für Deutschland“ den höchsten Gipfel erklommen. Auf die Ratspräsidentschaft der EU folgte ihre Starrolle als Gastgeberin beim Treffen der Staats- und Regierungschefs aus sieben selbsternannten „Hauptindustrialnationen“ dreier Kontinente. Die „Elite“ des Imperialismus war in Heiligendamm versammelt, um vorgeblich über Erderwärmung, Hunger in Afrika und andere Themen zu beraten. Damit es gefälliger aussah, war auch diesmal der russische Präsident mit an den Tisch gebeten worden. Der spielte geschickt seine Karten.

Die Show am Ostseestrand wurde öffentlichkeitswirksam abgezogen, das Ergebnis tendierte gegen Null. Man spreizte sich einmal mehr in leeren Versprechungen, wobei man erneut vorspiegelte, „Großes“ für die Ärmsten der Armen tun zu wollen. An die UNO, auf deren Kommandobrücke dieselben Leute stehen, wurde die Umsetzung der „Beschlüsse“ des Klimagipfels delegiert. Unter ihrem „Dach“ soll nun alles möglichst im Sande verlaufen.

In Wahrheit ging es um Einflußsphären, Macht und Profit. Das einvernehmliche Klappern von Messern und Gabeln beim abendlichen Festessen im Rittersaal eines zurückeroberten Gutsbesitzerschlosses konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß da handfeste Interessen aufeinanderprallten. Gemeinsam will man allerdings aufstrebenden neuen Industrienächten wie China, Indien und Brasilien begegnen. Auffällig war der Machtzuwachs des deutschen Imperialismus, der bereits den europäischen Reigen anführt und zum „Hauptpartner“ der USA geworden ist. Seine gesteigerte Aggressivität nach innen und außen ist unverkennbar.

Heiligendamm, das zu DDR-Zeiten Heilbad und Kurort für Zehntausende Werktätige war, wird fortan in einem Atemzug mit Guantánamo genannt werden. Die Bilder des stacheldrahtbewehrten Stahlgitterareals in Angela Merkels Hochburg vermitteln ebenso eine Vorstellung von der Freiheitsauffassung der BRD-Machthaber wie die Rostocker Käfige für 1200 zeitweilig „in Gewahrsam genommene“ Gipfelgegner. Das Menschenrechtsschwafel blieb Schall und Rauch.

Mehr als 100 Millionen Euro wurden für die Sicherheit der teuren Gäste ausgegeben, um den bisher größten Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes zu finanzieren. Der BRD-Unterdrückungsapparat setzte auf kleinem Raum 18000 Polizisten ein. Auch Militärs wurden an die Front befohlen: Nach der „Umbenennung“ des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei tat man beim Gipfel den nächsten Schritt: 2100 Angehörige von Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine nahmen an der inneren Repression teil. Zur Drohkulisse der Staatsmacht gehörten Tornados und Hubschraubergeschwader, deren ohrenbetäubender Lärm allgegenwärtig war.

Heiligendamm erwies sich als Gipfel der „Bürgernähe“. Er war mit dem Sausen von Polizeiknüppeln, dem Versprühen von Tränengas und Pfefferspray, mit häufigen Wasserwerferkanonaden verbunden. Selbst das rechtzeitige Aufstellen eines dann abgepackelten Autos war Teil des Kalküls. Zugleich ergingen sich uniformierte Pressesprecher in heuchlerischen Schuldzuweisungen, wobei sie den von der Polizei bewußt herausgeforderten, durch V-Leute unterwanderten Schwarzen Block junger Antifaschisten, in dem es zweifellos auch ein anarchistisches Provokationspotential gab, zu kriminalisieren trachteten. Die „Krawalle“ in Rostock und bei Heiligendamm gehörten unverkennbar zur Strategie, eine friedliche Massendemonstration gegen Ausbeutung und Unterdrückung als Schauplatz blutiger Gewaltorgien vorzuführen. 1000 Verletzte meldeten die Medien. Die Zahl angeblich betroffener Polizisten war fingiert. Übrigens hinterließen die Äußerungen einiger Veranstalter, die „Autonome“ denunzierten, einen faden Geschmack.

Heiligendamm bildete einen Rauchvorhang, hinter dem die politische Landschaft weiter nach rechts verschoben wurde. Die BRD war von Beginn an ein Staat des deutschen Kapitals und seiner Parteien. Aber sie brachte in der Vergangenheit auch Politiker wie Gustav Heinemann und Richard von Weizsäcker hervor, die sich als liberale oder konservative bürgerliche Demokraten profilierten. Jetzt droht rasch zunehmende Faschisierung. Oettingers Filbinger-Rede, Schäubles systematische Aushebelung des Grundgesetzes sowie Jungs schaumige Kriegsverherrlichung signalisieren das Maß der Gefahr. Auf die Schande von Heiligendamm muß mit dem Zusammenschluß aller Antifaschisten geantwortet werden.

Klaus Steiniger



INHALT

Der Schoß ist fruchtbar noch ... Hohnsteins Bürgermeister als Lügen-Kolporteur	S. 2 S. 3
Zur Selbstsicht der Rosa-Luxemburg-Stiftung	S. 4
Aus allen Poren „patriotisch“ Leo Jogiches, ein treuer Soldat der Revolution	S. 5 S. 6
Vor 150 Jahren wurde Clara Zetkin geboren	S. 7
Ein Journalist beim BND	S. 8
Hubert Einfalt und das Amt für Stalking	S. 8
Karlspreis an Solana – eine Kampfansage an den Frieden	S. 9
Bildungsnotstand: Wo der Hase im Pfeffer liegt	S. 10
Neuer linker Hochschulverband schlug erste Pflöcke ein	S. 11
General Heinz K.	S. 12
„Lücken“ im Grundgesetz	S. 13
Wie Brietziger LPG-Bauern das Laufen lernten	S. 14
Die Sicht des Karikaturisten von ver.di news	S. 15
Zum 100. des Sorben Kurt Krenz	S. 16
■ Zu Theorie und Praxis der KP Chinas auf dem sozialistischen Weg	RF-Extra
Anwalt und Klassenkämpfer: Fritz Wolff wird 85	S. 17
Was war die NVA-Kadettenschule?	S. 18
Das Märchen vom Investivlohn	S. 19
Neue Lage in Nordirland	S. 19
Warum die Palästinenser im Recht sind	S. 20
Daniel Ortega zweiter Antritt	S. 21
Weshalb den Briten Afghanistan so schwer im Magen liegt	S. 22
Indonesiens PKI zahlte den höchsten Blutzoll	S. 23
USA: Nur 12 % gewerkschaftlich organisiert	S. 23
Wie Washington die Japanisch-Amerikaner verfolgte	S. 24
Er nannte sich Nuntius	S. 25
In memoriam John Heartfield	S. 26
Aufklarerender Wind aus Montpellier	S. 27
DDR-Geschichte aus dem Koffer Geologe und Geschichtschürfer:	S. 27
Kurt Kauter	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Impressum / Anzeigen	S. 32

Der Schoß ist fruchtbar noch ...!

Kürzlich waren wir in Berlin bei den Stelen. Sie waren wenig besucht. Ich erlaube mir kein Urteil über dieses so stark in der Kritik stehende Bauwerk. Aber als wir uns in dem zu dieser frühen Stunde noch fast menschenleeren Labyrinth von steinerner Bedrückung, von fast archaischer Wucht und scheinbar ewig währender Beständigkeit so winzig vorkamen, wie es unserer wirklichen Bedeutung entspricht, riß es mich. Diese Quader, Tausende und Tausende Tonnen schwer, legten sich mir auf Brust und Herz. So schwer wiegt Schuld. Auch eigene. Unwägbar. Nachhaltig. Es war schwer, sich wieder zu lösen. Die drückenden Schatten blieben.

Die Vergangenheit war mein Gegenstand. Mein Schreib- und Darstellungsmaterial. Lebenslang. Ich war bei den Recherchen zu meiner Arbeit unentwegt mit Leiden und Grauen konfrontiert. In meinen Erinnerungen blieben Schmerz und Wut. Wie Metastasen greift Vergangenes immer wieder in die Gegenwart.

„Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“, rief Wilhelm II., und unsere Väter oder Großväter warfen sich mit Jubel in die Schlachten des I. Weltkrieges. Knapp 20 Jahre später die grausige Wiederholung infernalisches Ausmaßes.

Vergessen? Verdrängen? Kann ich nicht. Wo komme ich selbst her? Wo sind meine Wurzeln?

In dem gleichen muffigen Mief, der Masse dieses Verschiebematerials, das nicht mit einem silbernen Löffel im Mund geboren wurde und ein Leben lang funktionieren mußte. Täglich gefüttert, womit auch immer, damit keine gefährliche Unruhe aufkam.

Uns geht's gut! Hurra, wir leben noch! Vieles aus diesem Erlebten und dem Wissen um die schlimmste Vergangenheit un-

seres Volkes ist in meine Filme und Serien eingegangen.

Unzählige Zuschriften und Gespräche haben mir den Beweis erbracht, daß die Resonanz groß war, daß viele Menschen, die ich erreicht habe, bei sich einen Gleichklang gefunden hatten.

Viele beehrten aber auch auf. Teilten mir mit, daß sie von allem nichts gewußt hätten, und ich würde die Gefahr, der die Bevölkerung während der Nazizeit ausgesetzt war, nicht gerecht beurteilen und schildern.

Abgesehen davon, daß nicht wir, sondern alle die vielen anderen Völker, die von uns überfallen wurden, in Gefahr waren, kamen diese Vorwürfe vornehmlich aus dem Bürgertum.

Dem sogenannten gepflegten Bürgertum, das immer verächtlich von dem österreichischen Gefreiten sprach, aber dann die Hauptstütze der Nazis im intelligenten Teil der Bevölkerung war. Dieses wohltemperierte Bürgertum mit seinem Reinheitsgebot für gepflegte Biere waren die Beamten, Juristen, Lehrer, Militärs, Pfarrer und Pastoren, Ärzte, Wissenschaftler, Diplomaten, Ingenieure und Erfinder, auch viele Künstler.

Stützen der Gesellschaft, wie Ibsen sie in seinem berühmten Theaterstück nannte. Ohne diese Schicht, die Deutschland dominierte, könnte sich kein Staat halten. Kein Land der Welt kann ohne diese, wie man sie auch heute noch nennt, staatstragende Elite funktionieren.

Darunter nicht zuletzt die Gymnasialprofessoren, die uns den „Faust“ und Rilkes „Cornet“ in den Tornister stopften, nachdem sie uns frontreif machten mit Ernst Jünger, Edwin Erich Dwinger, Hans Grimm und allen anderen, die uns aufwiegelten mit Herrenrassen- und Volk ohne-Raum-Philosophien.

Wir waren dumme Jungs und mit Nietzsche leicht zu verführen, bevor wir volljährig wurden.

Aber unsere Eltern?!

Hunderttausende waren in der Rüstungsindustrie beschäftigt. Hunderttausende waren bei der Reichsbahn tätig und wußten von den Zehntausenden Transporten in Konzentrations- und Vernichtungslager. Hunderttausende in der Industrie, die alles herstellte, was man für den Krieg brauchte, von Stiefeln und Feldflaschen bis zu Panzern und Kanonen.

Mein Vater war, wie viele unserer Freunde und Bekannten, sein Leben lang, genau wie mein Großvater, in der IG Farben.

Nichts gewußt von Zyklon B, den Nervengasen Sarin und Tabun, in großtechnischer Produktion hergestellt?

Seriöse Professoren des Kaiser-Wilhelm-Instituts hatten an der Entwicklung und den Versuchen maßgeblich teilgenommen. Nichts gewußt von den Verbrennungsofen der Firma Topf, die in Erfurt industriell gefertigt wurden von den angestellten Ingenieuren und Arbeitern? Nichts gewußt von den KZ-Baracken, die ein gewisser Heinrich Lübke auf dem Reißbrett ent-

wickelt hat, der später in Westdeutschland Bundespräsident wurde?

Prof. Porsche, der Vater des Volkswagens, hatte die neuen leistungsfähigen Panzer konstruiert, Prof. Karl Müller, der Chefkonstrukteur von Krupp, die neuesten Geschütze.

Wer hat sie produziert?

Hat das alles Hitler selbst gemacht?

Oder hatten sie es zu dritt gemacht, oder zu viert?

Hitler, Göring, Goebbels und Himmler?

Der Kriegsverbrecher Albert Speer lobte: Wenn diese Rüstungsarbeit Erfolg hatte, dann war das nur den Abertausenden von Technikern zu verdanken, die in selbstloser Tag- und Nacharbeit schwer und erfindungsreich tätig waren. Dieser Mann behauptete bis zu seinem Tode, daß er nie Nazi gewesen sei. So wie Globke, Oberländer, Meerkatz, Hermann Josef Abs, Filbinger und viele andere, die unter Adenauer nicht nur rehabilitiert wurden, sondern erneut zu Amt und Würden kamen.

Alles nicht gewußt?

Der damalige US-Präsident Franklin D. Roosevelt sagte: „Wir müssen Deutschland hart behandeln, und ich meine das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Wir müssen das deutsche Volk entweder kastrieren oder so mit den Deutschen verfahren, daß sie künftig keine Menschen zeugen können, die den bisherigen Weg fortsetzen.“

So groß war damals der Abscheu vor uns und der berechtigte Haß! Wir haben den Zorn der ganzen Welt auf uns gezogen und duckten uns dann feige weg.

Brecht schrieb: „Cäsar schlug die Gallier. Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?“

Vergessen, daß die sowjetische Besatzungszone, die spätere DDR, mit allen ihren Bürgern die Reparationen alleine bezahlen mußte?

Alles vergessen oder verdrängt?

Mit Kaffee- und Apfelsinenpäckchen von West nach Ost aufgewogen und damit das schlechte Gewissen beruhigt. Und Geld geschickt, die Kirchendächer zu reparieren. Ich spreche von nichts Fremdem. Ich erzähle hier auch von Geschichten, die mir nahe sind und die in ihrer Vielfalt und Widersprüchlichkeit auch noch manches aus der Zeit des vergangenen Jahrhunderts erhellen.

Man ist dabei, die Geschichte umzuschreiben. Vergessen die Schuld, verdrängt die Sühne. Doch das Alte sitzt fest wie die Laus im Pelz, hebt schon frech die Stirn: Nazis auf den Straßen und in Parlamenten, offene Juden- und Fremdenfeindlichkeit, Waffenlieferungen öffentlich und geheim, deutsche Soldaten in aller Welt.

Brechts Worte haben, ein halbes Jahrhundert nach seinem Tod, ihre volle Gültigkeit:

DER SCHOSS IST FRUCHTBAR NOCH!

(Auszug aus der Erzählung „Die letzte Flasche“)
Rudi Kurz

Nach Redaktionsschluß

Am 16. Juni ist in Berlin „Die Linke“ gegründet worden. Sie verändert die Parteienlandschaft der BRD. Wir begegnen ihr vorurteilsfrei und illusionslos. Es handelt sich um eine Partei „links von der SPD“, die das politische Vakuum auffüllen will, welches durch die Rechtsdrift der Schröder-Beck-Partei entstanden ist. Ihr Vorsitzender Oskar Lafontaine bezieht sich gleichermaßen auf Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Willy Brandt. Ein Spagat. Die Zukunft der neuen Partei bleibt damit offen. Fest steht indes, daß sie antifaschistisch-demokratisch ist. **RF**

Antifaschisten der Sächsischen Schweiz gegen Geschichtsverfälschung Hohnsteins Bürgermeister als Lügen-Kolporteur

Am 27. Januar erschien in der „Sächsischen Zeitung“ ein Artikel unter der Überschrift „Zündstoff in Buchstaben“. Sein Verfasser, der PDS-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag André Hahn, wandte sich energisch gegen den Text auf einer Stele aus Edelmetall, die am gleichen Tag auf dem Hohnsteiner Marktplatz enthüllt werden sollte. Und zwar nur etwa drei Meter schräg vor dem Ehrenmal für die in den Jahren 1933/34 auf der Burg Hohnstein inhaftierten Antifaschisten. Die in Frage stehenden Sätze lauteten: „An dieser Stelle wurde im Jahre 1961 eine Gedenkstätte geschaffen. Sie wurde vom Dresdner Bildhauer Wilhelm Landgraf gestaltet. Die Nationalsozialisten hatten 1933–1934 auf der Burg ein Schutzhaftlager errichtet. Das Ehrenmal ist den inhaftierten Opfern gewidmet. Von der SED war hier ein zentrales ‚Isolierungslager‘ für politisch Andersdenkende des Bezirks Dresden geplant, das jedoch nie zur Ausführung kam.“

André Hahn erklärte, mit der Textfassung würden historische Ereignisse aus der Zeit des Faschismus und angebliche Pläne aus DDR-Zeiten miteinander vermischt und in einem Atemzug genannt. Das sei infam. „Ich halte es für gefährlich, auch hinsichtlich der Tatsache, daß wir uns im Landkreis ohnehin mit der NPD auseinandersetzen müssen.“ Die Gedenktafel könne zu deren Wallfahrtsort werden, befürchtete der Abgeordnete.

WIR GEDENKEN DES
BUCHENWALD-HELDEN

Benno Biebel

der am **24. Mai** im Alter von
96 Jahren verstarb.

Am 5. April 1945 hatte er die Auslieferung von 46 Häftlingskameraden, die am nächsten Morgen der SS zur Erschießung zugeführt werden sollten, persönlich verhindert.

Der Buchenwaldhäftling Nr. 2790 wurde am 29. Juni in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt.

Die Trauerrede hielt der stellvertretende Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Prof. Dr. Götz Dieckmann.

Weiter zum Ablauf der Ereignisse. Am 27.1. bat ich den erfinderischen Bürgermeister von der CDU, selbst als ortsansässiger Zeitzeuge im Anschluß an die Gedenkfeier einige Worte sagen zu dürfen. Das wurde mir verwehrt. Auch fragte ich den Chef der Stadtverwaltung, welche Beweise er für seine Behauptung habe, auf Hohnstein sei ein „Isolierungslager“ für DDR-Gegner geplant gewesen. Er nannte mir kurz die zuverlässigste aller Quellen, die Gauck-Birthler-Behörde, und behauptete allen Ernstes: „Ich habe auch auf der Liste gestanden.“

Die Angelegenheit hatte folgendes Vorspiel: In der Ratssitzung am 28. 2. gab der einzige PDS-Stadtrat folgende Erklärung ab: „Zwischen Weihnachten und Neujahr hat man ja ein wenig Zeit zur Besinnung, die ich auch dazu nutzte, die Dokumente der Stadtratssitzung vom 20. 12. 06 noch einmal zu sichten. Dabei bemerkte ich im Veranstaltungskalender für das Jahr 2007 den Eintrag „Gedenkfeier am Ehrenmal Hohnstein, Einweihung der Stele ...“ Telefonisch ersuchte ich den Bürgermeister um nähere Informationen zur der geplanten Stele und erfuhr so erstmals, daß für sie bereits ein Text vorliege. Kurz darauf traf dieser per E-Mail bei mir ein. Dabei stellte sich heraus, daß er bereits am 30. 11. 06 fix und fertig gewesen war.

Darüber empört, wie diskriminierend und selbstherrlich die Öffentlichkeit, der Stadtrat oder einfach auch nur politisch interessierte Bürger ausgeschaltet wurden, habe ich versucht, mit meinem schriftlichen Widerspruch vom 7. 1. 07 noch Veränderungen am Text zu erreichen. Auch im Verwaltungsausschuß, der am 17. 1. tagte, wurde dieses Thema nicht behandelt. Es verfestigte sich bei mir der Eindruck, daß man die Sache ohne jede Diskussion über die Bühne ziehen wollte. Die Verschleppungstaktik führte zum Zeitdruck. Ich informierte André Hahn, dem dann nur noch die Möglichkeit blieb, über eine Pressemitteilung die Öffentlichkeit zu unterrichten. Das undemokratische Vorgehen des Bürgermeisters verhinderte die notwendige Diskussion. Erst durch den Abdruck des Hahn-Artikels in der „Sächsischen Zeitung“ kam es dann doch zur Debatte. Bei der Zeitung gingen elf

Leserbriefe ein. Nur drei von ihnen befürworteten den verleumderischen Text auf der Stele. Ich selbst beteiligte mich an der nun öffentlichen Diskussion und schrieb eine geharnischte Antwort auf ein Interview des Bürgermeisters. Dieses war mit DDR-feindlichen Ausdrücken wie „totalitärer Unrechtsstaat“, „eingemauert“, „Zwangskollektivierung, die viele Bauern in den Suizid trieb“ gespickt.

Dem Bürgermeister und seinen Spießgesellen gelang es aufgrund des beherzten Auftretens des PDS-Stadtrats allerdings nicht, das Schandmal, auf dem er sich auch selbst mit „verewigt“ hat, ohne Widerstand zu errichten.

In der Hohnsteiner Stadtvertretung wurden dann drei von der PDS initiierte und auch durch andere Mandatsträger unterstützte Anträge unterbreitet.

1. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit und des Stadtrates erarbeitete Stele mit dem geschichtsverfälschenden Text wird vom Platz der Gedenkstätte entfernt. (mit 9 : 5 Stimmen abgelehnt)

2. Der Stadtrat stellt die Forderung an den Freistaat Sachsen, die Burg Hohnstein in die „Stiftung Sächsische Gedenkstätten“ aufzunehmen, um das im Keller der Burg befindliche Dokumentationsmaterial der Bevölkerung wieder zugänglich zu machen. (mehrheitlich vertagt)

3. Die von der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten“ entwickelte Wanderausstellung über „Frühe Konzentrationslager“ soll zu einem geeigneten Zeitpunkt auf der Burg Hohnstein gezeigt werden. (einstimmig angenommen)

Schließlich wurde noch folgender Begründung zugestimmt: „In Anbetracht der Tatsache, daß die Region der Sächsischen Schweiz als rechtsradikale Hochburg nicht nur in Ostdeutschland

gilt, sollte ein Zeichen gesetzt werden. Nicht zuletzt muß ein zu befürchtender öffentlicher Schaden für die Stadt Hohnstein und ihre Einwohner abgewendet werden. Im Eingeständnis eines Fehlers und dessen Beseitigung liegt Stärke, die letztlich anerkannt wird.“

So steht es also bei uns um den konkreten Widerstand gegen die allenthalben betriebene Geschichtsverfälschung.

**Werner Döring,
Hohnstein**



Der „RotFuchs“ hat wirklich sein Gutes: Er regt zum Wettstreit der Ideen und auch zur Nachahmung an. Im 1. Quartal 2007 weckte er den „RosaLux“ aus dem Winterschlaf. Es handelt sich um die Vierteljahresschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), deren Gründer im konterrevolutionären Jahr 1990 von der Absicht ausgingen, als Konkurrenz zu den bürgerlich-imperialistischen und deklariert sozialdemokratischen Zentralen für politische Meinungsbildung eine nicht-marxistische und linksreformistische eigene „Denkfabrik“ zu installieren. Der unterdessen weitverbreitete „RotFuchs“ mit seinen zahlreichen Regionalgruppen, die Monat für Monat niveauevolle politische Bildungsveranstaltungen auf der Basis der Lehren von Marx, Engels und Lenin anbieten, hat inzwischen ein spezifisches Gewicht in der deutschen Linken erlangt. So gab es bei der RLS offenbar Handlungs- und Imitationsbedarf. Man nannte das neue Blatt nicht etwa „RotLuchs“, sondern griff einordnungsbewußt zu einer matteren Farbe. Daß man nur ein frevelhaftes Wortspiel mit dem Namen der seit 1989/90 mißbrauchten und in die eigene ideologische Ecke gezerrten KPD-Mitbegründerin Rosa Luxemburg betreiben wollte, soll niemandem unterstellt werden. Allerdings hat sich ja auch das „RosaLux“ farbverwandte ND dazu hinreißen lassen, die gleichfalls ermordeten proletarischen Helden Sacco und Vanzetti als Titelgestalten einer eher dümmlichen Jugendbeilage auszuwählen. Geschmack ist eben nicht jedermanns Sache. Betrachten wir „RosaLux“ zunächst wohlwollend als ein jüngerer reformistisches „Brüderchen“ des RF, zumal wir davon ausgehen, daß sich unter den Akteuren und Teilnehmern der regional sehr unterschiedlichen RLS-Veranstaltungen neben Leuten, die an Gedächtnisschwund leiden und nicht mehr wissen, was sie früher einmal gelernt und verkündet haben, auch viele ehrliche Sozialisten und Kommunisten befinden.

Zur Sache: „RosaLux“ Nr. 1 macht den Leser mit den führenden „Kadern“ der

Neue RG in F/O

In Frankfurt/Oder wurde eine neue RF-Regionalgruppe gegründet. Ihrer Leitung gehören u. a. die Genossen Prof. Kurt Tiedke und Werner Schleese an.

RLS bekannt. Vorsitzender ist Heinz Vietze. Den 59jährigen, der sein politisches Hauptquartier bislang im brandenburgischen Landtag hatte, bezeichnete die bürgerliche Presse – wie übrigens auch ND-Herausgeber Lothar Bisky – schon vor anderthalb Jahrzehnten als „Mitglied des Küchenkabinetts von Gregor Gysi“. Während die früheren SED-Mitglieder und heutigen DDR-Ächter Wilfriede Otto und Rolf Reißig aus dem RLS-Vorstand ausschieden, wurde Michael Brie, ein anderer führender Kopf des antimarxistischen Flügels seiner Partei, als Vietzes

Eine in globalen Zusammenhängen agierende linke Denkfabrik Zur Selbstsicht der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Stellvertreter bestätigt. Auch so bewährte „Vordenker“ wie Dieter Klein und Ex-Senator Thomas Flierl gehören zum RLS-Führungsteam.

Die Startnummer von „RosaLux“ sorgt für Klarheit und Überschaubarkeit. Prof. Klein erläutert seine Sicht auf den alten Bernsteinschen Begriff des „demokratischen Sozialismus“. Nach der geradezu frappierenden Feststellung, die „gegenwärtige Welt“ sei „nicht die beste unter den möglichen Welten“, spricht er von der „emanzipatorischen Gesellschaft“. Der „Prozeß unterwegs zu ihr“ müsse auf den Begriff demokratischer Sozialismus gebracht werden. Auch eine Prise Antikommunismus darf bei den Zutaten natürlich nicht fehlen. „Der Name verweist zugleich auf den kategorischen Bruch mit dem untergegangenen nicht-demokratischen Staatssozialismus“, meint Klein. Ihm geht es „um mehr als nur soziale Korrekturen des Kapitalismus“. Man müsse Verhältnisse zurückdrängen und überwinden, die einer „kleinen globalen Macht-elite mehr Einfluß auf das Leben von Milliarden Menschen geben als den von ihrer Macht Betroffenen selbst“. Es handle sich allerdings „um einen voraussichtlich langen Demokratisierungsprozeß, bis Mehrheiten ihr Schicksal tatsächlich selbst bestimmen“. Der Professor spricht sich dafür aus, „an der emanzipatorischen Herkunft sozialistischer Ideen anzuknüpfen“. Immerhin sei „der Sozialismus wie der Konservatismus und der Liberalismus eine der großen geistigen Strömungen der Moderne“. Sieht man von der geschwollenen Wortwahl ab, dann weiß man sich darüber informiert, wohin bei Klein und seinesgleichen die Reise gehen soll. Jedenfalls nicht zum Sozialismus.

Prägnanter ist da schon Dr. Axel Troost. In seinem Artikel verweist er darauf, daß der „oft instrumentalisierte Begriff demokratischer Sozialismus“ von „Mitreitern hochgehalten“ werde, „die nicht gerade zum linken Flügel der neuen Partei zählen“.

Schließlich verdanken wir „RosaLux“ Nr. 1 wertvolle Aufschlüsse über die ganz an der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD orientierte „internationale Arbeit“ der RLS. Von einer „in globalen Zusammenhängen agierenden linken ‚Denkfabrik‘“ ist da die Rede. Besonders hervorgetan habe sich das Moskauer Büro – eines von etlichen. Sein Leiter hat einst am dortigen Institut für Internationale Beziehungen (IMO) studiert und dann eine Karriere im DDR-Außenministerium begonnen. Heute ist er Mitglied zweier exklusiver Einrichtungen der Bourgeoisie: des in London angesiedelten Internationalen Instituts für Strategische Studien und der

Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik. Der RLS-Mann heißt Peter Linke und ist vom Jahrgang 1963. Seinem Büro geht es „um Verständnis für die Spezifik zivilgesellschaftlicher Prozesse in Rußland“. In „virtuellen Chat-Räumen, zu Felde ziehend gegen Altstalinisten und andere rot-braune Gruppen“, habe man „auch einige reale Neu-Linke aufgestöbert“. Manche davon hätten sich allerdings als „Mitglieder diverser Kleinstgruppen mit pathologisch verinnerlichten Überzeugungen“ erwiesen.

Sollten auch die weiteren Ausgaben des „RosaLux“ den Trend der Nr. 1 bestätigen, dann wäre das Blatt wohl kein Nachzügler-„Bruder“ des RF, sondern lediglich ein weiteres Sprachrohr jener, die seit 1989 mit dem Namen Rosa Luxemburgs Schindluder treiben.

Klaus Steiniger



„Sich einsetzen. Nicht setzen. Und vor allem nicht zwischen zwei Stühle.“

Heinz Vietze

Nachträglich gratulieren wir unserem Autor, dem verdienten Kommunisten und Internationalisten

Bruno Mahlow

der am **27. Juni** seinen **70. Geburtstag** beging.

Wir wünschen ihm maximale Gesundheit und unerschütterlichen Kampfgeist.

Als wir (1931!) in einem Schulungslager des Sozialistischen Schülerbundes endlich begriffen hatten, daß Karl Marx – für uns – die Hegelsche Philosophie vom Kopf auf die Füße gestellt hatte, waren wir richtig stolz. Heute – 76 Jahre später – ist diesem Stolz nagender Zweifel gefolgt: Bestimmt das Sein tatsächlich noch immer das Bewußtsein?

Wir sind heute Zeugen, wie komplette „Revolutionen“ mit Dollars, wie auf einem Bauernmarkt, eingekauft werden: die „Rosenrevolution“ in Georgien, die „Orangene Revolution“ in der Ukraine. Riesige Zeitungsdomänen werden verhökert, um dann aus Übersee durch raffinierte Psychologen und Werbefachleute „Bewußtsein“ aus ihrer Retorte zu produzieren. Unter Umgehung unseres Seins, unserer Erfahrungen, kneten sie uns nach ihrem Bilde. An die Stelle unseres Seins, der realen Welt, tritt ihre Scheinwelt. Über die Medien werden Gewohnheiten, Geschmack, Neigungen, Musik, Farbgebung und natürlich Mode im wahrsten Sinne des Wortes „programmiert“. Damit wird das leere Geschwätz von „Demokratie“, persönlichen „Freiheiten“, ja „Freiheitsgütern“ zur Nebelgranate.

Ganze Forschungseinrichtungen tüfteln an der Variierung des Menschenbildes durch Medikamente – nicht nur an weiteren Dopingmitteln –, um Menschen „gefügiger“ oder „aggressiver“ zu formen. Bei der Stammzellenforschung werden mit einem mikroskopischen Eingriff nicht nur unerwünschte Krankheiten eliminiert, sondern auch nicht gewollte Charaktereigenschaften „gehirnamputiert“. Wie lange noch wird die „Schöpfung“ durch Gesetze geschützt?

Die allgemeine Aufmerksamkeit kennt leider nur die Datenerfassung durch die Polizei; gravierend sind indes Tausende, als privat deklarierte „Speicher“, in denen aus unseren Handygesprächen und Internetverbindungen, unserer Teilnahme an Rätselspielen, aus Bestellungen und Rechnungen unsere Gewohnheiten herausgefiltert werden, um – im Interesse des Kunden – den „Service“ zu verbessern. So ist der breit gefächerten Manipulation unseres Bewußtseins Tür und Tor geöffnet. Die Krake scheut sich nicht, nach unseren Kindern zu greifen, denen man die westliche Welt durch bunte „Spiele“ einimpft – über „Monopoly“ eignen sich unsere Kleinen „spielend“ die Regeln des Kapitalmarktes an.

Die einzige Gattung, die sich aus dieser gigantischen Meinungsmache bisher weitgehend herausgehalten hat, sind die Frauen, besser die Mütter, genauer die potentiellen Ostmütter. Sie haben sich von keinen Engelszungen verführen lassen, haben gezeigt, daß sie dem hochgelobten „Braten“ (einem gewissen Sein) nicht so recht trauen. Sie haben nach der „Wende“ den „Knick“, den Geburtenknick, die gnadenlose Halbierung der Geburtenquote, über Parteigrenzen hinaus diktiert – ein geradezu staatsmännischer Weibsblick. Dabei geht der Einsatz von „altbewährten“ Mittelchen munter weiter. Sehr (fern-)sehenswert sind diverse Shows von

Militärorchestern, eine wahre Augenweide, zackig, glitzernd, flankiert von einer Ehrenkompanie des „Gastgeberlandes“ Deutschland. „Unsere“ Jungs sind endlich wieder die Besten unter diesen Ballettsoldaten; alles im Griff. Der Karabiner ist nicht mehr Waffe, sondern Jongliergerät. Anders verhält es sich beim geplanten „Einsatz im Inland“. Da würde die Ehrenkompanie die „Terroristen aufs Korn nehmen“. Und dann diese berauschende Ästhetik der Uniformen: traumhaft weiße Marinesoldaten – man müßte noch mal zwanzig sein, die Lippen werden richtig feucht; auch auf den knackend vollen Rängen, wo die Opas ihre Enkelchen mitgebracht haben. Hier liegt doch der eigentliche Nährboden für die geschmähten

Patriotismus die Bereitschaft einschließen, für das Vaterland zu sterben. Das war ein Schuß in die falsche Richtung, der in der TV-Runde betretenes Schweigen auslöste. Und dann – welch Zufall – erscheint ein weiterer Born des Neu-Patriotismus: der Leidenspatriotismus. Deutsche Vergangenheit als endloser Weg gemeinsamen Leidens – von nichtdeutschen Leiden erfährt man kaum etwas aus herzerreißenden TV-Serien von der Ostfront. Wie unfreundlich hat man unsere Jungs nach 2000 Kilometern strammen Marsches doch in Stalingrad empfangen! Diese fast schon Volksgemeinschaft von Leidenden an der Heimatfront, in den Schützengräben, in Kriegsgefangenschaft. Selbst der „Untergang“ des Führers – eine ergreifende

Wie das „Bewußtsein“ der BRD-Bürger zusammengerührt wird Aus allen Poren „patriotisch“

Kameradschaften, nach dem vergeblich „in der Mitte der Gesellschaft“ gesucht wird.

Ob so markiger Soldaten wird von Übersee der „Beitrag“ Deutschlands (auch hier geht es um „Beitragserhöhungen“) zur „Sicherung des Friedens“ angemahnt. „Man“ gibt sich stirnrunzelnd: Zuerst hat man keine „Kontingente“, dann werden doch noch welche „erschlossen“. Nach der erfolgreichen „Operation“ am Horn von Afrika: Wie wär's mit Marinepatrouillen vor der libanesischen Küste, um „Waffenschmuggel“ zu unterbinden?

Inzwischen ist ja Deutschland „Vize“ im Rüstungsexport. Deutsche Hightech-U-Boote sind begehrter Exportschlager – „man“ kennt die Wege der todbringenden Geräte aus den Geschäftsunterlagen. Der Krieg wird exportiert und reduziert auf das, was er schon immer war: aufs Geschäft. All das ist möglich über neues Retorten-Bewußtsein; über „Partnerschaften“, „Bündnisse“ und „Verträge“ rückte das Ziel der deutschen Eliten – wie nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages 1919 – in greifbare Nähe. Sie können durch „deutschen Fleiß“ wieder zur Weltelite aufsteigen. Es hat diesmal nur etwas länger gedauert.

Gerade im rechten Moment – zur Fußball-WM – gesellte sich diesem Reigen des neuen Seins das „spontane Patriotismusgefühl“ der Deutschen hinzu. Sofort wird das „Phänomen“ von Fachleuten erörtert, um festzustellen, wie positiv „die Welt“ dieses zutiefst friedliche Empfinden zur Kenntnis genommen hat. Der Patriotismus der Fußballstadien wird zur Quelle neuer Hoffnung, die „Demütigung“ des 8. Mai 1945 endlich loszuwerden. In einer dieser Runden bemerkte ein Teilnehmer, daß

Leidensgeschichte. Konzertiert taucht das Leid der Vertriebenen auf. „Die Flucht“ als Film. Sogar Buchenwald muß als „Beleg“ herhalten, ein „Menschenrecht auf Heimat“ (und Entschädigung) wird abgeleitet. Der Gipfel: „Du bist Deutschland!“

Wir erleben es täglich: Der Wahnsinn hat Methode; erst werden die Menschen systematisch verblödet – „kein Geld“, „Vergreisung“, „Sparen, sparen“, um sie den Maklern wegen der unumgänglichen „privaten Vorsorge“ in die Arme zu treiben. Dann werden zu allem Hohn „Umfragen“ inszeniert, in denen sich die Meinungsmogule bestätigt sehen („BILD dir eine Meinung“). In Wirklichkeit ist es doch umgekehrt: Bei jeder Meldung oder Information sollte man sofort hartnäckig suchen, wo denn diesmal die Lüge versteckt ist. In Abwandlung von Marx könnte man sagen: „Die Lüge wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“

Unter so günstigen Voraussetzungen kann hierzulande schon mal an eine neue deutsche „Reform“ gedacht werden – an eine Reform der UNO. Wo doch in der Welt die deutschen Bundeswehr-Brünnlein fließen, sieht man die Zeit herangereift, „mehr Verantwortung zu übernehmen“. Ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat muß her!

Nicht Patriotismus eines tief verankerten Antifaschismus ist gefragt, nicht Patriotismus der hohen Allgemeinbildung, der niedrigen Arbeitslosigkeit, der Ausmerzungen von Rassismus, der Beseitigung von Kinderpornographie, des kulturellen Engagements, der Friedfertigkeit, sondern dieser folgenschwere Pseudopatriotismus zur Durchsetzung deutscher Interessen. Die Medien tun ihr Bestes.

Walter Ruge

Leo Jogiches – ein treuer Soldat der Revolution

An der Seite Liebknechts und Luxemburgs

Als „Revolutionär im edelsten Sinne des Wortes“ wurde Leo Jogiches durch Clara Zetkin charakterisiert. Er kämpfte an der Seite von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in der ersten Reihe der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Wie diese wurde er von der Reaktion ermordet. In Nachrufen wird der Internationalist Jogiches auch als russischer Revolutionär und Organisator des polnischen Proletariats gewürdigt. Für seine deutschen Mitstreiter war er ein Held der Revolution. Bei der Grundsteinlegung für die Gedenkstätte in Berlin-Friedrichsfelde am 15. Juni 1924 verlas Wilhelm Pieck den Text eines Dokuments, das anschließend in einer Kassette versenkt wurde: „Den erschlagenen Helden der Revolution Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches und den vielen Tausenden, die im Kampf um die Befreiung ihr Leben geopfert haben, zum Gedächtnis und als Zeichen der ungeschwächten Kraft, ihren Willen zum Siege zu führen und zu rächen.“

Angesichts dieser zeitgenössischen Wertschätzung verwundert es, daß eine Darstellung der politischen Lebensleistung Leo Jogiches' bis heute fehlt. Es gibt keine deutschsprachige Biographie. In der DDR hielt sich seine Würdigung in engen Grenzen. Zu seinem 100. Geburtstag erschien in der Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ eine sechsseitige Kurzbiographie. Sie blieb bis zum Ende der DDR der einzige öffentlich zugängliche Überblick über Leben und Wirken Leo Jogiches'. Fünfzig Jahre nach dem Mord wurde dem Panzerregiment 16 der NVA sein Name verliehen, vier Jahre später auch der Großenhainer Kaserne.

Leo Jogiches machte von seiner Person nie Aufhebens. Er war kein Redner, aber ein großartiger Redakteur und hervorragender Organisator. In der konspirativen Arbeit kannte er sich aus. Geboren am 17. Juli 1867 in Wilna (Vilnius) als viertes Kind wohlhabender jüdischer Eltern, wirkte er schon als Gymnasiast aktiv innerhalb der jüdischen Arbeiterjugend und war Leiter eines russischen sozialistischen Zirkels. Wegen politischer Agitation und Aufruf zum Streik wurde er 1888 verhaftet, saß im Gefängnis und stand anschließend unter Polizeiaufsicht. Bis an sein gewaltsames Lebensende blieb er im Visier der politischen Polizei. Das war ein Grund, weshalb er sich vieler Pseudonyme (Grosowski, Krafft, Krumbügel, Tyszka u. a.) bediente, um seine Identität zu verbergen. Als er 1890 zur zaristischen Armee einberufen wurde, floh er unmittelbar vor dem Abtransport direkt vom Sammelplatz. In der Schweiz fand er Asyl und begann ein Studium.

In Zürich lernten sich Rosa Luxemburg und Leo Jogiches kennen. Diese Bekanntschaft entwickelte sich zu einer engen Lebens- und Kampfgemeinschaft. Leo wurde der Rosa Luxemburg am nächsten



Wie Käthe Kollwitz den Toten sah

stehende Genosse, der Mitschöpfer ihrer politischen Ideen und Initiativen. Auch als die Lebensgemeinschaft 1906/07 zerfiel, blieb ihr Kampfbund erhalten und bewährte sich.

In der Schweiz gab er gemeinsam mit ihr und anderen Revolutionären die erste polnische sozialdemokratische Zeitung „Arbeitersache“ heraus. Uneigennützig förderte er sein Leben lang Projekte mit Geld, das aus seinem ererbten Vermögen stammte. 1894 gehörte er zu den Mitbegründern der „Sozialdemokratie des Königreiches Polen“, seit 1900 „Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauen“ (SDKPiL). Sie war eine revolutionäre, marxistische Arbeiterpartei, autonomer Teil der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ (SDAPR). 1905 war Jogiches maßgeblich an den revolutionären Kämpfen in Polen beteiligt. Im folgenden Jahr wurde er von der zaristischen Geheimpolizei Ochraha verhaftet. Ein Warschauer Militärgericht verurteilte ihn zu acht Jahren Zwangsarbeit und lebenslanger Verbannung nach Sibirien. Durch Bestechung der korrupten Gefängniswärter konnte er entkommen. Er nahm 1907 in London am V. Parteitag der SDAPR teil und wurde in das Zentralkomitee gewählt. Bis 1914 hat sich Leo Jogiches nahezu ausschließlich mit der Arbeit der SDKPiL befaßt. Er war faktisch Leiter des Hauptvorstandes, der sich in Berlin befand. Seine Tätigkeit war nicht unumstritten, sie veranlaßte Lenin zu prinzipieller Kritik.

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges schnitt alle Verbindungen des Genossen Jogiches nach Polen ab. Mit der ihm eigenen Energie unterstützte er nun die Antikriegsarbeit der deutschen Linken. Mit seinen großen Erfahrungen in der konspirativen Arbeit und seinen politischen, publizistischen und organisatorischen Fähigkeiten hatte er entscheidenden Anteil am illegalen Druck revolutionärer Flugblätter und Schriften und am Aufbau eines ganz Deutschland umfassenden Vertriebsnetzes. Von August 1916 bis März 1918 lag die Leitung der Spartakusgruppe in seiner Hand. Liebknecht, Luxemburg, Mehring und andere Genossen waren inhaftiert, Eberlein, Duncker und Pieck zum Kriegsdienst einberufen worden. Allein die Herausgabe der Spartakusbriefe unter

illegalen Bedingungen war eine gewaltige Leistung. Wenn festgestellt wurde, daß die Spartakusgruppe die ideologisch führende Kraft unter den deutschen Linken war, dann hatte Jogiches daran einen hohen persönlichen Anteil. Am 24. März 1918 wurde er verhaftet und ein Verfahren gegen ihn wegen versuchten Landesverrats eingeleitet. Am 9. November befreiten ihn revolutionäre Arbeiter und Soldaten aus dem Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit. Zwei Tage später war er Mitbegründer des Spartakusbundes. Als Mitglied der Leitung übernahm er das Aufgabengebiet Reichsagitation. Auf seine Initiative wurde am 15. November der „Revolutionäre Soldatenbund“ (RSB), die erste Wehrorganisation der deutschen Arbeiterklasse, gebildet. Ende Dezember 1918 gehörte Jogiches zu den Gründern der KPD und wurde in die Zentrale gewählt. Als die Arbeiter und Soldaten in den Januarkämpfen 1919 eine schwere Niederlage erlitten und die Führer der KPD, Luxemburg und Liebknecht, von der Noske-Soldateska, ermordet wurden, übernahm er die organisatorische Leitung der Partei. In einem Brief informierte er Lenin über die Lage: „Karl und Rosa haben unserer gemeinsamen Sache ihren letzten Dienst erwiesen ... Wir werden den Schlag beantworten, indem wir unsere Anstrengungen verzehnfachen ... Der Kurs bleibt der alte – trotz alledem und alledem.“ Genossen rieten Leo Jogiches, Berlin zu verlassen, weil die Polizei fieberhaft nach ihm fahndete. Er antwortete, es müsse „jemand bleiben, der den Nekrolog schreibt“. Er setzte sein Leben ein, um die Hintergründe der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aufzudecken. Am 12. Februar 1919 erschien die „Rote Fahne“ mit der Schlagzeile „Der Mord an Liebknecht und Luxemburg. Die Tat und die Täter“. In einem ganzseitigen Artikel legte Jogiches die Umstände der Bluttat offen. Die Zeitung veröffentlichte ein Foto, das die Mörder beim Feiern im Hotel Eden zeigte. Die Weltöffentlichkeit erfuhr so die Wahrheit. Leo Jogiches konnte nur noch vier Wochen kämpfen. Am 10. März 1919 wurde er von der Polizei aufgespürt, verhaftet und noch am gleichen Tag im Gefängnis hinterrücks erschossen.

Dr. Dieter Hillebrenner

Frauenrechtlerin, Klassenkämpferin, Internationalistin Vor 150 Jahren wurde Clara Zetkin geboren

Als am 9. November 1918 Arbeiter, Soldaten und Matrosen in Berlin rote Fahnen hielten, war Clara Zetkin in ihrem Heim bei Stuttgart schwerkrank ans Bett gefesselt. Fast verzweifelt darüber, nicht an der Seite der Freunde Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und der anderen Genossen sein zu können, verfolgte sie mit höchster Anspannung den Verlauf der revolutionären Ereignisse. Da es ihr unmöglich war, ihre beste Freundin Rosa Luxemburg nach Stuttgart kommen zu lassen, schrieb sie einen Artikel für die „Rote Fahne“, in dem sie eindeutig ihren Standpunkt darlegte: „Teilung der politischen Macht zwischen allen Schichten und Klassen des gesamten Volkes, wie harmlos und ideal, wie gerecht und demokratisch hört sich das an! Allein das Lammgewand verhüllt den Wolf. Das Proletariat hat entweder die ganze politische Macht, um sie an die Verwirklichung seines Endzieles zu setzen, Überwindung des Kapitalismus ... oder es hat keine Macht dazu.“

Obwohl Clara Zetkin seit 1917 der USPD und deren Zentraler Kontrollkommission angehörte, hatte sie den brennenden Wunsch, am Gründungsparteitag der KPD teilzunehmen. Sie hatte längst erkannt, daß die rechten Führer der USPD mit dem Klassenfeind paktierten und alles andere als die Revolution wollten. Doch noch immer konnte sie nicht in die Hauptstadt reisen. So studierte sie aufmerksam die Dokumente des Parteitags und unterschrieb das Parteiprogramm, wie sie sagte, „mit beiden Händen“. Ihre Freunde aber überzeugten Clara, vorläufig in der USPD zu bleiben, um durch ihre Autorität möglichst viele der dieser Partei angehörenden klassenbewußten Arbeiter für den Zusammenschluß mit der KPD zu gewinnen.

Tief vom Mord an Rosa und Karl, vom Tod Hunderter Revolutionäre erschüttert, rechnete sie am 4. März 1919 auf dem Parteitag der USPD mit deren Führung ab und bekannte: „Wie die Dinge liegen, erkläre ich offen: Für mich ist ein weiteres Zusammengehen mit den Rechten in der USPD ein Ding der Unmöglichkeit. Ich sehe mich vor die Notwendigkeit gestellt, die Grenzlinie zwischen jener Richtung und mir mit der äußersten Schärfe zu ziehen. Seit fast 40 Jahren kämpfe ich für das sozialistische Ideal. So alt ich bin ..., will ich doch die Zeit, in der ich noch wirken kann, dort stehen, dort kämpfen, wo das Leben ist und nicht dort, wo mir Zersetzung und Schwäche entgegenstarren ... Ein Hüben und Drüben nur gibt es: Kapitalismus oder Sozialismus.“

Clara Zetkin war zu diesem Zeitpunkt bereits 62 Jahre alt. Am 5. Juli 1857, also vor

150 Jahren, als Clara Josephine Eißner in Wiederau (Sachsen) geboren, ergriff sie den Lehrerberuf. Schon während des Studiums in Leipzig befaßte sie sich mit dem wissenschaftlichen Sozialismus und trat als 21jährige der SPD bei. Da ihr während des Bismarckschen Sozialistengesetzes politische Arbeit verwehrt war, ging sie nach Zürich, dann nach Paris, wo sie ihren Mann Ossip Zetkin heiratete. Auf dem Gründungskongreß der II. Internationale, der 1889 in der französischen Hauptstadt stattfand, hielt sie ein Referat



Grafik: Arno Fleischer

zur sozialistischen Frauenpolitik, die auf Jahrzehnte ihr Hauptbetätigungsfeld wurde. Selbst zweifache Mutter, kämpfte sie für die gesellschaftliche und berufliche Gleichberechtigung und die Befreiung der Arbeiterfrauen, für den Schutz, die gesunde Erziehung und umfassende Bildung der Arbeiterkinder. So wurde sie zur anerkannten Führerin der deutschen und internationalen proletarischen Frauenbewegung. Sie leitete lange Zeit das Internationale Frauensekretariat und gab 25 Jahre die sozialistische Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ heraus. Clara Zetkin unterbreitete und verwirklichte den Vorschlag, jährlich einen Internationalen Frauentag zu begehen. Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Basel richtete sie 1912 einen eindringlichen Appell an ihre Geschlechtsgenossinnen, Männer und Söhne nicht für imperialistische Profitinteressen herzugeben.

Aber Clara wirkte nicht nur als Frauenpolitikerin. Zwischen 1892 und 1913

nahm sie an allen sozialdemokratischen Parteitag teil, arbeitete von 1895 bis 1917 in der Kontrollkommission und im Bildungsausschuß der SPD. In der Auseinandersetzung zwischen rechtsopportunistischen und revolutionären Kräften in der SPD stand sie konsequent an der Seite Liebknechts, Luxemburgs und Mehrings. So war es für sie selbstverständlich, daß sie entschieden gegen den Verrat der SPD-Führung von 1914 und deren „Burgfriedenspolitik“ auftrat. Dafür verbrachte sie im zweiten Kriegsjahr mehrere Monate im Gefängnis.

Von ihrer langwierigen schweren Krankheit einigermaßen genesen, verließ sie im März 1919 die USPD und trat der KPD bei. Von nun an widmete sie ihre ganze Kraft dem Aufbau dieser marxistischen Partei und der kommunistischen Weltbewegung. In Deutschland gehörte sie der Zentrale, später dem Zentralkomitee der KPD an. Sie wurde als Abgeordnete in alle Reichstage der Weimarer Republik gewählt. Am 30. August 1932 eröffnete sie als Alterspräsidentin die 1. Sitzung der VI. Wahlperiode. Warnend erklärte sie: „Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen.“ Ihre Worte stießen bei der SPD und den bürgerlichen Parteien auf taube Ohren. Nicht weniger aktiv war Clara in der Komintern, deren Exekutivkomitee sie angehörte. Viele Male reiste sie in die Sowjetunion, wo sie enge Freundschaft mit Lenin und dessen Lebens- und Kampfgefährtin Nadesda Krupskaja verband. In Moskau übernahm sie vielfältige Aufgaben. So war sie Herausgeberin der Zeitschrift „Die Kommunistische Fraueninternationale“ und Vorsitzende der Internationalen

Arbeiterhilfe (IAH). In zahlreichen Reden und Veröffentlichungen befaßte sie sich mit kommunistischer Frauen-, Kultur- und Schulpolitik. Immer wieder stand dabei der Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus, für die Einheitsfront der Werktätigen im Vordergrund.

1929 erkrankte Clara Zetkin schwer an Malaria, die auch ihr langjähriges Herzasthma verschlimmerte. Bis zu ihrem Tod am 20. Juni 1933 in Archangelskoje bei Moskau wurde sie nicht mehr gesund. Ihre Urne ist an der Kremmlauer beigesetzt worden.

Günter Freyer

Unser treuer Leser, bewährter Autor und erfolgreicher Werber

Helmuth Hellige aus Berlin

begeht am **6. Juli** seinen **85. Geburtstag.**

Eine herzliche Umarmung!

Enttarnter Agent Wilhelm Dietl läßt die Hosen runter Der Journalist beim BND

Er interessierte sich für das Leben der Anderen, bis zum Hindukusch. Jetzt hat Geheimagent „Dali“, alias Wilhelm Dietl, Journalist aus der Oberpfalz, seine Weltreisen als Agent des Bundesnachrichtendienstes (BND) in einer surrealistischen Lebensbeichte auf den Markt gebracht. BND-Emissär mit Presseausweis, wähnt er sich noch immer als Patriot: „Es war ein Arbeitsverhältnis, und zu alledem“, so will er es verstanden sehen, „diente es der Sicherheit Deutschlands.“ Schon 1984 hatte Ex-„Stern“-Redakteur Manfred Bissinger auf einer Tagung der Deutschen Journalisten-Union (dju) zum Thema „Massenmedien und Geheimdienste“ die plumpe Bauernfängerei des BND skizziert. Bei sogenannten Chef-Gesprächen, zu denen der Pullacher Dienst immer wieder namhafte Vertreter der Medien einlud, war, so Bissinger, „von den gemeinsamen Interessen“ die Rede, das Wort „Deutschland“ fiel sehr häufig, man ziehe „doch am gleichen Strang“. Der Schnittmusterbogen traf wohl in diesen Jahren punktgenau auch auf den BND-Einsteiger Dietl zu. Wieder entstand jene unerfreuliche Symbiose, vor der nicht oft genug gewarnt werden kann. Erst jüngst hat die dju in Ergänzung ihrer Charta ausdrücklich unterstrichen: „Journalismus ist mit Tätigkeiten für Geheimdienste nicht vereinbar.“

Rund ein Dutzend Pressevertreter war dieser Tage der Einladung zur Buchvorstellung des Geheimdienst-Journalisten Wilhelm Dietl ins Berliner Hotel Albrechtshof gefolgt. Als Overture gab es etwas Asche aufs eigene Haupt: Er sei zwar im Kontext mit der Journalistenbespitzelung des BND enttarnt worden, daran jedoch nie beteiligt gewesen.

Die Zahl der Agenten des Bundesnachrichtendienstes, die allein darauf angesetzt seien, Journalisten auszuhorchen, siedelt Dietl „im zweistelligen Bereich“ an. Hinter seiner Enttarnung in dieser Affäre durch die Chefriege der Pullacher Schlapphüte wittert er eine „Vergeltung“ für die Publikationen, die er mit dem Ex-BND-Agenten Norbert Juretzko verfaßt hat.

Begonnen hat seine Laufbahn einst in ostbayerischen Provinzredaktionen, dann war Dietl „der Sprung zur ‚Süddeutschen Zeitung‘ und schließlich zur Illustrierten ‚Quick‘“ gelungen, dort eröffnete sich ihm „der Zugang zur Welt“. Er interessiert sich für den Nahen Osten, besonders für Syrien. Dietls Sichtweise der internationalen Lage mußte dem BND gefallen: „Syrien verstand sich als sozialistischer Staat ...“ Da galt es Einfluß zu nehmen.

1982 war der BND auf Dietl aufmerksam geworden, so erzählt er – und verdeutlicht einmal mehr, wie präzise der Geheimdienst die Presseleute im Visier hat – als Zuträger oder als Objekte der Bespitzelung. Politisch bleibt er auf der Wellenlänge der alten Auftraggeber, auch wenn er 1993 – aus Animosität zum Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer – den Dienst quittiert hat.

Zu oft, um es ironisch zu verstehen, greift Dietl ins Vokabular jüngster Washingtoner Mobilmachungsrhetorik, wie

„Schurkenstaat“ oder diverse Floskeln von „Terrorismus“.

Vom Nahen Osten bis Afghanistan liegt seit langem begehrtes Terrain – auch für den BND, als dieser vor 25 Jahren Dietl ins Geschirr nahm. Mit einem bestens ausgestatteten finanziellen Polster konnte er darangehen, Informanten zu werben, von denen einige tatsächlich in dem Glauben gehalten wurden, sie hätten es mit einem Journalisten zu tun.

Der Schaden für den ganzen Berufsstand ist längst gegeben, gesteht selbst Dietl ein. Mißtrauen nämlich schlägt den Pressevertretern vielerorts entgegen, begründet darauf, daß eben „viele Journalisten aus zahlreichen Ländern“, so der Experte, an der Leine der Geheimdienste laufen, „aber da gibt es keine Statistik, da kann man keine Zahlen nennen“. Müßte man nicht schon aus sprachhygienischen Gründen sagen: Viele Agenten verstecken sich hinter der Fassade eines unabhängigen Journalisten? Und auch Dietl muß eingestehen, daß die Gefahren für Leib und Leben der Journalisten in den letzten Jahren erheblich gewachsen sind.

Dietl selbst traf, so sagt er, in seiner aktiven Agentenlaufbahn „genug Kollegen“ – bezogen auf Journalisten –, bei denen er „das Gefühl hatte, daß sie auf beiden Schultern tragen“. Keine ermutigende Aussage zum Thema, welcher Wert der Berichterstattung aus Krisenregionen bemessen werden kann, wenn sich dort halbe Armeen geheimdienstbesoldeter Lohnschreiber tummeln.

Wie sehr der BND die intime Nähe zur Presse sucht, weiß Dietl aus seiner Kenntnis. So könne er bestätigen, daß Journali-



sten, die mit dem BND „sprechen“, einen Decknamen bekämen, damit ihr Klarna- me „nicht in den Akten auftaucht“. Auch wenn sie noch nicht auf der Gehaltsliste erscheinen.

Dietl selbst sucht, nachdem er vom einstigen Dienstherrn dekonspiriert wurde, die Öffentlichkeit. Er beklagt, wie „lebensgefährlich“ für ihn nunmehr Reisen in den arabischen Raum oder den Iran geworden sind. Das tatsächlich Beklagenswerte, die Gefahr, die durch geheimdienstliche Journalisten-Mimikry für unabhängige Vertreter des Standes heraufbeschworen wird, bleibt ausgeblendet. Darauf zu antworten wäre dann wohl auch eher Aufgabe des Bundesnachrichtendienstes oder des zuständigen Ministers. Dietl setzt sich mit dieser Praxis des BND in seinem Buch „Deckname ‚Dali‘“ nicht substantiell auseinander. Selbstkritische Bilanz – Fehlanzeige! Dem Geheimdienst prophezeit er nur weitere Skandale, „solange der ganz ‚normale‘ Bürger ein gestörtes Verhältnis zu Nachrichtendiensten“ habe.

Peter Niggel

Aus: *M – Menschen machen Medien* (ver.di-Zeitschrift), Nr. 5/07

Hubert Einfalt und das Amt für Stalking

Hubert Einfalt ist ein alter Bekannter. Seit mehr als einem Vierteljahr ist er unser täglicher Begleiter. Kein Schlapphut mit hochgestelltem Mantelkragen, gehört er zu den Stalkern, was auf deutsch so viel wie Stolzierer heißt. Stalker sind Leute, die andere Menschen bedrängen und belästigen. Stalking ist ein juristischer Straftatbestand. Sportler, Künstler und andere Prominente, aber auch Objekte verschmähter Liebe sind solcherart Verfolgung am häufigsten ausgesetzt. So mancher Stalker hat sich im Gefängnis wiedergefunden.

Hubert Einfalt ist ein Stalker besonderer Art, gewissermaßen ein Polit-Stalker. Er soll Ängstliche ins Bockshorn jagen. Der Fachausdruck dafür lautet: Psychoterror. Mit bemerkenswerter Ausdauer ruft Hubert mit häufig wechselnder Computerstimme unablässig bei uns an. Er präsentiert spektakuläre Wettgewinne oder bietet todsichere Mittel gegen Schlafstörungen an. Meist will er uns einfach

ein wenig die Zeit vertreiben. Manchmal bringt Hubert zur Abwechslung auch Musik, Frauenstimmen, Kindergezwitscher, Fabrikgeräusche oder Straßenlärm ins Spiel. Doch fast immer meldet er sich selbst, wenn er nicht irgendeinen Mundartler mit seiner Vertretung beauftragt hat.

Übrigens: Der Name wurde gut gewählt. Offenbar ist da jemand so einfältig anzunehmen, er werde ausgerechnet unter den hartgesotteten „RotFüchsen“ einen Angsthasen finden. Welch heilige Einfalt, wo doch Huberts Telefonservice in diesen Zeiten von Computerdurchsuchungen, Vorbeugehaft und Sammellagern Schäublescher Prägung gewissermaßen zum Standard gehört.

Unser Rat: Das Amt für Stalking, das wir indes nicht für einfältig halten, sollte keine falschen Hoffnungen hegen, uns mit Huberts Wunderwaffen beeindrucken zu können. **K. S.**

Am 27. Januar hielt Angela Merkel in Strasbourg ihre Antrittsrede als zeitweilige EU-Ratspräsidentin. Sie kündigte – wie schon bei anderen Gelegenheiten – an, daß sie sich intensiv für die Annahme der EU-Verfassung einsetzen werde. Später sprach sie von einer Variante unterhalb einer Verfassung. Das ursprüngliche Projekt scheiterte bekanntlich am Veto der Mehrheit der Bürger Frankreichs und der Niederlande. Die Deutschen waren gar nicht erst gefragt worden. Der Kurs Angela Merckels, an Bush und Sarkozy angelehnt, aber auch eigenständige Ziele verfolgend, ist übrigens nur die Fortsetzung deutsch-imperialistischer „Europa-Politik“. Hinter dem einstigen Planspiel der „Vereinigten Staaten von Europa“, dessen Charakter schon Lenin und Rosa Luxemburg entlarvten, über die Hitlersche „Verteidigung Europas gegen die jüdisch-bolschewistische Gefahr“ bis zur „Westintegration“ Adenauers steckte immer das Verlangen nach Expansion, wobei der Kurs den jeweiligen Bedingungen angepaßt wurde.

Adenauer ging es nach 1945 zunächst darum, den deutschen Imperialismus zu retten und wieder auf die Beine zu stellen. Kohl arbeitete mit Genscher an dessen Erstarren. Merckels Große Koalition möchte der „Europa-Politik“ ganz und gar ihren Stempel aufdrücken. Dabei sind allerdings die Interessen des französischen Imperialismus als Atommacht zu beachten. Die Diskussion um eine „europäische“ Verfassung in neuem Gewand widerspiegelt diesen Prozeß.

Da deren vorliegender Entwurf die Allmacht der Monopole festschreibt und die sozialen Rechte weitgehend ausspart, ist er für Linke unakzeptabel. Unannehmbar sind auch die Grundlinien der Sicherheitspolitik, die auf eine Militarisierung der internationalen Beziehungen, die Entfesselung neuer Kriege und forcierte Hochrüstung hinausläuft.

Das wird noch deutlicher, wenn man den Entwurf der „europäischen“ Verfassung mit dem „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ vergleicht. Es orientiert auf die grundgesetzwidrige Umrüstung der BRD-Armee für weltweite Kriegsführung. Bekanntlich wird den Streitkräften nur ein Verteidigungsauftrag zugebilligt und der Vorrang des Völkerrechts gegenüber dem Landesrecht bestätigt. Die Bundeswehr bekennt sich jetzt zu einer „vernetzten Operationsführung“, mit der die Truppen der USA, der NATO und der EU aneinander gekettet werden. Im gescheiterten Verfassungsentwurf heißt es: „Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gehört zu den Zuständigkeiten der EU. Die Militärunion ist konstitutionell festgelegt.“ Vorbehaltlose „Loyalität“ und „gegenseitige Solidarität“ sind Pflicht. (Wäre Komplizenschaft hier nicht der treffendere Ausdruck?)

Im „Weißbuch“ wird wiederholt auf die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) Bezug genommen. „Die EU steht für politische Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Deutschland

und ihren anderen Mitgliedsstaaten. Sie hat sich zu einem anerkannten Akteur im internationalen Krisenmanagement mit zunehmender außen- und sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit entwickelt“, wird zur ESVP ausgeführt. Sie „hat militärische und politische Planziele definiert, politisch-militärische Strukturen für Einsätze aufgebaut, eine Europäische Verteidigungsagentur eingerichtet und sich eine Europäische Sicherheitsstrategie gegeben. Europa hat damit die Voraussetzungen geschaffen, um in Zukunft seinen Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit effektiver wahrzunehmen.“ Und weiter: „Ein vorrangiges Ziel deutscher Sicherheitspolitik ist die Stärkung des europäischen Stabilitätsraumes durch Festigung und Ausbau der Europäischen Integration und durch eine

schuf die Schröder-Fischer-Regierung, was man diesen Friedensheuchlern nie verzeihen darf. Die Medien der Bourgeoisie rechtfertigen weltweite Kriegseinsätze der „Bürger in Uniform“. Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ vom 13. August 2006 verkündete ungeniert: „Die Politiker müssen nun der deutschen Öffentlichkeit beibringen, daß geschichtliche und humanitäre Erwägungen nicht der Grund dafür sind, daß deutsche Soldaten zu Konfliktzonen geschickt werden. Im Kern geht es um Grundlegendes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenige andere Länder.“

In der Sprache des „Weißbuchs“ heißt es, daß die Bundeswehr u. a. die „außenpolitische Handlungsfreiheit Deutschlands

Karlspreis an Solana – eine Kampfansage an den Frieden Was die Stunde geschlagen hat

aktive Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union mit den Staaten Osteuropas, des südlichen Kaukasus, Zentralasiens und des Mittelmeerraumes.“ Mit anderen Worten: Einen solchen „Ausrutscher“ wie die portugiesische Revolution von 1974/75 soll es nie wieder geben.

Der Begriff „Sicherheit“ wird stets unscharf aus der Berliner Perspektive definiert, die Worte wie Frieden und friedliche Koexistenz nicht kennt. Folgerichtig ist im Entwurf der EU-Verfassung festgelegt: „Die Europäischen Beschlüsse sind für die Mitgliedsstaaten bei ihren Stellungnahmen und ihrem Vorgehen bindend.“ Gegen „operatives Vorgehen“, also Kriegseinsätze, darf es keinen Widerspruch geben.

Aber wer steckt hinter „europäischen“ Entscheidungen über „humanitäre Interventionen“ oder militärische Einsätze gegen den „Terrorismus“?

Schon die bisherigen Bundeswehreinätze gegen Jugoslawien oder „am Hindukusch“, die von der Bundestagsmehrheit abegesenet worden sind, waren völkerrechtswidrig und in ihren Folgen unberechenbar. Diese gefährlichen Tendenzen werden sich verstärken, denn die EU schafft sich eigenständige militärische Strukturen und legt Ziele, Umfang, Mittel und Zeitraum einer „Aktion“ fest. Ob sich die tschechischen, polnischen, ungarischen und andere osteuropäische „Nachbarn“ schon mit den möglichen Konsequenzen für sie beschäftigt haben?

Die Bundesregierung ist treibender Keil der Militarisierung der EU. Den Einstieg in die Phase deutscher Kriegsteilnahme

zu sichern“ habe (wer erinnert sich da nicht an die faschistische Politik?) und „einen Beitrag im europäischen und globalen Rahmen leistet“.

Läßt sich dieser Weg in ein drittes „Karthago“, wie Brecht es nannte, noch blockieren? Mit den Mechanismen, die die „Europäische Verfassung“ festschreibt, auf keinen Fall.

Der vorgesehene EU-Außenminister – heißester Kandidat ist der berüchtigte Serbien-Bombardierer, Ex-NATO-Generalsekretär und in Aachen von der deutschen Reaktion zum Karlspreisträger gekürte Kriegsverbrecher Solana – darf zwar das „europäische“ Parlament „unterrichten“, und Abgeordnete können „Anfragen und Empfehlungen“ äußern, aber welche Erfahrungen gibt es in den „nationalen“ Parlamenten hinsichtlich der Transparenz von Entscheidungen? Es ist eine Tatsache, daß Kriege durch parlamentarisches Geschwätz noch nie verhindert wurden. Deutsche Rüstungskonzerne werden wie in den 30er Jahren die Profiteure sein. Für sie sind, wie schon unter Hitler, goldene Zeiten angebrochen. Den Bürgern werden die Kosten der Kriege und deren „Kollateralschäden“ aufgebürdet. Das alles ist unvernünftig, verbrecherisch und unchristlich.

An die Stelle willkürlicher Militäreinsätze muß endlich wieder das Völkerrecht treten, das den Gewaltverzicht verlangt, Aggression und Intervention aber verbietet. Darauf muß unser Kampf gerichtet sein. Es bleibt nicht viel Zeit. Die Uhr tickt unerbittlich. **Prof. Dr. Horst Schneider**

Im Februar 2006 besuchte der Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz, die Bundesrepublik Deutschland. Seine Visite erregte erhebliches Aufsehen, obwohl sie nach dem Willen der zuständigen Bundes- und Länderminister möglichst unbemerkt über die Bühne gehen sollte. Zwei Wochen lang diskutierte die Öffentlichkeit, ob das Recht auf Bildung in der BRD voll gewährleistet ist.

Vor einigen Monaten legte der Sonderberichterstatte dem UN-Rat für Menschenrechte seinen schriftlichen Bericht vor. Er geht davon aus, daß das Recht auf Bildung bereits 1948 in der Allgemeinen Erklärung über Menschenrechte verankert ist, und daß es erneut in der 1977 von der BRD ratifizierten Sozialcharta sowie 1990 in der Konvention über die Rechte des Kindes bekräftigt wird. Auf dieser Grundlage kommt Muñoz zu einer Reihe von kritischen Einschätzungen. Er empfiehlt der Bundesregierung, das mehrgliedrige Schulsystem, das nach seiner Meinung extrem selektiv ist und zu Diskriminierung führt, zu überdenken. Die Debatte darüber löse nur bei jenen Besorgnis aus, die am meisten davon profitierten. Muñoz benennt die Gründe für das hartnäckige Festhalten an der frühen Selektion: Es geht allein um den Erhalt von Privilegien. Mit Nachdruck weist der UN-Berichterstatte darauf hin, daß es in Deutschland gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle nicht gebe. Schüler aus armen Familien, mit Behinderungen oder Migrationshintergrund würden benachteiligt. Hinter den Ungleichheiten im Bildungsbereich stehe soziale Abstufung. Die PISA-Studien zeigten, daß sich diese in den schulischen Erfolgchancen widerspiegelt.

Ungleichheiten sind auch durch das föderale System und die damit verbundene Entscheidungshoheit der Bundesländer in Bildungsangelegenheiten bedingt. Muñoz: „Deutschland verfügt nicht über ein einheitliches Bildungssystem.“ Auch die regionalen Unterschiede zwischen der früheren DDR und der alten BRD bestünden weiterhin.

Kritisch wird im Bericht vermerkt, daß die Vorschulbildung nicht als voll integrierter Teil des Schulsystems angesehen wird und daß der Anteil von Schülern, die sich in Bildungsgängen befinden, die zu einer Hochschulzugangsberechtigung, also zum Abitur, führen, mit 37 % erheblich unter dem OECD-Durchschnitt von 49 % liegt.

Im Ergebnis seiner Untersuchungen kommt der UN-Emissär zu dem Resultat, daß das deutsche Bildungssystem sowohl inhaltlicher als auch struktureller Reformen mit dem Ziel der Schaffung von Bildungschancen für alle Menschen bedarf. Insbesondere sei es erforderlich, die Bemühungen zur Stärkung des öffentlichen Bildungssektors fortzusetzen und zu sichern, daß auch gegenwärtig vom Ausschluß bedrohte Bevölkerungsgruppen einbezogen werden.

Mit dieser Einschätzung wird erneut bekräftigt, daß sich das Schulsystem der BRD in einer tiefen Krise befindet. Die

Strategie der Kultusministerkonferenz, mit Retuschen am Herkömmlichen, gar mit Verschärfung der Selektion über die Runden zu kommen, ist gescheitert. Das gilt auch für die seinerzeitige Vereinbarung, jegliche Diskussion über strukturelle Reformen und über die Bildungsförderung zu unterbinden. Die Kritik am Bildungssystem ist in allen Gesellschaftsschichten enorm gewachsen. Sie gilt zunehmend auch der Mehrgliedrigkeit und der rigiden und frühen Selektion. Wenn die Schüler des 21. Jahrhunderts von Lehrern mit einem Ausbildungsstand des

schule, der Gesamtschulverband und der Grundschulverband sprechen schon seit Jahren von „einer Schule für alle“, in der sämtliche Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluß der Sekundarstufe I gemeinsam lernen.

Die Arbeitsgemeinschaft Bildungspolitik beim Parteivorstand der PDS unterbreitete auf ihrer 8. Bildungspolitischen Konferenz im Juni 2005 das Konzept einer Gemeinschaftsschule, die als öffentliche Einrichtung gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle gewährleistet. Sie überwindet auch die bisherige Trennung von Grund-

UN-Menschenrechtsrat muß sich mit BRD-Bildungsnotstand befassen

Wo der Hase im Pfeffer liegt

20. Jahrhunderts in einem Schulsystem unterrichtet werden, das im 19. Jahrhundert konzipiert wurde und sich seitdem nur graduell verändert hat, dann dürften gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle und hohe Bildungsqualität Illusionen bleiben.

Also kein Ausweg? Wir haben nicht das Recht, die Kinder und Jugendlichen im Stich zu lassen! Und natürlich auch ihre Lehrer und Erzieher nicht! Vorschläge für eine grundlegende Reform gibt es. Um ihre Verwirklichung zu kämpfen, ist Angelegenheit aller progressiven Kräfte der Gesellschaft – ohne die Vorstellung zu erzeugen, daß ein Wandel von heute auf morgen möglich ist. Das Schul- und Bildungssystem stellt einen Bereich dar, der Fingerspitzengefühl und Geduld erfordert, aber auch konsequent und zielstrebig auf neue Grundlagen gestellt werden muß. Erfahrungen und Erkenntnisse aus vierzig Jahren DDR und aus anderen Ländern gibt es zur Genüge.

Im Rahmen der auf die Gesamtheit des Bildungswesens zielenden Reform nimmt die Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen, in der Regel bis zur Klasse 10, einen zentralen Platz ein. In der Phase bis zum 15./16. Lebensjahr eignen sich junge Menschen in der allgemeinbildenden Schule und durch die Nutzung zusätzlicher Bildungsangebote das Fundament für die weitere Entwicklung ihrer Persönlichkeit an.

Vorschläge zum längeren gemeinsamen Lernen gehen heute von sehr verschiedenen gesellschaftlichen Kräften aus. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissen-

schule und Schulen der Sekundarstufe I und ist auf die Persönlichkeitsentwicklung der Lernenden gerichtet. Dieses Konzept zielt auf die individuelle Förderung jedes Schülers. Die Gemeinschaftsschule soll eine solide Allgemeinbildung vermitteln, wobei sie sich auf bundeseinheitliche Rahmenlehrpläne stützt. Der Unterricht wird grundsätzlich im heterogen zusammengesetzten Klassenverband erteilt und ggf. durch Unterricht in Gruppen ergänzt. Das Erkennen und die Förderung von Interessen, Neigungen und speziellen Begabungen gehören dazu. Eine solche Schule muß sich möglichst in Wohnortnähe befinden. Sie sichert vielfältige Angebote außerunterrichtlicher Betätigung und nutzt dafür die Möglichkeiten des Wohnorts und der Elternschaft.

Entscheidend ist natürlich, daß solche Konzepte auch in die Praxis umgesetzt werden. Erste Ansätze dafür gibt es in Bundesländern, wo politische Mehrheiten längeres gemeinsames Lernen befürworten oder wo es z. B. in der SPD Kräfte gibt, die sich dafür engagieren. Das sind vor allem Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. In einigen ostdeutschen Landtagen, z. B. in Thüringen, arbeiteten Fraktionen der Linkspartei.PDS an entsprechenden Vorlagen. Auch Aktivitäten der Familienministerin von der Leyen gehen in eine solche Richtung, wenngleich sie mit Halbheiten und Inkonsequenz verbunden sind.

In CDU/CSU-regierten Bundesländern wie Hessen, Niedersachsen und Bayern ist ein gegenteiliger Trend zu beobachten. Er zielt auf Erhalt, ja Verfestigung des

mehrgliedrigen Systems. Dazu zählen auch Vorschläge und Praktiken, die ein sogenanntes Zwei-Säulen-Modell durchsetzen wollen: Haupt- und Realschule als eine Säule, das Gymnasium als zweite. Das sächsische Modell einer Mittelschule (mit Hauptschul- und Realschulzweig) und eines Gymnasium ab Klasse 5 soll in Hamburg unter der Bezeichnung „Stadtteilschule“ eingeführt werden. Generell

gilt, daß ein Konzept für längeres gemeinsames Lernen nur dann in die Zukunft weist, wenn es auch das Gymnasium, insbesondere dessen Sekundarstufe I, einbezieht. Insofern ist das Zwei-Säulen-Modell eine Mogelpackung, die den Eindruck der Überwindung der Mehrgliedrigkeit erwecken soll, während in Wahrheit die rigide Selektion nicht aufgehoben, sondern eher noch verschärft wird. Auch die

überall in der BRD wachsende Zahl von Privatschulen und überhaupt die Tendenz zur Privatisierung (Nachhilfeschulen, Bezahlung von Schülerbeförderungskosten und Schulbüchern durch die Eltern usw.) forcieren das „Auswahl“-Prinzip und dienen dem Erhalt und dem Ausbau von Bildungsprivilegien.

Prof. Dr. habil. Günter Wilms

Neuer linker Hochschulverband schlug erste Pflöcke ein „Die Verhältnisse zum Tanzen bringen“

Die stehengebliebene Uhr in der stark renovierungsbedürftigen Mensa der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main zeigt auf 11.57. Im Schatten der Stahl- und Glaspaläste der Banken-Metropole wird dadurch symbolhaft deutlich, daß es noch nicht einmal mehr fünf vor zwölf ist, um dem kapitalistischen Mainstream und dem in seinem Sinne verlaufenden Umbau der deutschen Hochschulen einen bundesweiten linken Studierendenverband entgegenzusetzen. Das bisher existierende PDS-Hochschulgruppennetzwerk umfaßte bis vor einem Jahr gerade eine Handvoll Uni-Gruppen. Seitdem und parallel zum Gründungsprozeß der neuen Linkspartei sprießen an vielen deutschen Hochschulstandorten neue Gruppen aus dem Boden. Im laufenden Semester erschien schon zum zweiten Mal eine Campus-Zeitung, die mittlerweile in einer Auflage von 100000 Exemplaren an den Hochschulen verteilt worden ist. Vertreter erster Gruppen – so „Die Linke.HU“ (Humboldt-Universität) – zogen mit hohen Stimmenanteilen in die Studierendenparlamente ein. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung war der „Hochschulkongreß für eine neue Linke“ mit über 600 Teilnehmern Mitte Januar dieses Jahres. Viele der dort vertretenen linken Wissenschaftler und Politiker, aber auch zahlreiche weitere Persönlichkeiten riefen im Vorfeld der Gründungskonferenz dazu auf, den sozialistischen Hochschulverband der „Linken“ zu unterstützen und Mitglied im Fördererkreis demokratischer Volks- und Hochschulbildung e. V. zu werden.

Am Geburtstag von Karl Marx trafen sich knapp 50 Delegierte aus inzwischen 34 Hochschulgruppen, um einen neuen Studierendenverband aus der Taufe zu heben. Nach Grußworten namhafter Vertreter der Linkspartei.PDS und der WASG sowie des emeritierten Marburger Professors Frank Deppe und des GEW-Vorstandsmitglieds Andreas Keller wurde über das Programm diskutiert. Darin heißt es u. a.: „Wir kämpfen gegen den neoliberalen Umbau der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aller Art, gegen Krieg und Umweltzerstörung. Diese Ziele sind nur durch eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft zu realisieren. Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte.

Wir stehen ein für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und stellen ihr unsere Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft entgegen.“ Schwerpunkt der Arbeit wird natürlich der Kampf an den Universitäten sein: Ein Kampf gegen Studiengebühren und die Kommerzialisierung von Bildung, gegen die Zurückdrängung kritischer Wissenschaften und Bachelor- („Schmalspur“-) Studiengänge, für den Ausbau von BAföG und studentischer Mitbestimmung. In diesen Fragen herrschte große Einigkeit. Problematischer wurde es bei der Debatte um den Namen, wobei sich zwei große Lager gegenüberstanden. Die einen wollten unbedingt die Nähe zur neuen Linkspartei deutlich machen, die anderen einen Bezug auf den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) einbringen. Dieser war 1968 an der BRD-Studentenbewegung um Rudi Dutschke maßgeblich beteiligt. Nach mehrstündiger Diskussion einigte man sich auf einen Kompromiß: „Die Linke.Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband“ (Die Linke.SDS). Beteiligte Hochschulgruppen können dabei selbständig die Gewichtung der Namensbestandteile bestimmen, also nach

ihrem Ermessen den Bezug zur Partei oder zum SDS in den Vordergrund stellen. Der Studierendenverband wird Teil des neuen Jugendverbandes der Partei „Die Linke“ sein. Er ist berechtigt, Delegierte zu den jeweiligen Parteitagen zu entsenden. Diese Nähe zur Partei hat gewisse Vorteile. Das betrifft die finanzielle Ausstattung. Und die Partei kann auf personelle Verjüngung hoffen. Andererseits birgt diese Anbindung auch Gefahren. Neben der Ungewißheit, in welche Richtung sich die Linkspartei entwickeln wird, ist es eher fragwürdig, ob sich bestehende linke und meist parteienkritische Strukturen an den Unis von diesem Projekt begeistern lassen. Entscheidend hierfür wird aber nicht der Status, sondern die Politik des Hochschulverbandes sein, der, wie ein Transparent in der Mensa verkündete, „die Verhältnisse zum Tanzen bringen“ will.

P. S. Noch ein Wort in eigener Sache: Ich bin 22 Jahre alt, studiere Sozialwissenschaften und bin der Enkel des RF-Autors Günter Freyer. Seit längerer Zeit lese ich aufmerksam und interessiert Ihre Zeitschrift.
Erik Peter



Bürgerliche Schulpolitik. „Sag nicht böser Satansbraten! Du sollst sagen: Lieber teurer Herr Magister!!“
Aus: „Proletären“, Göteborg

Während einer Demonstration auf dem Marx-Engels-Platz sah ich ihn wieder. Er stand auf der Tribüne in der Uniform eines Generals. Ich hatte ihn einige Jahre nicht gesehen, es war ein ungewohnter Anblick. Sonniger Wind ließ die roten Fahnen fliegen. Da grüßte Heinz zu uns hinunter und winkte. Auf seinem Gesicht lag das alte Lächeln, ein wenig verlegen und ein bißchen überlegen, aufmerksam und jungenhaft. Vor zehn Jahren hatte ich es kennengelernt. Die ganze Berliner Jugend kannte es damals. Es war Juni 1946. Der Hunger hockte noch auf den Trümmern des Krieges, blühte in blaßlila Blütenstauden und anderem Unkraut schwindsüchtig und zäh zwischen den Ruinen der Berliner Innenstadt, die verlassen unterm Abendgewölk döste. Der Sommer nahte ungewohnt kalt, und

Leiter des Hauptjugendausschusses von Groß-Berlin.“

So habe ich Heinz kennengelernt. Ich bin ihm dann noch oft begegnet, dem schmalen, blonden Jungen mit dem asketisch freundlichen Gesicht. Er war einer der ersten, die 1945 zupackten. Er half den Jugendnoteinsatz organisieren, Nähstuben und Jugendheime einrichten. Er leitete die Aktion „Rettet die Kinder!“ und die ersten Enttrümmerungseinsätze der Jugend. Er kam in die Ferienlager nach Pätz und Prieros, um im „brain-trust“, dem Vorläufer des Jugendforums, „auf jede Frage eine Antwort“ zu geben. Kommandieren war ihm fremd. Dafür sah man ihn überall und stets diskutierend überzeugen, geduldig und beharrlich.

Ich kenne niemanden, der sich einem Gespräch mit ihm entzogen hätte. Die Nach-

davon sprach, wie sehr Deutschland besonders seine Jugend zum Wiederaufbau brauche. Sie empörten sich: „Wie kannst du von Deutschland reden, wo du selbst Deutschland im Stich gelassen hast und übergelaufen bist?“ Worauf Heinz über die Trümmer wies und, ohne Bitterkeit, erwiderte: „Ich haßte den Krieg, der Deutschland in die Katastrophe führte. Jetzt aber müssen wir alle zusammen das Elend überwinden, das sie hinterlassen hat.“

Als Hitler Reichskanzler geworden war und die Faschisten die Macht an sich gerissen hatten, zu bestimmen, was Recht und was Wahrheit zu sein habe, war Heinz noch Schuljunge. Aber er ließ sich nicht blenden und machte sich frühzeitig seine eigenen Gedanken über den Weg Deutschlands. Er war Sohn einer klassenbewußten Arbeiterfamilie, sein Vater zeitweise im KZ eingesperrt. Und als der junge Maschinenschlosser in einer sächsischen Infanteriedivision Sommeranfang 1941 nach Rußland hineinmarschieren und für die Nazis das weite reiche Land unterwerfen sollte, in dem die Arbeiter und Bauern regierten, stand sein Entschluß fest. Vom ersten waghalsigen Spähtruppunternehmen kehrte er nicht zurück ... 1943 konnten deutsche Soldaten auf einem Flugblatt seinen Namen lesen. Heinz hatte den Gründungsauftrag des Nationalkomitees Freies Deutschland mitunterzeichnet. Er kämpfte gegen Hitler und seinen Raubkrieg.

Fünf Jahre danach war Heinz Lizenzträger der Freien Deutschen Jugend Berlins. Er kam nicht „von oben“ zur Jugend. Er war selbst jung. Er lebte unter den Jugendlichen, bescheiden und ohne Distanz, er verstand ihre Sorgen und Freuden, er liebte das Mädchen Ruth und heiratete sie – er war einer von ihnen, der sich nur durch eins von ihnen unterschied: durch seine Erfahrung und sein klares politisches Wissen.

Viele von denen, die sich vor zehn Jahren mit Heinz um Vergangenheit und Zukunft stritten, zweifelnd oder zuversichtlich, sind heute Abteilungsleiter, Lehrer oder Redakteure. Viele haben sich inzwischen im Leben bewährt, manche haben vielleicht auch versagt.

Nur wenige wissen, was der blonde schlaksige Heinz zu seinen Freunden sagte, als es notwendig wurde, daß einige der besten FDJ-Funktionäre zur KVP gingen: „Alles verlangt von mir, nur das nicht.“ Er hatte eine Abneigung gegen das Militärische. Doch er meldete sich, weil er wußte, wie wichtig es war.

Alle, die ihn kennen, wissen, daß dieser junge Generalmajor die ihm unterstellten Verbände niemals in einen sinnlosen Krieg führen wird. Sie wissen, daß er, gefragt, warum er heute Soldat sei, antworten würde: „Ich hasse den Krieg, den einige Leute anzetteln möchten. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie Deutschland noch einmal in die Katastrophe führen können.“

Helmut Hauptmann in „*Sieben stellen die Uhr. Porträts von Zeitgenossen*“, Aufbau-Verlag, Berlin 1959

General Heinz K.

sicher froh die arme Jannowitzbrücke, die von Bomben zerschlagen in der Spree lag, an diesem Abend wie wir, als wir am Ufer auf den Dampfer warteten, der uns zum Seddinsee bringen sollte. Dort traf sich in der Nacht die Berliner Jugend zur Sonnenwende. Was von den Vergnügungskähnen noch fahrbar war, war gechartert und stampfte, mit Mädchen und Jungen beladen bis zum Rand, hinaus über Treptow und Köpenick.

Es war ein abenteuerliches Unternehmen. Die Armut hatte Anzüge wie zum Lumpenball geschneidert. [...] Wessen Proviant aus hinreichend trockenem Brot bestand, konnte den Dingen gelassen entgegenfahren. Aber auch die anderen hatten keine trüben Gedanken. Schließlich konnte man sich, ohne Markenabgabe, eine Brause mit Süßstoff kaufen. Die Abenteuer begannen nicht erst damit, daß die Expedition am Fuße der Gosener Berge keinen Landungsteg fand, und sie endeten keineswegs mit dem Sturm auf die ersten aus der Morgendämmerung tauchenden Dampfer, die zum Rücktransport anliefen. Dazwischen spannte sich eine windige Regennacht. Nichts war's mit dem Feuer auf dem Turm. [...]

Wir stiegen auf den dunklen Bergen umher, manchmal stießen wir auf kicherndes Gesträuch. Und dann standen wir oberhalb einer Mulde, aus der ein geducktes Feuer zu glimmen begann, trotz des feinen, durchdringenden Strichregens. Eine Schar Unentwegter saß darum auf feuchter Zeltbahn, Klampfen wurden geschlagen, und einer trat in die Mitte und hielt offenbar eine Rede. „Wer ist das?“ fragte ich Gerhard, und der sagte: „Das ist der

kriegsjugend war im allgemeinen nicht zart besaitet. Es gab Heime, die durch den kommunalen Jugendausschuß mit Hilfe von primitivem Mobiliar aus ehemaligen Nazikasernen oder -büros morgens notdürftig ausgestattet, abends bereits sinnlos demoliert aussahen. Gerade in diese Heime ging Heinz. Und gerade mit denen, die ihm die schwierigsten und vielleicht auch scheinbar unvernünftigsten Fragen stellten, unterhielt er sich bis in die Nacht. Auf dem „heißesten“ Tanzabend war er der Kapelle ein gefürchteter Konkurrent, wenn er, an die Wand gelehnt, ruhig zu diskutieren anging. Um Gesprächspartner brauchte er nicht besorgt zu sein, bald drängte sich der halbe Saal um ihn.

Nur wenige wußten, daß Heinz, während er die Jugend mobilisierte, beim Ausbessern von Wohnungsschäden zu helfen, selbst eine eiskalte Bude in einem Hinterhaus des Prenzlauer Bergs zur Untermiete bewohnte. Nur wenige wußten, daß manchmal seine nächsten Freunde und Gefährten dort eindringen, das ungemütliche Zimmer heizen und etwas zu essen bringen mußten, weil er sich selbst sträflich vernachlässigte und meinte, mit ein paar Zigaretten auskommen zu können. Seine Kraft, seine Zeit, seine Begeisterung – alles gab er ganz für das Ziel, die Jugend zu neuem Leben mitzureißen. Er ließ sich von der Größe der Aufgabe nicht einschüchtern. Und seine Stärke bestand gerade darin, daß er sich stundenlang mit den Beschwerden und Bedenken eines einzelnen beschäftigten konnte.

Es kam in der ersten Zeit nach dem Kriege manches Mal vor, daß Enttäuschung, Mißtrauische Heinz unterbrachen, wenn er

Bekanntlich fehlt es in einer bürgerlich verfaßten Gesellschaft an Garantien für die Durchsetzung der Demokratie. Weder die politischen noch die ökonomischen oder die sozialen Gegebenheiten bieten die Gewähr für eine demokratische Herrschaftsform. So bleibt Demokratie ein bloßer Kampfbegriff in der ideologischen Auseinandersetzung, eine Art Zauberformel, um das Volk ruhigzustellen. Auf internationaler Ebene wollen die USA und die BRD anderen Staaten, z. B. Rußland und China, ihre Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten aufzwingen, um ihren Führungsanspruch weltweit durchzusetzen.

Dennoch ist natürlich nicht zu übersehen, daß die bürgerliche Demokratie unter den gegenwärtigen Bedingungen der kapitalistischen Länder die vorteilhafteste Herrschaftsform darstellt, und zwar sowohl für den Kampf der unterdrückten Klassen als auch für die Bourgeoisie selbst. Sie erscheint ihr am geeignetsten, um das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Ausbeutungsverhältnis sowie die antagonistischen Klassengegensätze zu verschleiern.

Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital soll ideologisch „verbrämt“ werden. Zur Verhüllungstaktik gehört auch die „Presse- und Meinungsfreiheit“, die man zu einem Eckpfeiler der Demokratie erklärt. In Artikel 20, Absatz 2, legt das Grundgesetz fest, daß alle Staatsgewalt „vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt (wird)“. Damit soll die verfassungsrechtlich verbrieft Volkssouveränität, das unmittelbare Eingreifen des Volkes in den politischen Willensbildungsprozeß eingeeengt und durch repräsentative oder formelle Demokratie ersetzt werden. Das heißt im Klartext, „Stellvertreter“ aus den überwiegend bürgerlichen Parteien zu benennen, die aufgrund des Wahlaktes die Macht „im Namen des Volkes“ verwalten. Dabei sind in der BRD nur 4 % der Bevölkerung überhaupt in Parteien organisiert. Der Bundestag widerspiegelt als Gesetzgeber nicht die tatsächlich existierenden Klassen und Schichten der BRD.

Doch Demokratie bedeutet keineswegs nur die Teilnahme an Wahlen, sondern auch die aktive Mitwirkung der Bürger auf allen Ebenen. Die zunehmende Zahl der Nichtwähler ist ein Beleg für den enormen Vertrauensschwund gegenüber den etablierten Parteien, der bürgerlichen Macht sowie der im Grundgesetz verankerten Rechtsstaatlichkeit. Diese wird vor allem auch durch die Abhängigkeit der Abgeordneten von Lobbyisten beschädigt, die den größten Einfluß ausüben. Apathie und Resignation nicht weniger Bürger sind die Folgen.

Ein Schritt, um „mehr Demokratie zu wagen“ – wie Willy Brandt es einst demagogisch formulierte – wäre die direkte Demokratie. Dabei geht es um Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide, diese mit bindender Wirkung für die Parlamente. Eine Volksabstimmung muß

den gesamtstaatlichen Bereich erfassen und darf nicht nur auf kommunale und Länderebene beschränkt bleiben. Hier ist die Bundesrepublik politischer Sitzbleiber und hat einen verfassungsrechtlichen Nachholebedarf. Erinnert sei demgegenüber an die freie und geheime Volksabstimmung über die sozialistische Verfassung der DDR im Jahre 1968.

Bezeichnend für das Mißtrauen der BRD-Machthaber gegenüber solchen Formen der Volkssouveränität ist die Polemik Jutta Limbachs gegen direkte Demokratie. Die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, eine rechte Sozialdemokratin, verfiel seit Jahren die Auffassung, daß die unmittelbare Einbeziehung des Volkes nicht die Willensbildung des Parlaments beeinträchtigen dürfe. Dieses

Angst und Empörung bei der Bevölkerung“ unterstellt. Aufschlußreich ist, daß das Grundgesetz den Streik lediglich als Kampfmittel der „Sozialpartner“, also zwischen den Tarifparteien, zur „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ zuläßt. Somit wird er durch das GG zwar indirekt anerkannt, bleibt aber nur auf Konfliktsituationen beschränkt, an denen die Gewerkschaften beteiligt sind. Sogenannte wilde Streiks, die unabhängig von diesen begonnen und bei denen Tariffragen ausgeklammert werden, sind demnach ungesetzlich.

Das Ministerkomitee des Europarates fordert übrigens schon seit langem die Anpassung des Streikrechts der BRD an die Europäische Sozialcharta. Diese

Die BRD-Machthaber lehnen Formen der Volkssouveränität ab „Lücken“ im Grundgesetz

allein sei höchstes Organ. Eine solche Auffassung, die in einigen EU-Staaten nicht geteilt wird, bewirkt die weitere Demontage der bürgerlichen Demokratie. Volksentscheidungen zu wichtigen Lebensfragen der Gesellschaft wurden von vornherein abgeblockt. Es sei nur an die Einführung des Euro, das Überstülpen der EU-Verfassung und die sozialen Zumutungen der Agenda 2010 erinnert. Dieses verkürzte Demokratieverständnis der Bourgeoisie ist nicht schlechthin Ausdruck der Arroganz ihrer Politiker gegenüber dem „unmündigen“ Volk, sondern auch eine Form diktatorischer Machtausübung. Ihr kann nur durch die Bürger selbst begegnet werden. Außerparlamentarische Aktionen sind dazu geeignete Mittel. Denn allein durch Wahlen können radikaldemokratische Reformen nicht durchgesetzt werden.

Neue Bedeutung erlangt der von Oskar Lafontaine und maßgeblichen ver.di-Gewerkschaftern befürwortete politische Streik, der in der BRD durch den Antistreikparagraphen des Sozialgesetzbuches III faktisch verboten ist. Auch die weitläufige Auslegung der Gewaltdefinition des Paragraphen 80 Abs. 1 StGB durch den Bundesgerichtshof führt zu einer Kriminalisierung des Massen- und Generalstreiks. Der politische Streik wird als Kraftentfaltung und Zwangswirkung gegenüber den Verfassungsorganen gewertet, zumal bei einem Generalstreik die Lähmung des gesamten öffentlichen Lebens erfolge, was chaotische Zustände bewirke. Zugleich werden „Unruhen,

läßt politische Streiks ausdrücklich zu. Neben Großbritannien und Dänemark ist die Bundesrepublik in Zugzwang, zumal sie Maßnahmen des Europarates immer dann vollmundig unterstützt, wenn es ihrer politischen Strategie, vor allem beim Anheizen konterrevolutionärer Aktionen, entspricht.

Oskar Lafontaine hat im Bundestag namens der Linksfraktion eine Gesetzesinitiative zum Recht auf Generalstreik und somit auf politische Streiks unterbreitet. Alle anderen Fraktionen votierten gegen diese Vorlage. Für Lafontaine ist der politische Streik ein Mittel, um Fehlentscheidungen der Regierenden und des Parlaments zu korrigieren. Doch zweifellos muß er in seiner Zielsetzung darüber hinausgehen. Er ist als eine Form des Klassenkampfes zu betrachten, um die Allmacht des Kapitals einzuschränken. Er muß – wie die direkte Demokratie – als antikapitalistisches Druckmittel zur Durchsetzung radikaldemokratischer Forderungen eingeordnet werden. Dabei wird ein fundamentales Problem sichtbar: Je gründlicher die Menschen über ihre eigenen Lebensumstände Bescheid wissen, je mehr sie über politische Bildung als Mittel zu ihrer Befreiung verfügen, desto umfassender werden ihre heutigen und künftigen Möglichkeiten sein, sich in die politischen Kämpfe einzumischen. Dieser Prozeß der Formierung einer Gegenmacht ist ohne eine marxistische Partei mit Masseneinfluß nicht vorstellbar.

Wie die Brietziger LPG-Bauern das Laufen lernten Stürmische und schwere Zeiten

Brietzig in Vorpommern vor 55 Jahren. Hier wirtschaftete ich, 23 Jahre alt, verheiratet und glücklicher Vater, selbstständig auf 8,2 ha Bodenreformland mit Pferd, Kuh, einem sturen jungen Ochsen, der nur zum Fleischsoll taugte, gegenseitiger Bauernhilfe und einem Ende 1944 ausgestellten Facharbeiterzeugnis als Landwirtschaftsgehilfe. FDJ-Sekretär im Dorf war ich auch.

Eines Morgens, ich war noch gar nicht mit der Stallreinigung fertig, kam der Bürgermeister mit einem Herrn herein, den er mir als Bruno Suhrke, 1. Kreissekretär der SED, vorstellte. Ich fragte mich, was der denn schon so früh bei mir wollte; ich hatte doch nichts ausgefressen. Schnell kam er zur Sache und erzählte, daß vom 9. bis 12. Juli in Berlin die 2. Parteikonferenz der SED stattgefunden und beschlossen habe, mit dem planmäßigen Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Dazu gehöre, den Landarbeitern und werktätigen Bauern, die sich freiwillig zu Produktionsgenossenschaften (LPGs) zusammenschließen, alle notwendige Hilfe zu gewähren, um das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Dorfbevölkerung zu festigen. Jeder ehemalige Landarbeiter, Umsiedler oder Neubauer sollte gleiche Entwicklungschancen erhalten. Als ich



Maria Manka aus der 1953 gegründeten LPG „Vorwärts“ in Bosdorf, Kreis Hoyerswerda, gehörte zu den Pionieren der bäuerlichen Genossenschaftsbewegung.

merkte, daß das Gespräch interessant werden und länger dauern würde, kippte ich die Karre um, und wir setzten uns vor der Stalltür alle drei darauf. Vier Traktoren von der MTS würden auch dabei sein, sagte Genosse Suhrke, und 122 ha freie Flächen, die nicht von Siedlern übernommen worden seien, müßten bearbeitet werden. Weitere Gespräche und manche Überlegung überzeugten mich. Ich entschied mich dafür, einer LPG beizutreten und wurde auch Kandidat der SED. Die Genossenschaft in unserem Dorf mußte natürlich erst gegründet werden.

Nun ging alles sehr schnell. Am 25. Juli fand eine Einwohnerversammlung zu diesem Thema statt, bei der ich als Diskussionsredner über die Vorteile eines solchen Schrittes sprach. „Mit jugendlichem Schwung“, wie das Protokoll vermerkte. Schon zwei Tage später erfolgte in der Maschinen-Traktoren-Station (MTS) Wilsickow die feierliche Gründung der „LPG 12. Juli“ Brietzig. Wir gaben unserer Genossenschaft diesen Namen, weil die 2. Parteikonferenz am 12. Juli, gerade einmal zwei Wochen zuvor, den Beschluß zur Bildung von LPGs gefaßt hatte. Der Landrat, Genosse Prix, sprach über deren Bedeutung beim Aufbau des Sozialismus in der DDR. Unser Statut wurde beschlossen. Wir entschieden uns gleich für den Typ III mit gemeinsamer Viehhaltung, waren sieben Mitglieder und standen mit unseren fast 138 ha vor keiner leichten Aufgabe. Dessen waren wir uns bewußt. Zum Vorsitzenden wählten wir einen der Traktorenisten. Ich wurde sein Stellvertreter. Von unseren Frauen gehörte zunächst noch keine der Genossenschaft an. Sie kamen erst später dazu. Aber der Schritt in den neuen Lebens- und Arbeitsabschnitt war getan.

Nach wenigen Tagen bat unser Vorsitzender, von dieser Aufgabe entbunden zu werden, weil er glaubte, daß er es nicht schaffen könnte. Ich wurde sein Nachfolger. Die gemeinsame Arbeit in der LPG begann mit der Getreideernte. Wir lieferten das erste im Kreis Pasewalk genossenschaftlich geerntete Getreide an den Staat ab. Unser Kreis war ebenso jung wie wir, im Rahmen der Verwaltungsreform gerade erst gebildet und für uns ein zusätzlicher Anlaß zur Neuorientierung. Für viele Bauern im Dorf und im alten wie im neuen Kreis, auch für meinen Schwiegervater, war ich allerdings der Bauernverräter. Andere beobachteten uns mit wachsender Solidarität. In dieser Lage galt es nun, weitere Bauern und Landarbeiter zu gewinnen.

Am 3. August fand die 1. Kreisdelegiertenkonferenz der SED in Pasewalk statt. Ich war eingeladen und sollte als Vorsitzender der ersten LPG des Kreises in der Diskussion auftreten. Eine ganze Nacht habe ich am Text gesessen, auch manchen Bogen zerrissen. Aber alles ging gut. Danach kamen Einladungen aus den Dörfern,

zu den Bauern und Siedlern zu sprechen. Unsere Genossenschaft wurde immer stabiler. Im Januar 1953 erarbeiteten wir den ersten Jahresabschlußbericht und den ersten Betriebsplan für ein ganzes Jahr. Am Monatsende führten wir die erste Jahreshauptversammlung durch. Nun waren wir bereits 34 Männer und Frauen, darunter vier Jugendliche.

Für den 21. und 22. Februar hatte der Rat des Kreises Tage der Frühjahrsbereitschaft angesetzt. Der Anbauplan war fertig; alles vorbereitet. Ich machte wie jeden Morgen meine Runde. Kollegen zeigten auf einige Nachbarställe. Das Brüllen der Kühe war mir bereits aufgefallen. Die Stallungen waren wie immer verschlossen, doch niemand kam zum Melken und Füttern. Wir verständigten den Rat des Kreises. Beauftragte des Vorsitzenden öffneten die Ställe, damit das Vieh versorgt werden konnte, danach auch die Wohnungen. Wir waren fassungslos: In der Nacht hatten sich sieben Neubauern mit ihren Familien abgesetzt, Saatgut und Futtergetreide hatten sie vorher noch verkauft. Das bedeutete neue freie Nutzflächen, und wir hatten nun etwa 330 Hektar zu bewirtschaften.

Die Aufgaben wuchsen. In unserem Dorf änderte sich einiges. Wir richteten einen Kindergarten ein, der bald auch von Familien genutzt wurde, die nicht zur LPG gehörten. Eine Küche der LPG gab es ebenfalls. Erste Häuser der Genossenschaftsbauern entstanden. Im ganzen Kreis ging es vorwärts. Weitere LPGs hatten sich gebildet, anderenorts gab es Gründungskomitees.

Aber am 17. Juni, dem Tag des Putsches reaktionärer Kräfte, lösten sich dann auch in unserem Kreis einige Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften vorübergehend wieder auf. Bei uns in Brietzig dachte jedoch keiner daran, aus der LPG auszutreten. Wir hatten im Radio gehört, daß Randalierer in die Dörfer führen, um dort zu provozieren. Einstimmig hieß es bei uns: „Sollen sie nur kommen. Mit unseren Forkenstielen werden wir sie empfangen und nach Pasewalk zurückprügeln. Wir lassen uns in unserer Arbeit nicht stören.“

In Brietzig wurde bald darauf ein Agentenring aufgedeckt, dem der Lehrer und der Gehilfe in der privaten Schmiede angehörten. So erklärte es sich also, daß im Februar sieben Familien ihr Land und Vieh im Stich gelassen hatten und republikflüchtig geworden waren. Wir lernten einen ganz anderen Abschnitt des Klassenkampfes kennen. Aber schon 14 Tage später, am 1. Juli, verkauften wir auf dem 1. Pasewalker Bauernmarkt nicht nur Fleisch und Milch, sondern konnten auch vom erfolgreichen neuen Weg in unserem Dorf berichten.

Hans-Joachim Roeseler

Ins Schwarze getroffen: Wie der Karikaturist von ver.di news die Dinge sieht



Teilnehmer am Streik der Telekom in München



Die ver.di-Führung hat vor den Unternehmern kapituliert und ist den Streikenden der Telekom in den Rücken gefallen. Der RF solidarisiert sich mit der gewerkschaftlichen Basis.

Zum 100. Geburtstag des langjährigen Domowina-Vorsitzenden Kurt Krenz Ein sorbischer Kommunist

Politikern werden oft, zumal sie es selbst gerne so hätten, schmeichelhafte Titel zugesprochen. Heute wie gestern. Mit Kurt Krenz, dem langjährigen Vorsitzenden der Domowina, des Bundes Lausitzer Sorben, war dies aber nicht so einfach, verboten ihm doch seine Herkunft wie auch die Lebensweise, sich schmeichelhaft umwerben zu lassen. Und dennoch: Seine Weggefährten erinnerten sich noch zu seinen Lebzeiten mit dem Büchlein „Pomocnik swojemu ludu“ (Helfer seines Volkes) an ihn, den am 7. Juli 1907 in Malschwitz unweit von Bautzen Geborenen. Er war ein in ländlicher Gegend aufgewachsener Arbeitersohn, und er blieb, was ihm die Herkunft auf den Weg gab: immer dicht dran an einfachen Leuten.

Ich habe – in der Generation seines Sohnes aufgewachsen – Kurt Krenz oft erlebt. Nie nahm ich wahr, was mir an so manch anderem Funktionär nicht behagte: Überheblichkeit, Abgehobenheit und dergleichen.

Sein Lebensweg war geradlinig: Das Arbeiterkind wurde selbst Arbeiter im Steinbruch, trat 1923 der Kommunistischen Partei Deutschlands bei und schloß sich – für viele auch zu späteren Zeiten unverständlich – der sorbischen, aber auch vor allem im Tschechischen verbreiteten Sportorganisation „Sokol“ (Falke) an, mit deren Geschichte sich mancher später in der DDR schwer tat. Doch bei Kurt Krenz wohnten nicht zwei Seelen in einer Brust: die kommunistisch-proletarische und die sorbisch-nationale. Er begriff und handelte nach der Maxime: Man ist nicht Sorbe oder Kommunist, man ist sorbischer Kommunist oder kommunistischer Sorbe, von welcher Seite man dies auch sehen mag; man ist eins mit seiner Weltanschauung und seiner Nationalität.

Wen wundert es da, wenn dieser junge, engagierte Mann 1933 sofort von den Faschisten in „Schutzhaft“ genommen wurde – übrigens zeitgleich und am selben Ort, dem Bautzener Kupferhammer, mit meinem Vater, der nur wenige Kilometer entfernt als linker Sozialdemokrat lebte und erst, wie Kurt Krenz, unter den Schlägen der Faschisten begriff, daß Einigkeit not tut.

Nach 1945 wurden diese Zweieinigkeit und der Drang zur Einheit Grundsatz praktischen politischen Handelns: Kurt Krenz wurde Instrukteur und Sekretär der SED-Kreisleitung. Später, nachdem auf Drängen und Vorschlag der SED im Sächsischen Landtag das Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung verabschiedet wurde, stellte man ihn an die Spitze des Serbski zarjad, des Sorbischen Amtes.

Die Zeit der großen politischen Umbrüche im Osten war für das sorbische Volk



**Volksleben, Kultur und Brauchtum der Sorben
wurden auch durch Briefmarken in der DDR gewürdigt.**

**Die Abbildung zeigt vier Werte
des Sorben-Sechserblocks von 1982.**

die Zeit des Neubeginns: Seine Sprache und Kultur genossen nun statt früherer Benachteiligung und gar Verfolgung umsichtige Förderung, es bedurfte aber auch des persönlichen Einsatzes und Vorbildes der Verfechter der neuen Ordnung. Kurt Krenz wurde 1951 Vorsitzender der Domowina, eine Aufgabe, die nicht vergleichbar war mit ähnlichen Ämtern politischer Organisationen in der DDR. Vorstand, Vorbild, Landesvater, alles in einem. So geschah es zuweilen, daß er in entfernten Teilen der Republik als „Präsident von Sorbien“ angekündigt wurde. Immer im Einsatz, stets unter den Menschen, kam er, ohne es zu wollen, zum Titel „Helfer seines Volkes“, des kleinen sorbischen Abgeordneter der Volkskammer von Anfang an, verkörperte er einen neuen Typ des Deputierten: lebensnah, problemnah, volksnah, bescheiden und selbstbewußt, gerecht, doch nicht selbstgerecht, gefällig gegenüber anderen, doch nicht selbstgefällig.

Bei Kurt Krenz konnte es schon mal passieren, daß er in irgendeinem Parteibüro höheren Ortes voll Empörung oder Wut mit der Steinarbeiterfaust auf den Tisch donnerte, wenn es die Sache des Volkes, dem er diente, nicht anders zuließ.

Am 23. November 1978 starb er. Um ihn trauerten sorbische Katholiken genauso wie seine Genossinnen und Genossen. Er

war populär und beliebt, wohl gerade wegen seiner charakterlichen Prägung, zu der sich eine auffallend aufrechte körperliche Haltung als Folgekrankheit aus Steinbrecherzeiten gesellte. Kurt Krenz war politisch wie körperlich einer der Aufrechten, nicht zu übersehen, nicht zu überhören und nicht zu vergessen.

Sieghard Kosel

Unser Autor war Chefredakteur der sorbischen Tageszeitung „Nowa Doba“, dann PDS-Abgeordneter des Sächsischen Landtags und gehört heute dem Vorstand des RF-Fördervereins an.

Die „RotFuchs“-Regionalgruppe Bautzen/Oberlausitz lädt für den **9. Juli, 18 Uhr**, in den Bürgertreff Große Brüdergasse 1, in Bautzen, zum Klubabend anlässlich des

100. Geburtstages von Kurt Krenz

Sieghard Kosel stellt seine Krenz-Biographie (in deutscher Sprache) vor.

Am **6. Juli** findet im Bautzener Haus der Sorben um **18 Uhr** eine Kurt Krenz gewidmete Veranstaltung in sorbischer Sprache statt.

Anwalt, Klassenkämpfer und Verteidiger der DDR

Fritz Wolff zum 85.

ALLES WAS RECHT IST“ – das war einst der Titel einer Fernseh-Ratgeber-Sendung zu Rechtsfragen des Alltags, die Dr. Friedrich Wolff ab 1982 bis zum Ende der DDR monatlich moderierte. Sie steht für ihn zugleich gewissermaßen als Lebensmotto, da er mehr als fünf Jahrzehnte beruflich mit dem Recht verbunden ist. 1922 wurde der Jubilar geboren, der am 30. Juli dieses Jahres seinen 85. Geburtstag begehen wird. 1941 legte Friedrich Wolff sein Abitur in Berlin-Neukölln ab und nahm anschließend eine kaufmännische Lehre in einer Tuchgroßhandlung auf. Wenig später wurde er zum Arbeitsdienst in der Rüstungsindustrie verpflichtet. Bereits im Alter von 13 Jahren verlor Friedrich Wolff seinen Vater. Dessen jüdische Herkunft hatte zur Folge, daß der Sohn keine Einberufung zur Wehrmacht erhielt, aber auch keine Zulassung zum Studium. Erst nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus konnte Wolff dieses 1946 aufnehmen. 1949 legte er sein erstes Staatsexamen an der Berliner Humboldt-Universität ab. Hieran schloß sich seine Referendarzeit am Kammergericht an und eine Tätigkeit als Hilfsrichter am Amts- und Landgericht sowie als Seminarleiter in einer Berliner Richterschule.

Dort machte der junge Jurist auf sich aufmerksam und wurde alsbald Referent und Hauptreferent in der Abteilung Justiz des Magistrats von Groß-Berlin. Nach dem Bestehen des zweiten juristischen Staatsexamens 1952 erfolgte ein Jahr später seine Zulassung als Rechtsanwalt in Berlin.

Dr. Friedrich Wolff gehörte zu den Mitbegründern des Kollegiums der Rechtsanwälte von Groß-Berlin und zu den Aktivisten der ersten Stunde, als die bis dahin bestehende Einzelanwaltschaft dazu überging, sich zu Kollegien auf Bezirksebene zusammenzuschließen.

wiegend als Strafverteidiger tätig, aber auch auf vielen anderen Rechtsgebieten. Dabei fiel ihm nicht immer eine leichte Aufgabe zu. Sehr frühzeitig mußte Wolff den feinen Unterschied zwischen der Verteidigung eines Täters und der Bewertung einer Tat lernen. Dies insbesondere in Prozessen, bei denen gegen Beteiligte an Ausschreitungen des 17. Juni 1953 verhandelt wurde. Oder auch, als Walter Janka auf der Anklagebank saß. Später folgten Verfahren gegen Nazi- und Kriegsverbrecher, wie den damaligen Adenauer-Staatssekretär Hans-Maria Globke oder den Bonner Minister Theodor Oberländer, der nach 1990 durch ein bundesdeutsches Gericht rehabilitiert wurde. Auch einer der Mörder von Oradour-sur-Glane wurde von Friedrich Wolff vertreten.

Da er bereits in jungen Jahren der Partei der Arbeiterklasse beigetreten war, läßt sich nachvollziehen, daß für ihn die Aufgabe des Verteidigers in einigen Verfahren mit inneren Konflikten verbunden war. Er hat seine Mandanten verteidigt, wie es

dem Berufsethos des Anwalts entsprach, gleichzeitig aber seine Ideale und seine Überzeugung dabei nie in Frage gestellt. In den nach 1990 auf Abrechnung zielenden Prozessen gegen Erich Honecker, Hermann Axen und andere DDR-Politiker hat er sich an deren Seite einen Namen gemacht, wobei er zugleich zum Verteidiger der Existenzberechtigung und Legitimität der Deutschen Demokratischen Republik wurde. Er setzte sich konsequent für die Anwendung des DDR-Rechts in bezug auf DDR-Bürger ein.

Seine Erfahrungen hat Friedrich Wolff in mehreren Büchern, zahlreichen Artikeln, die in juristischen Fachzeitschriften und Tageszeitungen erschienen, zusammengefaßt. Hervorzuheben sind seine „Juristische Autobiographie“, die unter dem Titel „Meine verlorenen Prozesse“ vor einem knappen Jahrzehnt erschien, und die vor nicht allzu langer Zeit veröffentlichte Schrift „Einigkeit, Recht und Freiheit“. Hier setzte er sich maßgeblich mit der politischen Strafverfolgung nach 1990

und deren Ergebnissen auseinander. Verschwiegen werden soll auch nicht, daß Wolff viele Jahre in der Vereinigung der Juristen der DDR wirkte. Inzwischen hat er sich aus der beruflichen Arbeit weitgehend zurückgezogen. Dies bedeutet für ihn aber nicht Untätigkeit. Buchlesungen der letzten Jahre, etliche Aufsätze aus seiner Feder, die auch den politischen Entwicklungsprozeß der Linken kritisch begleiten, zeugen davon. Ich selbst kenne den Jubilar inzwischen fast ein Vierteljahrhundert, und jede Begegnung mit ihm macht aufs neue Spaß, läßt zur Diskussion ein.

Lieber Fritz, jetzt wirst Du 85. Dazu alles erdenklich Gute, nicht nur von mir!

RA Ralph Dobrawa

P.S. Auch der „RotFuchs“ schließt sich den Wünschen des Autors von ganzem Herzen an. Förderverein und Redaktion sehen in Dr. Friedrich Wolff das Vorbild eines standhaften Kämpfers für unsere gemeinsame Sache.

Grafik: Heinrich Ruynat



Um was ging es an der NVA-Kadettenschule in Naumburg? Eine Episode der DDR-Militärgeschichte

Am 27. August 1956 gehörte ich zu den Arund 200 Jungen zwischen 11 und 15 Jahren, die ihre Ausbildung an der neu gegründeten Kadettenschule der NVA in Naumburg aufnahmen. Vorangegangen waren behutsame Gespräche meiner Eltern mit mir, in denen sie mir sowohl die Vor- als auch die Nachteile einer Internatsausbildung erklärten. Letztlich überließen sie mir die Entscheidung. Ich stimmte dem Schulbesuch begeistert zu. Mein Enthusiasmus ließ am Abend des 27. August indes schlagartig nach, als die Eltern weg waren und ich mich in einem Schlafsaal mit 25 Gleichaltrigen wiederfand. Die ersten Tage verbrachten wir mit organisatorischen Dingen. Höhepunkt war natürlich die Einkleidung. Unsere Uniformen entsprachen in etwa denen der NVA jener Zeit. Auf den Schulterstücken trugen wir ein goldenes K. Frisch eingekleidet, machten wir eine erste Runde im Objekt. Der Hauptfeldwebel konnte sich vor Lachen kaum halten. Er bestätigte uns zwar, daß wir toll aussähen, meinte aber, es wäre besser, wenn wir die weißen Konfektionsschilder an der Rückseite der Hosen entfernten.

Wir wurden in Zügen (Klassen) von jeweils 25 Schülern zusammengefaßt. Pro Jahrgang gab es zwei Züge, zwei Jahrgänge bildeten eine Kompanie. Geführt wurden die Züge von einem Leutnant, dem ein Unteroffizier zur Seite stand. Sie waren in der NVA sorgfältig ausgewählt worden, mußten sie doch rund um die Uhr für uns da sein, mit uns Schularbeiten machen, große Teile der Freizeit mit uns verbringen, uns bei Krankheit trösten, uns Mutter und Vater ersetzen. Das war keine leichte Aufgabe. Es ist ihnen über die Jahre mit Bravour gelungen. Wir betrachteten sie mehr und mehr als unsere großen Brüder. Kommandeur der Schule war Generalmajor Paul Blechschmidt. Der frühere Volksschullehrer hatte bei den Faschisten im Zuchthaus gesessen, lief später zur Roten Armee über und war im Nationalkomitee Freies Deutschland tätig.

Wir Kadetten hatten keine Dienstgrade. Die Zugältesten, die jährlich wechselten, wurden von den Zugführern ausgewählt. In der Anfangszeit waren die „Naumburger“ überwiegend Söhne von Funktionären. Auch die Generalität hatte ihren

Nachwuchs in die Domstadt geschickt. Unter uns Kadetten spielte das keine Rolle. Im Laufe der Zeit wurde die soziale Zusammensetzung der Schüler differenzierter. Wir alle sollten auf den Dienst als Offiziere in den Streitkräften vorbereitet werden. Die Anstalt war eine Spezialschule, in gewisser Weise den Sport- oder Musikschulen ähnlich. Als Vorbild galten die sowjetischen Suworow-Schulen. Eine solche Einrichtung wie unsere gab es damals auch in der CSR.

Unterricht und Ausbildung basierten auf den DDR-Lehrplänen für die entsprechenden Klassenstufen. Endziel war das Abitur. Die Bedingungen für das Lernen waren ideal. Es bestanden bereits Chemie- und Physiklabors, sogar ein Planetarium. Zur Schule gehörte ein Hallenbad. Eine Sporthalle wurde neu gebaut.

Die Hausaufgaben fertigten wir nachmittags gemeinsam in den Aufenthaltsräumen an. Scharfe Kontrollen wurden nicht vorgenommen, man konnte sich ihnen aber auch nicht entziehen. Es war immer jemand da, um unsere Fragen zu beantworten.

Der Lehrkörper setzte sich aus erfahrenen Fachlehrern aller Richtungen zusammen. Teils waren sie Offiziere, teils Zivilangestellte. Als Fremdsprachen wurden Russisch und Englisch gelehrt. Der Sportunterricht nahm einen besonderen Platz ein. Hinzu kam die schuleigene AG ASG Vorwärts Naumburg. Die theoretische Ausbildung wurde von Praktika in Betrieben und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs), von Ernteinsätzen und Tagen in der Produktion flankiert, um die Verbindung zum Leben der anderen nicht zu verlieren. Ab 1959 gehörte das Erlernen eines Berufes dazu. Man konnte z. B. Elektromonteur im VEB Chemische Werke Buna werden. Mit dem Abitur sollte man einen Facharbeiterbrief erwerben. Zum Programm gehörte es, die Fahrerlaubnis der Klassen 1 und 5 zu erlangen.

Für die Freizeit gab es ein breites Angebot. Es existierten ein bald bekannter Chor, außerdem ein Kino, die Bibliothek und fachspezifische Arbeitsgemeinschaften (Geschichte, Biologie, Meteorologie, Malen u. a.) sowie solche mit rein militärischer Orientierung (Nachrichtenwesen, Kfz, Flieger, Matrosen).

Zu erwähnen bleibt, daß im Jahr jeweils ein Sommerlager in Prora und ein Winterlager in Bärenstein/Erzgebirge durchgeführt wurden, bei denen es neben der Erholung auch um die militärische Er-tüchtigung ging.

Wir durchliefen eine regelmäßige vormilitärische Ausbildung (Exerzieren, Marschieren, Grüßen usw.). Der Tagesablauf war entsprechend geplant und geregelt. Der Morgen begann mit Frühsport, dann folgten Appell, gemeinsames Frühstück und Schulunterricht.

Es war Pflicht, Uniform zu tragen. Zivilkleidung gab es an der Schule nicht. Ausgang in die Stadt wurde nach Eintragung in das Ausgangsbuch und Appell gewährt, Urlaub nur zu den Schulferien mit Urlaubsschein und Zivilerlaubnis. Angesagt waren auch Revierreinigen, Stubendurchgang, Spindkontrollen, Alarmer, Märsche. Also alles, was in den NVA-Einheiten zum Alltag gehörte. Der einzige Unterschied: Wir waren ein paar Jahre jünger.

Mit der Zeit kannten die Kadetten alle Schliche. Wir wußten, wie wir mit einem abgerissenen Knopf durch den Ausgangsappell kamen, wie man ein Lederkoppel zum Spiegeln brachte oder auf seinen Uniformhosen schlief, um eine messerscharfe Bügelfalte zu erreichen ...

Nach dem Pfingsturlaub 1960 wurde uns und unseren Eltern mitgeteilt, die Schule werde zum 7. Juli 1960 aufgelöst. Nur der älteste Jahrgang könne noch bis zum Abitur 1961 bleiben.

Die offizielle Begründung lautete, das Volkssystem der DDR sei inzwischen so gut entwickelt, daß es einer solchen Spezialschule nicht mehr bedürfe. Unter den Motiven, die zur Auflösung der Schule führten, spielten sicher die hohen Kosten, die sie mit ihrem breiten Ausbildungsfächer verschlang, eine maßgebliche Rolle. Hinzu kamen vermutlich politische Erwägungen. Man wollte der Hetze gegen die DDR, die unter dem ständigen Trommelfeuer des Gegners lag, keine unnötige Angriffsfläche bieten. Schon 1957 war in der westdeutschen Illustrierten „Revue“ verkündet worden, „die Kommunisten der Zone“ hätten die „traurige Tradition übernommen, Kinder in Uniform zu stecken und zum Kriegsdienst vorzubereiten“. Daß die DDR und ihre NVA niemals Kriege anvisierten oder in sie verstrickt waren, muß hier nicht ausdrücklich erwähnt werden.

Was ist aus heutiger Sicht von der Kadettenzeit geblieben? Zuerst die Grundlage für solides Wissen, von dem man ein Leben lang zehren konnte. Hinzu kamen soziale Erfahrungen beim Zusammenleben. Man mußte sich in einer großen Gemeinschaft Gleichaltriger behaupten, unterordnen, aber auch durchsetzen. Man hatte gelernt, Unterschiede zwischen Wort und Tat zu bemerken, wahre Freunde zu erkennen.

Für jene Kadetten, die später leitende Dienststellungen in der NVA und den Sicherheitsorganen bekleideten, spielt im Rückblick sicher auch die alte militärische Weisheit eine Rolle: „Wer nicht dienen kann, kann auch nicht kommandieren.“

Trotz mancher Probleme ziehe ich das Fazit: Naumburg war eine interessante Episode der NVA-Geschichte. Nur wenige, die dort waren, werden mit Groll auf diese Zeit ihres Lebens zurückblicken.

Karl-Heinz Günther

Am **26. Mai** verstarb im Alter
von **66 Jahren**
Genosse

Rainer Becker
aus Leimbach.

Der erfahrene Braumeister und
Brauingenieur war RF-Autor.

Den Angehörigen gilt
unser Mitgefühl.

Wie das Kapital den Arbeitenden das Fell über die Ohren zieht

Das Märchen vom Investivlohn

Angesichts der explodierenden Gewinne bei Banken und Konzernen sowie der Lohnkürzung durch Arbeitszeitverlängerung ist der Protest der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften stark gewachsen. Sie müssen und wollen dem Kapital einen größeren Anteil vom Gewinn zugunsten höherer Löhne und Gehälter abringen. So ist zum Beispiel die IG Metall mit einer Forderung von 6,5% Lohnerhöhung in die Tarifverhandlungen gegangen. Herausgekommen sind dabei 4,1%. Andere Einzelgewerkschaften blieben mit ihren Forderungen unter denen der IG Metall.

Dieser Auseinandersetzung zwischen den „Sozialpartnern“ will die herrschende Klasse u. a. dadurch entgegenwirken, daß sie einen alten Hut in den Ring wirft: den sogenannten Investivlohn als Form der „Mitarbeiterbeteiligung“. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) äußerte kürzlich, daß dies „den klassischen Gegensatz von Arbeit und Kapital überwinden“ helfe.

Dieser und damit der Klassenkampf sind weder verbal noch durch solche Praktiken zu vertuschen oder aus der Welt zu schaffen. Das ist nur bei Überwindung des kapitalistischen Systems möglich. In der alten BRD verlegte sich das Kapital auf viele Tricks, um die Realitäten der Ausbeutung zu verschleiern: die Volksaktien, das 312-DM-, das 624-DM- und das 936-DM-Gesetz zur „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. Zum Fächer solcher Einfälle gehört auch der Investivlohn.

In Wahrheit geht es darum, daß der Beschäftigte dem Unternehmer einen Teil seines Lohnes als zusätzliches Akkumulationsmittel für ca. 6 Jahre zur Verfügung stellt. Das ist nichts anderes als eine getarnte Lohnkürzung. Man könnte sie auch als Zwangssparen bezeichnen.

Der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes für die staatlichen Krankenhäuser vom Oktober 2005 enthält z. B. folgende Regelungen: „Eine Mitarbeiterkapitalbeteiligung durch Genußrechte ist bis zu einer Höhe von 10 % des Gehalts möglich. Durch die Umwandlung in Genußrechte erhalten die Beschäftigten für einen Teil ihrer tarifvertraglichen Gehaltsansprüche einen Anspruch auf Auszahlung, der erst nach einer Sperrfrist von mindestens sechs Jahren fällig wird und vom Krankenhaus später aus laufenden Mitteln zu tilgen ist. Eine Verzinsung kann vereinbart werden.“

Die Reduzierung von tariflichen Ansprüchen ohne Mitarbeiterbeteiligung ist auf 6 % begrenzt. Es geht also um eine Absenkung des Einkommens (pure Lohnkürzung!) und um die Mitarbeiterbeteiligung (verschleierte Lohnkürzung). Das Ganze wird so begründet: „Mit der Mitarbeiterkapitalbeteiligung greift ver.di als erste Gewerkschaft ein neues Instrument in einem Flächentarifvertrag zur Sicherung der Arbeitsplätze auf, mit dem Ziel, die öffentlichen Krankenhäuser wettbewerbsfähig zu machen ...“ Das heißt mit anderen Worten: Durch den monatlichen Lohnabzug wird dem „Arbeitnehmer“

vorgegaukelt, er sei nun „Miteigentümer“ geworden.

Aber kann ein Beschäftigter, der zum „Miteigentümer“ aufgestiegen ist, dann überhaupt noch Lohnforderungen stellen oder gar dafür streiken? Und wenn der Betrieb pleite macht, ist auch sein „Miteigentum“ (sprich: vorenthaltener und einbehaltener Lohn) futsch.

Kann und darf die Linkspartei so etwas unterstützen?

Nach der Auffassung von Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch könnte der Investivlohn eine sinnvolle Ergänzung zu Lohn- und Gehaltserhöhungen sein. Er will die Investivlöhne aus den Gewinnen der Unternehmer finanzieren (ND vom 6. 12. 06). Glaubt Bartsch wirklich daran?

Als linker Gewerkschafter kann ich das nicht unterstützen. Gibt es auch nur ein einziges Beispiel dafür, daß das Kapital die Ausgebeuteten jemals freiwillig an seinen Gewinnen beteiligt hat?

Das Gegenteil ist der Fall. Der Investivlohn soll Gelder der Arbeiter in die Kassen der Unternehmer spülen, damit diese ihren Profit maximieren können. In diesem Sinne ist er ein weiteres Instrument zur Verschärfung der Ausbeutung und dient der Unterordnung der Arbeitenden unter die Interessen der Bourgeoisie. Und da behaupten einige Leute, es gäbe keinen Klassenkampf mehr! **Dr. Hans Küstner**

Forum Gewerkschaften Magdeburg

Neue Lage in Nordirland

Im Norden Irlands, jenen sechs Provinzen der grünen Insel, die Großbritannien 1920 annektiert hat, ist eine neue Lage entstanden. Die einstigen Todfeinde in einem durch London systematisch geschürten und dann für lange Zeit nicht mehr unter Kontrolle gebrachten Konflikt – die rechtskonservativ-protestantische Democratic Unionist Party (DUP) unter Pfarrer Ian Paisley und die linkskatholische Sinn Féin – sind seit Anfang Mai in einer vom Stormont (dem nordirischen Regionalparlament) gebildeten Koalitionsregierung vereint. Teilung der Macht heißt die Formel, unter der Paisley Erster Minister und Martin McGuinness, die Nr. 2 der Sinn Féin, sein Stellvertreter wurden. Zehn Minister aus beiden Parteien gehören zur nordirischen Exekutive. Damit hat der fragile und zeitweilig unterbrochene Friedensprozeß seinen (vorläufigen?) Abschluß gefunden. Unter den Gästen der Zeremonie im Stormont war Tony Blair, dessen Labour-Regierung sich offensichtlich von der Absicht leiten ließ, den jahrzehntelangen Unruheherd auf solche Weise vordergründig befrieden

zu können. Sinn-Féin-Vorsitzender Gerry Adams, der wie Martin McGuinness noch vor 20 Jahren zu den Kämpfern der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) gehört hatte, nannte den jetzt erzielten Kompromiß einen „Markstein“. Es gehe um einen Wandel in der politischen Landschaft und um neue Beziehungen zwischen Irland und Großbritannien. Dabei verliere die Sinn Féin ihre Vision einer Vereinigung aller Provinzen der Insel nicht aus den Augen.

Der nordirische Friedensprozeß war im Oktober 1994 durch einen Brief der Sinn-Féin-Führung an Großbritanniens konservativen Premierminister John Major eingeleitet worden. Trotz Londoner Interesses an einer Einstellung der für beide Seiten äußerst verlustreichen Kämpfe zwischen der IRA und der britischen bewaffneten Macht scheiterte die erste Waffenruhe damals nach etwa einem Jahr daran, daß sich London weigerte, mit Sinn-Féin-Vertretern offizielle Verhandlungen zu beginnen.

Nach Majors Abwahl und seiner Ersetzung durch Tony Blair im Jahre 1997 wurde ein

zweiter Waffenstillstand vereinbart. Er hält bis heute. Ein sich Jahre hinziehender Gesprächsmarathon führte schließlich zum Good Friday Agreement, bei dem sich alle Beteiligten zu Zugeständnissen bereiterklärten. Bei einem Referendum wurde das Verhandlungsergebnis von der Bevölkerung ganz Irlands bestätigt.

Die Bildung einer vom Stormont getragenen Regierung für die nordirischen Provinzen ist sicher mit Risiken behaftet. Von dem geschworenen Katholikenhasser Paisley und seiner Partei drohen der Koalition auch weiterhin Gefahren, obwohl sich dieser extreme Reaktionär für den Augenblick recht moderat gibt. Positiv ist die Tatsache, daß sich die Sinn Féin zum ersten Mal in der wechselvollen Geschichte Nordirlands im Rahmen der Strukturen einer gewählten parlamentarischen Körperschaft mit legalen und friedlichen Mitteln betätigen kann, um ihre im Interesse der ärmeren Bevölkerungsschichten liegende Politik wenigstens teilweise umzusetzen.

R. F., gestützt auf Sinn Féin News

Vor 40 Jahren: Israelische Aggression gegen Ägypten, Syrien und Jordanien (Teil 2)

Warum die Palästinenser im Recht sind

Der 6-Tage-Krieg vom Juni 1967 war der erste Krieg, den Israel im Bündnis mit den USA führte. Er zeigte sowohl die enge Kooperation zwischen beiden Staaten als auch Differenzen in ihren jeweiligen Zielen. Im Bewußtsein von Washingtons Garantien und Unterstützung richtete der zionistische Staat einen entscheidenden Schlag gegen Ägypten und Syrien, die Hochburgen des arabischen Nationalismus. Als eigenes Ziel machte Tel Aviv die Eroberung ganz Palästinas westlich des Jordan komplett. Washington hatte den Krieg gegen Jordanien nicht vorgesehen, ließ Israel jedoch gewähren.

Die staatliche Hilfe der USA für den „strategischen Verbündeten“ Israel wurde zur mit Abstand größten Hilfssumme, die Washington überhaupt einem anderen Staat zuteil werden läßt. Die Vereinigten Staaten setzten erst ab Anfang der 60er Jahre auf die Stärkung Israels im Nahost-Konflikt (s. RF 108). 1961 brachte Präsident Kennedy die Bundesrepublik dazu, Israel einen Kredit zum Ankauf von Waffen zu gewähren. Die USA beabsichtigten, Waffen zu liefern, ohne in diesem Geschäft zunächst selbst in Erscheinung zu treten. Die BRD räumte Israel im Rahmen der „Wiedergutmachung“ einen Kredit ein, durch den es in jedem beliebigen Staat Waffenkäufe tätigen konnte. Im Rahmen dieses Kredits erwarb Israel in England, Frankreich, den USA und Italien U-Boote, Torpedoboote, Panzer, SPW, Kampfflugzeuge und Hubschrauber. Später lieferten die USA auch direkt Waffen an Israel, so 1964 Düsenjäger „Skyhawk“. Bis zur Umorientierung seiner Politik nach de Gaulles Amtsantritt 1958 hatte Frankreich Israel seit den frühen 50er Jahren maßgeblich mit Waffen versorgt. Dann gingen die diesbezüglichen französischen Exporte zurück. Zur gleichen Zeit lieferte die Sowjetunion in Folge der Dreier-Aggression von 1956 Kampfflugzeuge an Ägypten. Dies und die beginnende Wahrnehmung von Israels Nutzen für die USA veranlaßten Kennedy, positiv auf dessen beständige Nachfrage nach amerikanischen Waffen zu reagieren. Die Vereinigten Staaten wurden anstelle Frankreichs Israels vorrangiger Waffenlieferant. Während es zwischen 1948 und 1958 überhaupt keine US-Militärkredite gegeben hatte, stiegen diese von 1960 (500 000 Dollar) bis 1966, dem Jahr vor der Aggression, auf 90 Millionen Dollar an.

Die Resolution 242 (s. Teil 1 in RF 113) spricht nicht von der Gründung eines palästinensischen Staates. Man kann sich dabei nur auf die Resolution 181 aus dem Jahre 1947, den UNO-Teilungsplan, berufen. Deshalb und wegen der bedingungslosen Anerkennung Israels, die auch als Bejahung aller seit 1947 geschaffenen Fakten interpretiert wurde, weigerte sich die PLO bis 1988, die Resolution 242 zu

akzeptieren. Auf israelischer Seite lehnten der Likud und die anderen rechten Parteien die Resolution ebenfalls ab. Weil die englische Version nur von einem „Rückzug aus besetzten Gebieten“ statt von einem „Rückzug aus den besetzten Gebieten“ spricht, stellte sich die israelische Arbeitspartei auf den Standpunkt, die Resolution 242 verlange gar nicht den Rückzug aus allen besetzten Gebieten, sondern überlasse es Israel, wieweit es sich zurückziehen gedenke. Das widerspricht aber der Resolution, die im Einklang mit der UNO-Charta eindeutig besagt, „daß es nicht zulässig ist, Territorium durch Krieg zu erobern“.

Gleich nach dem Ende des Juni-Krieges begann Israel mit einer systematischen Besiedlungspolitik, um die Besetzung des Westjordanlandes und des Gaza-Gebiets praktisch unumkehrbar zu machen. Die Siedlungen wurden strategisch so geplant, daß sie die wichtigsten Verbindungslinien kontrollierten und das von Palästinensern bewohnte Gebiet in viele Inseln aufsplitterten.

Im Interesse ihrer eigenen Nahost-Ambitionen setzten die USA separate Friedensverträge Israels mit Ägypten (1979) und Jordanien (1994) durch. Die Okkupation Sinais war für Tel Aviv ohnehin zur Belastung geworden. Jordanien zwangen die USA 1988 zum Verzicht auf die Souveränitätsanmaßung über das palästinensische Westjordanland. Erst mit der im Dezember 1987 eröffneten Intifada begann sich die politische Situation der Palästinenser zu verbessern. Ein knappes Jahr später beschloß der Nationalrat, das palästinensische Parlament, die Gründung eines eigenen Staates. Mit deutlicher Mehrheit akzeptierte das Gremium die UNO-Resolution 242, die die Anerkennung des Existenzrechts Israels einschließt. Damit war von palästinensischer Seite der Weg zu gleichberechtigten Verhandlungen frei. Am 9. und 10. September 1993 kam es zur wechselseitigen Anerkennung von PLO und Israel. Damit wurde das erste Abkommen, die Grundsatzerklärung zur palästinensischen Autonomie, möglich. Ihre Unterzeichnung fand am 13. September 1993 in Washington statt. Sie hieß „Oslo 1“, weil sie ursprünglich dort ausgehandelt worden war. Oslo 1 sah die Bildung einer palästinensischen Übergangsregierung

durch freie Wahlen vor. Zuvor sollten sich die israelischen Truppen schrittweise aus allen Städten und Bevölkerungszentren des Westjordanlandes und Gazas zurückziehen. Das Abkommen sollte zu einer dauerhaften Lösung auf der Grundlage der UNO-Resolution 242 führen.

Am 28. September 1995 unterzeichneten Israels Ministerpräsident Rabin und PLO-Chef Arafat in Washington ein Abkommen, das den weiteren Zeitplan für den Rückzug Israels vorgab. Im September 1999 konnte endlich die zweite Gesprächsphase über eine endgültige Regelung beginnen, drei Jahre später als laut Oslo 1 vorgesehen. Die palästinensische Autonomie-Verwaltung erstreckte sich tatsächlich auf kaum 20 Prozent der Gebiete. Im Juli 2000 unterbreitete Israel in Camp David das „großzügigste“ Angebot. Es sah vor, daß Israel 10 Prozent des Westjordanlandes mit den wichtigsten Siedlungen, darunter den Großraum von Ostjerusalem, direkt annektieren und „aus Sicherheitsgründen“ weitere 10 Prozent des Westjordanlandes auf unbegrenzte Zeit militärisch besetzt halten würde, darunter das gesamte Grenzgebiet zu Jordanien. Die Palästinenser sollten auch die fast vollständige Annexion Ostjerusalems ausdrücklich akzeptieren und auf das Rückkehrrecht der über 2,5 Millionen Flüchtlinge verzichten, die zur Zeit außerhalb Palästinas leben müssen. Ein Staat auf zersplittertem, winzigem, ringsum von israelischen Truppen eingeschlossenem Territorium wäre weder politisch souverän noch wirtschaftlich lebensfähig, sein Funktionieren permanent von Israels Gnade abhängig. Die Ablehnung dieses Vorschlags wird häufig zum Beweis dafür angeführt, daß die palästinensische Seite an einer konstruktiven Lösung nicht wirklich interessiert sei. Seit dem ersten Oslo-Abkommen 1993 hat sich die jüdische Bevölkerung in den okkupierten Gebieten mehr als verdoppelt. Gleichzeitig ist die ökonomische und soziale Situation in den besetzten und abgeriegelten Regionen katastrophal. Solange Israel seinen kolonialistischen Landraub palästinensischen Territoriums aufrechterhält, wird ein Großteil der Palästinenser seine Anerkennung als Akzeptanz dieses Unrechts verweigern.

Bernd Fischer

Am **18. Mai** starb **81jährig** unser treuer Leser

Hans Rolf Müller

aus Hamburg.

Aus dem einstigen Funker der Nazi-Kriegsmarine wurde im Laufe der Jahre ein überzeugter und engagierter Sozialist.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Nicaraguas neue Regierung muß Erblast von 16 Jahren abtragen Daniel Ortegas zweiter Antritt

Die Geschichte ist wieder da!“ Das rief Venezuelas Präsident Hugo Chávez bei der Amtseinführung Daniel Ortegas am 10. Januar Hunderttausenden auf dem Platz de Fé in Managua zu. Er ironisierte damit die Restaurations-Doktrin vom „Ende der Geschichte“, mit der sich der Kapitalismus nach 1990 für unüberwindbar erklärt hatte

Ein reichliches halbes Jahr ist die Regierung der Versöhnung und nationalen Einheit im Amt. Die rechten und linken Demokraten Europas ließen und lassen sich über Ortegas Comeback auf der politischen Bühne aus. Hierzulande erklärte die Linkspartei die inzwischen ins Lager der Bourgeoisie abgeglittene Sandinistische Erneuerungsbewegung MRS zur linken Alternative. Die bürgerlichen Kräfte blasen ins Horn der liberal-konservativen Opposition Nicaraguas, die eine antidemokratische Tendenz wittert. In den ersten 100 Tagen habe sich nicht viel ereignet, die Probleme des bitterarmen Landes seien nicht gelöst. Ortega hätte sich mit der Anti-Washington-Allianz Kubas und Venezuelas verbündet. Er freunde sich selbst mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad an und spanne Kardinal Obando y Bravo in seine Versöhnungspolitik ein. Ausländische Investoren befürchten die Verstaatlichung der Wirtschaft nach dem Beispiel Venezuelas und Boliviens. Lassen wir die Tatsachen sprechen: Sofort nach der Amtsübernahme erklärte die Regierung den Beitritt Nicaraguas zu ALBA, der Bolivarianischen Alternative zum USA-beherrschten Gemeinsamen Markt Lateinamerikas. Ihr gehören auch Bolivien, Ecuador, Kuba und Venezuela an. Am 5. und 6. März tagte in Managua erstmals die Gemischte Kommission der Regierungen Nicaraguas und Venezuelas. Die neue Regierung hat sofort die Beziehungen zu Kuba normalisiert. Mit Libyen, Iran und Laos wurden wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Am 27. März 2007 beriet die neue Regierung das Programm der Trinkwasserversorgung. Obwohl das Land über hervorragende Ressourcen verfügt, werden nur 60 Prozent der Bevölkerung mit Trinkwasser versorgt. Die neue Regierung hat beschlossen, einheitliche Trinkwasserpreise einzuführen, den Anteil der staatlichen Brunnen durch Erneuerung zu erhöhen und die Besitzer der privaten zu veranlassen, in die

Gewinnung von Trinkwasser zu investieren. Gleichzeitig beriet sie das Energieprogramm. Nach 16 Jahren gegenläufiger bourgeoisier Politik werden nur 60 Prozent der Haushalte mit Strom versorgt. Abschaltungen bis zu 12 Stunden am Tag waren bisher normal. Um den dringenden Bedarf zu sichern, sollen 2007 neue Kraftwerke mit einer Leistung von 120 Megawatt gebaut werden. Am 17. April gingen in Las Brisas und Los Brasiles die ersten beiden Einheiten aus Venezuela mit 60 Megawatt Leistung ans Netz. Nicaragua plant den Bau kleiner und mittlerer Erdwärmekraftwerke, die den Energiebedarf von 540 bis 560 Megawatt decken. Am 24. April 2007 stellte die Regierung Ortega ihr Gesundheitsprogramm vor. Der Kurs der vergangenen 16 Jahre hatte dazu geführt, daß 64 Prozent der Bevölkerung, vor allem auf dem Lande, keine ärztliche Betreuung mehr erhielten. Die privaten medizinischen Dienste im öffentlichen Gesundheitswesen werden geschlossen. Ab sofort ist die Erste Hilfe zu garantieren. Schrittweise soll wieder die kostenlose Grundversorgung sichergestellt werden. Nächste Aktion wird die Schutzimpfung

2007 sein. Dafür wurden 70000 Helfer mobilisiert. Das Augenzentrum Sandino, das durch kubanische Solidarität entstand und acht Jahre lang nicht genutzt wurde, arbeitet wieder. In einer weiteren Aktion soll die gesundheitliche Betreuung der Regionen der Karibikküste eingeführt werden. 344 Ärzte, darunter 40 aus Kuba, sowie 1500 Krankenschwestern, die in Kuba studierten, kommen zum Einsatz.

Am 4. Mai ließ die neue Regierung das Programm „Hambre Cero“ (Null Hunger) anlaufen. Begonnen wurde in der ärmsten Region des Landes, in Alto Coco an der Nordkaribikküste. Pro Familie werden 2000 Dollar zur Verfügung gestellt. Die Bauernfamilien erhalten Saatgut und Vieh. Im Verlauf von fünf Jahren wird 75000 Familien in 1500 Gemeinden geholfen. Mit dem Programm sind die Ziele der jährlichen Landwirtschaftszyklen verbunden. Die Regierung legte ein neues Genossenschaftsgesetz auf. Die auf Monokulturen orientierte Landwirtschaft wird umgestaltet. Neben der Exportproduktion soll die Versorgung Nicaraguas aus eigenem Aufkommen erfolgen.

Am 18. Mai begann die neue Alphabetisierungskampagne „José Martí“. Unter der sandinistischen Regierung war es bereits gelungen, den Analphabetismus auf 12,5 Prozent herunterzudrücken. In den Jahren 1990 bis 2006 folgte der Rückschlag. Die Kampagne wird bis zum „Analfabetismo Cero“ 2009 geführt. Sofort nach der Amtsübernahme schaffte die neue Regierung das Schulgeld ab.

Die Finanzierung der Programme soll aus drei Quellen gesichert werden. Einmal rechnet man damit, daß durch den jüngsten Schuldenerlaß der Interamerikanischen Entwicklungsbank Mittel verfügbar werden. Außerdem werden durch die günstigen Liefer- und Zahlungsbedingungen im Rahmen von ALBA Gelder frei. Und schließlich setzt Nicaragua auf ausländische Investoren.

Wunder konnte die Regierung der Versöhnung und nationalen Einheit natürlich nicht vollbringen. Was sie aber bisher getan hat, ist bereits ein großer Schritt aus dem Desaster, in dem die liberal-konservativen Regierungen das Land zurückgelassen hatten. Darüber ist jedoch von den Bürgerlichen nichts zu hören und nichts zu lesen.



„Kriegt raus, woran es liegt, Jungs!“
Aus: „Proletären“, Göteborg

Wolfgang Herrmann,
Dresch

Warum den Briten Afghanistan so schwer im Magen liegt

Eine Kette von Niederlagen

Im Jahr 1915 stürmten die Briten nordwärts von Basra in der Annahme, daß die Irakis sie mit Blumen empfangen würden. Sie waren eingekreist bei Kut al-Amara. Niedergemacht wurden sie von türkischem Artilleriebeschuß und der Cholera. Heute unterstützt Deutschland das Vordringen von NATO-Truppen in eine andere Grabstätte der britischen Armee – nach Afghanistan.

Wer von den jetzt dort eingesetzten britischen Soldaten weiß, daß sich eine große Niederlage in denselben Sanddünen ereignete, in denen sie und ihre Verbündeten heute gegen die Taliban „kämpfen“? Ja, die Schlacht von Maiwand – am 27. Juli 1880 – vernichtete eine ganze britische Brigade. Sie wurde von Tausenden Krieger der afghanischen Eingeborenenstämme überrannt. In offiziellen Berichten bezeichnete man sie als „Talibs“. Hört sich das nicht bekannt an?

Bereits mehrmals wurden die Briten in Helmand fast überwältigt. Das gab man offiziell nicht zu. Doch letztes Jahr machte das Londoner Verteidigungsministerium eine verschleierte Anspielung darauf. Es entging den Kriegskorrespondenten nämlich nicht, daß britische Truppen in Helmand „in die schwersten Kämpfe seit dem Korea-Krieg“ verwickelt waren. Nach afghanischen Berichten mußte eine britische Einheit im letzten Jahr Luftunterstützung herbeirufen, sonst wäre sie am Ende gewesen. Das ganze Dorf, in dem sie sich verschanzt hatte, wurde daraufhin zerstört. Über die Zahl der getöteten Einwohner berichtete man nicht.

Am 27. Juli 1880 hatte General Burrows keinen solchen Beistand, als er sich 15000 Afghanen bei Maiwand gegenüber sah. Wohl standen zahlreiche ägyptische Soldaten unter seinem Kommando, auch britische Einheiten in Kandahar. Nachdem ein rebellischer afghanischer Verband den Sitz der britischen Gesandtschaft überrannt und die Insassen ermordet hatte, wurde er brutal verfolgt. Daraufhin ordnete Lord Lytton, Vizekönig von Indien, dem die britischen Einheiten unterstanden, an, daß äußerste Grausamkeit am Platze sei: „Ich werde jeden toten Afghanen als einen Schurken weniger betrachten.“ Klingt irgendwie bekannt, oder?

General Roberts errichtete in Kabul ein Schreckensregiment. Fast 100 Afghanen wurden gehängt.

Der Befehlshaber der rebellischen Afghanen war Ayub Khan, Bruder des Königs, der nach dem Aufstand in Kabul zur Abdankung gezwungen wurde. Als Ayub Khan aus der westlichen Wüste auftauchte und durch das Territorium von Herat in Richtung Kandahar zog, wurde der glücklose General Burrows entsandt, ihm entgegenzutreten. In den darauffolgenden Stunden wurden fast 1000 britische und indische Soldaten buchstäblich massakriert, als Ayub Khans Armee aus fast

30 Kanonen zu schießen begann und dann querfeldein zum Angriff überging.

Der offizielle britische Bericht – ein roter Band von 734 Seiten – enthält Photographien der Gegend, wo diese Schlacht geschlagen wurde. Die Hügel und fernen Bergketten sind identisch mit denen, die wir auf modernen Videoabbildungen der heutigen Berichterstatter bei den britischen Einheiten erkennen können.

Überrannt und ausgetrickst, sahen sich die Briten mit einem gnadenlosen Gegner konfrontiert. Oberst Mainwaring von der 30. Bombayer Infanteriebrigade schrieb in seinem Bericht nach Delhi: „Der ganze Boden war von Schwärmen der ‚Ghazis‘ bedeckt. Sie holten sich die Männer und zerhackten sie mit ihren Schwertern.“

Die kläglichen Überreste der britischen Armee zogen sich auf den Weg nach Kandahar zurück, wo sie erneut belagert wurden, bis sie General Roberts persönlich mit 10 000 Mann und nach einem Marsch von 20 Tagen, bei dem eine Entfernung von 300 Meilen bewältigt werden mußte, entlastete. Diese Leistung gehört zur militärischen Legende, bedeutet doch eine englische Meile immerhin 1,6 Kilometer. Die Geschichte ist den britischen Nahost-Unternehmen abhold. Wer hätte gedacht, daß Londons Truppen bei einer Invasion im Jahre 1917 einen Aufstand erleben würden, der den Erfahrungen der britisch-amerikanischen Aggressoren im Jahre 2003 entspricht? Der damalige

Premierminister Lloyd George stand im Parlament und warnte, daß die britische Besatzungsmacht in Irak bleiben müsse, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Hört sich ebenfalls bekannt an, nicht wahr?

Eine ihrer größten Niederlagen erlebten die Briten schon mehr als 40 Jahre vor dem Fiasko bei Maiwand. Sie trug sich im Jahre 1842 in der Schlucht von Kabul zu. Eine ganze britische Armee wurde von Afghanen im Schnee überwältigt. Nur ein einziger Überlebender, der legendäre Dr. Brydon, entkam seinen afghanischen Verfolgern auf dem Rücken eines Pferdes. Er gelangte in das britische Lager von Jalalabad. (Wir erinnern an Theodor Fontanes im RF veröffentlichte Ballade; Nr. 111, S.22)

Premierminister Blair gab gegen Ende seiner Amtszeit die Verstärkung britischer Truppen in Afghanistan bekannt. Heute bedarf es keiner 20 Tagesmärsche mehr wie zu Zeiten von Roberts, denn die Soldaten kommen mit Chinook-Hubschraubern angefliegen. Sie werden nicht einmal den Marktplatz von Kandahar betreten. Aber sollten sie es dennoch tun, können sie vielleicht die wenigen antiken Kanonen besichtigen, die von der Artillerie des Generals übriggeblieben sind.

**Robert Fisk, in „The Independent“
(27. 2. 2007)**

*Zusammengefaßt und übersetzt von
Dr. Vera Butler, Melbourne*



Grafik: „Ret og Vrang“ (Dänemark)

Indonesiens PKI zahlte den höchsten Blutzoll Eine Partei der Märtyrer

Die Bourgeoisie und deren Medien sprechen gerne von jenen, die im Klassenkampf gegen den Sozialismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung auf ihrer Seite zu Schaden gekommen sind. Dabei präsentieren sie mit ganz besonderer Vorliebe angebliche SED-„Opfer“. Hubertus Knabe, heute Star der professionellen Antikommunisten, gilt als beispielhafter und nie ermüdender Ideengeber für immer neue Lügen. Würüber seinesgleichen indes nicht sprechen – das sind die Opfer der Konterrevolution hierzulande und weltweit.

Unter allen vom Klassenfeind geschundenen kommunistischen Parteien hat Indonesiens PKI wohl den höchsten Blutzoll erbringen müssen. Während der Präsidentschaft des bürgerlich-demokratischen Patrioten und Antiimperialisten Sukarno, der im Herbst 1965 durch einen Militärputsch von Kräften um seinen USA-gelenkten Nachfolger General Suharto gestürzt wurde, hatte sich die PKI zu einer Massenpartei mit fast drei Millionen Mitgliedern entwickelt. Die damit größte KP aller nichtsozialistischen Länder führte auch die einflußreiche indonesische Gewerkschaftszentrale, den Bauernbund und viele andere Organisationen von landesweiter Bedeutung. Der später vom faschistischen Suharto-Regime hingerichtete Generalsekretär der PKI, Aidit, genoß in der kommunistischen Weltbewegung großes Ansehen, wobei dann der zwischen der KPdSU und der KP Chinas ausbrechende politisch-ideologische Konflikt dazu beitrug, daß die zu Beijing tendierende PKI in der schwierigsten Zeit ihres Bestehens auf Moskauer Empfehlung von den meisten Bruderparteien alleingelassen wurde.

Eine Intervention der Führung der KP der Niederlande zugunsten der indonesischen Kommunisten soll bei Breshnew auf taube Ohren gestoßen sein, was zur Folge hatte, daß die Holländer dann auf Distanz zur KPdSU gingen.

Doch zur Sache:

Im September 1965 – unmittelbar nach Sukarnos Sturz – setzte in Indonesien eine beispiellose Jagd auf PKI-Mitglieder und Sympathisanten sowie auf all jene ein, die linker Auffassungen auch nur verdächtig wurden. Nach offiziellen Schätzungen wurden von der Mordwelle mindestens 700000 Menschen betroffen. Andere Quellen beziffern die Zahl der Opfer sogar auf eine Million. Eine weitere Million Indonesier aus dem Spektrum der PKI wurde in Lager verschleppt. Viele der Inhaftierten unterzog Suhartos Polizei grausamen Foltern. Die Mitglieder des Politbüros der PKI und die namhaftesten Gewerkschaftsführer stellte man in Schauprozessen vor Gericht. Nach oft langjähriger Haft wurden die meisten von ihnen hingerichtet.

Während Amnesty International über den „indonesischen Holocaust“ informierte, schwieg sich die westliche Welt über das schreckliche Geschehen nahezu aus. Die Presse der sozialistischen Länder – von China abgesehen, wo man sich anders verhielt – berichtete zwar im allgemeinen

über die Kommunistenverfolgung in dem südostasiatischen Inselstaat, rief aber nicht – wie später in den Fällen von Angela Davis und Luis Corvalan – zu einer umfassenden Solidaritätskampagne für die PKI auf. Diese von Moskau empfohlene Zurückhaltung war zweifellos beschämend.

Washingtons Strohmännchen und Statthalter Suharto blieb 35 Jahre an der Macht, bis sein Rücktritt von den Massen erzwungen wurde. Die aufeinanderfolgenden USA-Administrationen und sämtliche BRD-Regierungen betrachteten den blutbefleckten Diktator als einen zuverlässigen „Garanten der freien Welt“. Als sie zusammenhaltender Zement diente die gemeinsame Ideologie des Antikommunismus.

R. F., gestützt auf einen Beitrag von Mukhtar Rana, London



Vereinigte Staaten: Nur 12 % gewerkschaftlich organisiert

Wie das Amt für Arbeitsstatistiken unlängst berichtete, ist der Anteil in Unions organisierter amerikanischer Arbeiter und Angestellter an der Gesamtzahl der Werktätigen auf 12 % zurückgegangen. In den 50er Jahren gehörte mehr als ein Drittel aller amerikanischen Arbeiter den Gewerkschaften an. Allein im Vorjahr haben die Unions 325 000 Mitglieder verloren. 1983, als das Amt die erste Statistik herausgegeben hatte, lag der Organisationsgrad noch bei 20,1 %. Seitdem ist von den Unternehmern massiver Druck ausgeübt worden, um die Zulassung der größten Arbeiterorganisation in ihren Betrieben zu verhindern. Dazu bedarf es in den USA ei-

ner Abstimmung aller Beschäftigten. Nur wenn sich eine Mehrheit für die Unions ergibt, darf die Gewerkschaft ihre Zelte innerhalb des Betriebes aufschlagen. Heftige Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Verbänden führten im Jahr 2005 zu einer Spaltung. Mehr als ein halbes Dutzend großer Unions verließ damals die Dachorganisation AFL-CIO. Ihrem Ausbrechen lagen vor allem Machtkämpfe und persönliche Unverträglichkeiten zwischen Gewerkschaftsführern, aber auch inhaltliche Meinungsverschiedenheiten zugrunde.

R. F., gestützt auf Radio Havanna



„Darf ich bitten, Madame?“

Aus: „Solidaire“, Brüssel

Die Entscheidung der USA-Regierung, 117 000 Japanisch-Amerikaner während des 2. Weltkrieges in Internierungszentren einzusperrern, führte zur Entrüstung vieler Menschen in den Vereinigten Staaten. Prof. Eugene Rostow veröffentlichte im September 1945 einen Artikel unter dem Titel „Unser schwerster Fehler während der Kriegszeit“. Wir drucken ihn auszugsweise ab.

Die Zeit vergeht und es wird mehr und mehr offenbar, daß die Behandlung der Japaner und Japanisch-Amerikaner an der Westküste ein tragischer und schwerwiegender Fehler war. Dieser Fehler ist eine Bedrohung der Gesellschaft

als „illoyal“ in ihrer Haltung zum Krieg befand, wurden sie auf unbestimmte Zeit in den Lagern festgehalten, obwohl Sympathie für den Feind in den Vereinigten Staaten kein Delikt ist (am wenigsten für Weiße), sofern sie nicht in Taten oder deutliche Drohungen übergeht. Am 1. Mai 1945, drei Jahre nach Beginn des Programms, waren noch 70 000 Personen in den Lagern. Während gehofft wird, all diese Leute zum 1. Januar 1946 entweder freigesetzt oder in ordentlicher Haft zu haben, wird das, was euphorisch als Japaner-„Umsiedlungs“-Programm bezeichnet wurde, noch für viele Jahre ein offenes Buch sein.

Dieses Programm war ein Unrecht, in keiner Weise erforderlich oder gerechtfertigt

schäft darin bestand, die rassistischen Spannungen an der Westküste auszunutzen, zu Werke. Sie hatte starke Unterstützung in der Hearst-Presse und ihresgleichen. Aus Furcht vor einer unbekannteren öffentlichen Meinung sprachen sich Politiker für die weiße Obergewalt aus. Westküsten-Kongreß-Delegationen, von Senator Hiram Johnson angeführt, drängten die Regierung, alle Personen japanischer Abstammung aus den Küstenstaaten zu entfernen. Anti-fernöstliche Wortführer erläuterten die Lage, wie sie ihnen Generalleutnant J. L. DeWitt, dem das Western Defense Command unterstand, dargestellt hatte. Nach einigem Zögern schlug der General die Politik der Isolierung aus Gründen der militärischen Notwendigkeit vor. Das Kriegsministerium unterstützte ihn. Niemand in der Regierung übernahm es, ihm zu widersprechen. Die Anwälte der Armee wünschten mehr rechtliche Befugnisse, bevor die Aktion durchgeführt wurde. Der Präsident erließ im Februar 1942 eine Direktive, und im März passierte ein Gesetz den Kongreß, das die Befehlshaber ermächtigte, „militärische Gebiete“ zu bestimmen und die Bedingungen festzulegen, zu welchen beliebige Personen solche Gebiete betreten, verlassen oder in ihnen verbleiben können.

General DeWitts letztllicher Vorschlag an den Kriegsminister vom 14. Februar 1942, der nicht vor Anfang 1944 öffentlich gemacht wurde, erklärt den Grund für seine Entscheidung.

„Die japanische Rasse ist eine feindliche Rasse, und während viele Japaner der zweiten und dritten Generation in den Vereinigten Staaten geboren sind, die Staatsbürgerschaft der Vereinigten Staaten besitzen, ‚amerikanisiert‘ wurden, sind die rassistischen Züge unverändert.“

Von dieser Prämisse des Krieges der „Rassen“ ausgehend, hatte der General keine Schwierigkeit, zu seiner Entscheidung zu gelangen. Es gibt „keinen Grund anzunehmen“, sagte er, „daß sich die japanischen Amerikaner nicht gegen die Vereinigten Staaten wenden werden“.

Soviel zu dem Rechtsgrundsatz, daß Menschen so lange als unschuldig gelten, bis ihre Schuld bewiesen ist, und daß amerikanische Bürger vor dem Gesetz gleich sind, ohne Rücksicht auf Rasse, Hautfarbe oder früheren Sklavenstand.

„Daraus folgt“, fügte der General hinzu, „daß entlang der lebenswichtigen Pazifikküste über 112 000 potentielle Feinde japanischer Abstammung leben. Es gibt beunruhigende Anzeichen, daß sie organisiert und zu einem beliebigen Zeitpunkt für konzertierte Handlungen bereit sind. Allein die Tatsache, daß bisher keine Sabotage verübt wurde, ist ein beunruhigendes und bekräftigendes Anzeichen, daß sich solche ereignen wird.“

Die Beweisführung läßt nur einen Schluß zu: Das vorherrschende Element in der Entwicklung unserer Umsiedlungspolitik war Rassenvorurteil, keine militärische Einschätzung des Problems.

**Aus: „The Annals of America“,
Bd. 16, S. 344 ff.**

Eingesandt von Bernhard Riebe

Wie die USA-Behörden 117 000 Japanisch-Amerikaner in Lager sperrten

Rassismus an der West Coast

und aller Menschen. Seine Motivation und sein Zusammenprall mit unserem Rechtssystem negieren jeden Wert der Demokratie. Aus der Perspektive unserer Rechtstradition sind die Fakten fast unglücklich.

Während des unwirtschaftlichen Frühlings 1942 wurden sämtliche an der Westküste der USA lebenden Japaner und Amerikaner japanischer Abkunft festgenommen und in Lager im Landesinnern gebracht. Mehr als 100 000 Männer, Frauen und Kinder wurden eingesperrt. Über zwei Drittel von ihnen waren Bürger der Vereinigten Staaten.

Diese Menschen wurden im Rahmen einer militärischen Maßnahme inhaftiert, weil befürchtet wurde, daß von ihnen Spionage oder Sabotage ausgehen könnten. Die gesamte Bevölkerungsgruppe wurde von der Westküste entfernt, weil die militärische Führung annahm, es würde zu lange dauern, individuelle Untersuchungen an Ort und Stelle vorzunehmen.

Die Betroffenen wurden ohne Haftbefehl festgenommen und ohne formelle Anklage oder Gerichtsbeschuß festgehalten, obwohl die Justiz voll funktionsfähig war. Man verschleppte sie in weit von ihrer Heimat entfernte Lager, wo sie zu Gefängnisbedingungen untergebracht waren. Zugleich liefen Ermittlungen hinsichtlich ihrer „Loyalität“. Trotz der guten Absichten der verantwortlichen Umsiedlungsbeamten waren die Zentren wenig besser als Konzentrationslager.

Wenn die Evakuierten als „loyal“ befunden wurden, entließ man sie nur, wenn sie eine Arbeit und einen Wohnort in einer Gemeinde finden konnten, wo nachts Gangster kamen und antijapanische Slogans skandierten, Fenster einschlugen oder mit Überfall drohten. Wenn man sie

durch die Kriegslage. Aber der Oberste Gerichtshof hat, in drei außerordentlichen Entscheidungen, seine Hauptpunkte als verfassungsgemäß gestützt. Diese Tatsache überträgt ein Stück Kriegsfolgen in nationale Politik – als ständigen Teil des Rechts. Das ist eine Doktrin, die die Macht des Militärs im Hinblick auf das bürgerliche Recht erhöht. Sie führt zu einem unheilvollen Zusammenstoß mit dem Minderheitenproblem in allen Landesteilen. Sie unterstützt reaktionäre Politiker, die soziale Unterschiede und Rassenvorurteile als ihre Werkzeuge benutzen. Der Präzedenzfall dient dazu, Angriffe sowohl auf Staatsbürger als auch auf Ausländer zu ermuntern. Wie Richter Jackson gesagt hat, liegt das Prinzip dieser Entscheidungen „wie eine geladene Waffe herum, bereit für die Hand jeder Person, die einen plausiblen Anspruch für etwas dringend Notwendiges vorbringen kann“.

Alles in allem: Der Fall der japanischen Amerikaner ist der schwerste Schlag, den unsere Freiheiten bislang aushalten mußten.

Unmittelbar nach Japans Angriff auf den USA-Flottenstützpunkt Pearl Harbor gab es keine speziellen Verordnungen für Personen japanischer Abstammung. Bekannte Feindsympathisanten unter den Japanern wurden wie weiße Verräter und Agenten verhaftet. Es erfolgte keine Sabotage von Personen mit japanischen Vorfahren. Es gab keinen Grund zu vermuten, daß die etwa 120 000 Personen japanischer Abstammung an der Westküste, weniger als 2 % der Bevölkerung, eine größere Bedrohung bildeten als solche Personen in Hawaii, wo sie 32 % der Bevölkerung ausmachten.

Nach einem Monat des Schweigens ging die organisierte Minderheit, deren Ge-

Begegnung mit Louis Fürnberg und seiner Truppe „Echo von links“ Er nannte sich Nuntius

Der am 23. 6. 1957 verstorbene Schriftsteller, Dichter und Komponist Louis Fürnberg wurde in den 30er Jahren als Leiter der Arbeiterspieltruppe „Echo von links“ in der ČSR bekannt. Mein Vater Anton Röska (1914–1981) lernte Louis Fürnberg 1935 kennen. In seinem Nachlaß entdeckte ich einen Aufsatz aus dem Jahre 1970 über die erste Begegnung mit dem Dichter. Im Folgenden werden diese Aufzeichnungen wiedergegeben.

Günther Röska, Leipzig

Auch in Dallwitz, einem Vorort von Karlovy Vary (Karlsbad), gab es Anfang der 30er Jahre infolge der Weltwirtschaftskrise Massenarbeitslosigkeit. Die Not lastete schwer auf den Menschen. Es kamen aber auch Leute ganz anderen Schlages dorthin. Sorglose, Reiche, nichtsnutzige Flaneure besuchten während der Kursaison oft die „Körnereiche“, ein Naturkuriosum, das sich in dem kleinen Park des Ortes befand. Nach Betrachtungen des gewaltigen alten Baumes „erholte“ man sich im nahen Café, um für die Lustbarkeiten, welche die mondäne Kurstadt dieser „feinen“ Gesellschaft bot, wieder fit zu sein. Solche Gäste sah man freilich lieber von hinten als von vorn.

Eines Tages kam die Arbeiter-Spieltruppe „Echo von links“ mit ihrem künstlerischen Leiter Louis Fürnberg, der gleichzeitig Autor, Komponist und Klavierbegleiter war, nach Dallwitz. Die Truppe gastierte zum ersten Mal in dem kleinen Industrieort.

Fürnberg war zu dieser Zeit schon kein Unbekannter mehr. Als Journalist, Lyriker und Dramatiker nahm er aktiv am Kampf der Arbeiterklasse teil. Schon mit 19 Jahren trat er in die KPTsch ein. Als Lehrling in einer Porzellanfabrik – ich denke, es war in Meierhöfen – kam er mit den Werktätigen in engen Kontakt. Er kannte deren Sorgen und Nöte ganz genau. Das „Echo von links“ erfreute sich damals schon großer Beliebtheit bei den Arbeitern, und der Name Nuntius, Fürnbergs Pseudonym, bedeutete für sie ein Programm, das den Ausweg zu einem besseren Leben zeigte.

Ich selbst hatte bis dahin die Agitprop-Truppe noch nicht spielen sehen, obwohl ein Freund von mir Mitglied des Ensembles war. Von ihm erfuhr ich dann auch, daß das „Echo“ in Dallwitz auftreten werde.

Das Lokal im Radl-Gasthaus war bis auf den letzten Platz besetzt. Dicke Rauchschwaden hingen im Raum, und es war kein angenehmer Duft, stammte er doch von den „Zora“-Zigaretten, einem Teu-



felsprodukt der tschechoslowakischen Tabakindustrie. Das Publikum bestand aus Porzellanern, Bergmännern, klassenbewußten Arbeitern und Parteilosen, für die damals nur das Wort „Indifferent“ gebraucht wurde. Darunter waren viele – und hierzu zählte ich mich – Fortschrittliche und mit der Partei der Arbeiterklasse Sympathisierende. Auch Jugendliche vom KJV und von den „Falken“ waren anwesend.

An meinem Tisch – das habe ich noch gut im Gedächtnis – saß Willi, ein blutjunger Kellner, für den es aber schon nichts mehr zu kellnern gab. Und auch „Vater Polz“ saß da, ein alter Kumpel, der in russischer Kriegsgefangenschaft die Revolution miterlebte und den wir Jungen sehr verehrten. Neben ihm ein alter abgezehrter Mann, von dem bekannt war, daß er seinen Körper im Falle des Ablebens schon zweimal der Prager Anatomie angeboten hatte, um einige Kronen für seine hungernden Kinder zu bekommen. Ein makabres Beispiel der Ausweglosigkeit.

Echte kämpfende Kunst zeigte dann das Programm, das vor den Anwesenden im Dallwitzer Gasthaus abrollte. Nuntius und sein Kollektiv, mit jedem Satz ihre fundierte politische Überzeugung leidenschaftlich und in ausgefeilter künstlerischer Form darbietend, entlarvten die üblen Praktiken der damals Herrschenden genauso wie die Demagogie der Henlein-Faschisten, die sich zu diesem Zeitpunkt schon sehr offen als die einzigen Vertreter des Deutschtums in der ersten tschechoslowakischen Republik aufspielten.

Einige Einzelheiten sind mir heute noch gegenwärtig. Nuntius kam mit seinen Leuten, es waren fünf junge Männer, etwa 22–26 Jahre alt, in das Lokal. Vorne an der Stirnseite des Raumes zogen sie sich um und legten blaue Overalls an. Nuntius zog sein Jackett aus und setzte sich später in Hemdsärmeln ans Klavier. Er war von schlanker Gestalt, seine Bewegungen wirkten bestimmt. Er trug eine einfache Brille mit runden Gläsern in Metallfassung. Dahinter klar und scharf der Blick,

den seine Gegner fürchteten. Sein Haar war kurz geschneitten, dunkel und leicht wellig. Anstelle der üblichen Kravatte trug er eine Schleife, ein „Mascherl“, wie das bei uns hieß.

In den 20er und 30er Jahren war bekanntlich der Song sehr modern. Nuntius schrieb viele solcher Songs. Mit großem Können und voller Eigenwilligkeit hat er sie oft selbst vorgetragen. Fürnberg war ungemein vital, und er verstand es, diese Vitalität seiner Vortragskunst nutzbar zu machen. Wer ihn einmal

hörte und erlebte, war von seiner faszinierenden Stimme und Gestik gefesselt. Man spürte es, und selbst der Unbeteiligte konnte sich dem nicht entziehen: Da vorne stand einer, der brannte und glühte vor ehrlichem Zorn auf die Feinde der Menschheit. Eine Fackel, welche die dunkeltrüben Abgründe des kapitalistischen Ausbeutersystems grell durchleuchtete.

Auch an diesem Abend brachte das „Echo“ neben Zeitgedichten und Sprechchören einige Songs zu Gehör. Tief beeindruckt hat mich der „Song von den großen Räubern“, den ich – und das sind immerhin 35 Jahre her – heute noch fast vollständig auswendig weiß.

Es war ein lang anhaltender, begeisterter Beifall, der durch das Gastzimmer rauschte. Er umbrandete die Gruppe junger Männer und Nuntius, der mitten unter uns war, einer von uns.

Schon bald nach diesem Abend, der für mich ein großes Erlebnis bedeutete, hatte ich das Glück, die persönliche Bekanntschaft Louis Fürnbergs zu machen. Als Mitautor des Stückes „Wenn alle mit uns gehen“, das wir für das „Echo“ schrieben, kam ich dann auch öfter mit ihm zusammen, und seine starke, für den Fortschritt der Menschheit so engagierte Persönlichkeit machte auf mich einen tiefen Eindruck.

Unvergessen bis auf den heutigen Tag blieb mir auch noch das sogenannte Truppenlied des „Echo von links“. Es stellte gewissermaßen das Credo der Arbeiterspieltruppe dar. Ich zitiere einige Zeilen:

*„Unser Spiel, es soll kein Spielen,
unser Spiel soll Kämpfen sein:
Marsch! Formiert die Bataillone,
werft das Kapital vom Throne,
Lenin soll der Führer sein!“*

Mit dem mutigen revolutionären Schriftsteller, dem wundersamen Poeten in den Lenzjahren meiner Jugendzeit bekannt geworden zu sein, zählt noch heute zu meinen schönsten Erlebnissen.

Anton Röska

John Heartfields Fotomontagen im Ausstellungszentrum Waldsiedersdorf

Antifaschistische Kunst par excellence

Im Mai 2004 wurde unter Teilnahme prominenter Gäste das Ausstellungszentrum in Waldsiedersdorf eröffnet. Es entstand in der einstigen Zentralschule, deren Schülerzahl von 237 auf 41 abgesunken war, so daß sie ihre Pforten schließen mußte. „Unser Zentrum ist ja eigentlich aus der Not geboren“, erinnert sich Bürgermeister Manfred Werner (Die Linke).

Die Präsentation gilt dem Teilzeit-Waldsiedersdorfer John Heartfield. Er verbrachte von 1957 bis zu seinem Tod 1968 die Sommermonate in dem bekannten Erholungsort. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Archiv der Akademie der Künste wurden 20 Fotomontagen, die als Titelseiten der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung“ erschienen waren, ausgewählt. Das wohl bekannteste Motiv Heartfields enthüllt, wer hinter dem „Führer“ der NSDAP stand. „Kleiner Mann bittet um große Gaben“ interpretierte der Künstler den „Sinn des Hitlergrußes“: Selbst ganz klein, zeigt der Faschistenboß seine offene, nach oben gerichtete Hand, in die von einem riesigen Mann Geldscheine geschoben werden. Eine andere Arbeit führt Hitler als Hampelmann an den Strippen eines deutschen Großindustriellen vor.

Die Botschaft Heartfields beeindruckt noch heute.

Der Begründer der politischen Fotomontage wurde am 19. Juni 1891 als Helmut Herzfeld in Berlin geboren. Nach einer abgebrochenen Buchhändlerlehre und der anschließenden Ausbildung an Kunstgewerbeschulen in München und Berlin wurde er 1914 zunächst als Gardesoldat eingezogen, dann aber auf Grund einer simulierten Nervenkrankheit wieder entlassen. Mit Else Lasker-Schüler, George Grosz und anderen gehörte er einer kleinen Gruppe junger Berliner Intellektueller an, die sich frühzeitig gegen den Krieg wandten. Aus Protest gegen die anti-britische Verhetzung der Massen nahm er demonstrativ den englischen Namen John Heartfield an. Mit seinem Bruder Wieland gründete er die oppositionelle Zeitschrift „Neue Jugend“ und 1917 den linksgerichteten Malik-Verlag. Später trat Heartfield gemeinsam mit seinem Bruder, George Grosz und Erwin Piscator der gerade gegründeten KPD bei. Nach einem Intermezzo bei der UFA als Ausstatter und Regisseur arbeitete er für Erwin Piscator an Max Reinhardts Bühne, engagierte sich für die Partei und gab 1929 gemeinsam mit Kurt Tucholsky das reich illustrierte Buch „Deutschland, Deutschland über alles“ heraus, welches große Aufmerksamkeit hervorrief. Ein Jahr später begann seine ständige Mitarbeit bei der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung, für die bis 1938 die klassischen Fotomontagen zur Zeitgeschichte der Weimarer Republik und des Faschismus entstanden. Vor



ihm floh Heartfield 1933 nach Prag und 1938 weiter nach London. Dort arbeitete er als Buchgestalter für britische Verlage und erhielt eine Arbeitserlaubnis als freischaffender Künstler. Als er 1950, inzwischen im 60. Lebensjahr, aus dem Exil in die gerade gegründete DDR übersiedelte, nahm er mit seinem Bruder Wieland Herzfelde in Leipzig die Arbeit für Verlage, Theater und Organisationen wieder auf. Seine Gesundheit war angeschlagen, und er erholte sich nur langsam. Heartfield suchte einen Ort, an dem er wirklich ausspannen konnte. Den fand er auf Anraten Bertolt Brechts in Waldsiedersdorf. („... Du solltest das absurde Leipziger Klima endlich mit dem berühmten hier vertauschen“, schrieb ihm B. B.) 1957, ein Jahr nach Brechts Tod, gelang es Heartfield,

ein kleines Anwesen, rund eine halbe Stunde Fußweg von Buckow entfernt, zu erwerben. Nach zwei Herzinfarkten arbeitete er nun wieder als Ausstatter und Bühnenbildner für das Berliner Ensemble und das Deutsche Theater. 1956 wurde Heartfield zum Mitglied der Deutschen Akademie der Künste gewählt. Es folgten weitere Ehrungen. Zahlreich waren seine internationalen Ausstellungen.

Inzwischen erinnert die Gemeinde Waldsiedersdorf mit einer ständigen Exposition an ihren berühmten Sommergast. Von den hinterlassenen Fotomontagen wurden solche ausgewählt, die sowohl Hintergründe des Aufstiegs der Faschisten in Deutschland als auch den gegen sie gerichteten Kampf der KPD verdeutlichen.

Heartfields Meisterschaft offenbarte sich vor allem darin, daß er es glänzend verstand, Metaphern oder Allegorien zu entwickeln, die „Unsichtbares sichtbar machen“. Der Sinn ergab sich aus der Symbiose von Bild und Text. Die Dauerausstellung in Waldsiedersdorf vermittelt geschichtliches Hintergrundwissen. Sie zeigt, wie dem Vordringen der Nazis in der Weimarer Republik mit künstlerischen Mitteln begegnet wurde.

Am 26. April 1968 starb John Heartfield in Berlin. Sein Grab befindet sich auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof. Das Werk dieses bedeutenden Kommunisten klärt heutige und künftige Generationen darüber auf, daß es nie zu spät ist, politischen Mut und charakterliche Lauterkeit zu beweisen.

Heinz Pocher

Unseren Glückwunsch den Jubilaren des RF-Förder- vereins

Herzlich gratulieren wir Genossen

Herbert Meyer aus Zwickau, der am **2. Juli** seinen **90. Geburtstag** begeht.

Liebe Grüße gehen an

Ursula Gensel (6. Juli) aus Strausberg, die ihr **80. Lebensjahr** vollendet.

75 Jahre alt werden

Gerhard Lehmann (11. Juli) aus Bad Salzungen,
Hermann Haake (17. Juli) aus Wernigerode und
Erich Köhn (17. Juli) aus Leipzig.

Seinen **70. Geburtstag** begeht

Günther Burckhardt (3. Juli) aus Berlin.

Zum 65. grüßen wir

Siegmar Mark (5. Juli) und
Jörg Schmidt (7. Juli), beide aus Berlin.

Jung-Veteran

Dr. Wolf-Giselher Kopphel
feiert am **9. Juli** seinen **60. Geburtstag**.

Heidi Urbahn de Jauregui erstes umfassendes Buch zu Peter Hacks

Aufklarender Wind aus Montpellier

Texte über Literatur sind problematisch. Müssen wir uns erklären lassen, daß Goethe groß ist? Durs Grünbein inkontinent? Dürrenmatt tot? Nein, wir können selber lesen. Literatur über Literatur, die sogenannte Sekundärliteratur, langweilt oft, und, schlimmer noch, verstellt gern den direkten Blick auf die Dichtung. Nicht so bei der Literaturwissenschaftlerin Heidi Urbahn de Jauregui. Ihre Essays gehören zu den informiertesten und zugleich subjektivsten und dadurch spannendsten, die derzeit in deutscher Sprache geschrieben werden. Die subjektive Herangehensweise könnte man sich angesichts all der eitlen Literaturpöpstchen hierzulande glatt abgewöhnen, wenn die belesene, schöne Heidi Urbahn sie nicht wieder in ihr Recht setzen würde. Die in Frankreich lebende Professorin, zu Hause in der deutschen Literatur, beobachtet die Arbeit des Dichters Peter Hacks, seit sie vor mehr als 30 Jahren erstmals ein Interview von ihm las.

Ein Essay ist immer ein Versuch – in diesem Sinn hat sich Heidi Urbahn seinem Werk genähert. Ihre „Versuche“ von 1980 bis heute liegen seit Ende letzten Jahres gebündelt vor, unter dem bekenntnisreichen Titel des Hacks-Gedichts „Zwischen den Stühlen“ („Allerdings: zwischen vielen Stühlen sitz ich / Fest auf der Erde. Es haben sich / Auf wackligen Stühlen schon welche / Zu Tode gesetzt. Ganze Kasten starben / Bei Stuhlbeben.“). Eine bessere Annäherung an Person und Werk des Dichters als diesen Band gibt es vorerst nicht.

Es ist keine gemächliche Einführung in das Werk eines der bedeutendsten deutschen Schriftsteller der Jetztzeit! Es geht vielmehr zur Sache. Die Essayistin erspart uns die genauere Betrachtung einzelner Gedichtzeilen nicht. Doch nie geht es ihr nur um sprachliche Finessen oder gar nur um Hacks. „Wer sich zu Hacks äußert, kann das nicht tun, ohne seine Stellung zu den öffentlichen Dingen zu verraten.“ Das genau tut sie. Wie bei Hacks unvermeidlich, streifen ihre Kommentare immer auch die politische Lage in Deutschland. Der frische Wind der Erkenntnis bläst aus Montpellier!

„Außerordentlich ist es schon, wie da einer (...) von der einsamen Mühsal nicht lassen will, die Nachricht von der angewachsenen Unordnung in der Welt in seine sehr eigene Ordnung zu zwingen“, schreibt Heidi Urbahn 1988 in „Sinn und Form“, zum in derselben Zeitschrift abgedruckten Hacksschen Trauerspiel Jona. „Beobachte ich die Spatzen an meinem Fenster, so fällt mir vor allem eines auf: Was zu tun sie vorhaben, läßt sich nie vorhersagen; sie (...) fallen anscheinend ursachlos von einem ins andere, so (...) überfällt mich dann eine große Liebe zur Menschheit mit ihrem seit dem Paläolithikum

eingebürgerten Sinn für Zusammenhänge und ihrem Eigensinn im Verfolgen von Zielen. Eine Liebe muß den Dichter auch bewohnen, anders wäre der Eigensinn seines Werkes nicht erklärbar.“

Wenig einleuchtend erscheint die innere Ordnung des Buchs. Die Essays wurden nicht nach ihrer Entstehungszeit, sondern nach den Geburtsjahren der darin behandelten Hacks-Texte sortiert, was nicht immer funktioniert. In ihrem den Band abschließenden, hier erstmals gedruckten Aufsatz behandelt die Autorin zum Beispiel gerade die frühen Stücke. All das wäre völlig egal, wenn das Buch ein Register mit den thematisierten Dramen, Gedichten und Essays von Hacks und deren Entstehungsdaten enthielte.

Apropos Register: Auch ein Namensregister könnte nicht schaden, allein schon des schönen Klatschs wegen (Biermann S. 184, Huchel S. 192, Konkret-Leser, S. 223). Und da wir gerade beim Wünschen sind: die Lebensdaten auf einen Blick! Dann wäre dieses Buch tatsächlich das, was es sein kann: eine „Einführung in Leben und Werk des Peter Hacks“. Wir wünschen ihm viele, viele Leserinnen und Leser, damit rasch die ergänzte Neuauflage folgen kann.

Brenda Behan

Heidi Urbahn de Jauregui: Zwischen den Stühlen. Der Dichter Peter Hacks, Eulenspiegel-Verlag, Berlin 2006, 272 Seiten, 24,90 Euro



Peter Hacks (1928–2003), Lyriker, Dramatiker, Essayist, Kinderbuchautor. Er ging 1955 nach Ostberlin. Viele seiner Dramen wurden Erfolge, das „Gespräch im Hause Stein über den abwesenden Herrn von Goethe“ ein Welterfolg. 1972 wurde Hacks in die Akademie der Künste gewählt, aus welcher er 1991 austrat. Er hat ein bedeutendes Werk hinterlassen, darin einige der schönsten Liebesgedichte deutscher Sprache.

In einer sorgsam illustrierten Ausgabe sind im Eulenspiegel-Verlag Liebesgedichte von Hacks, ausgewählt und mit einem Nachwort versehen von Heike Friauf, erschienen. Der Berliner Maler und Grafiker Thomas J. Richter antwortet auf Hacks mit sinnesfrohen Drucken.

Peter Hacks. Heile Welt. Liebesgedichte, Berlin 2007, 64 Seiten, mit 13 Grafiken.

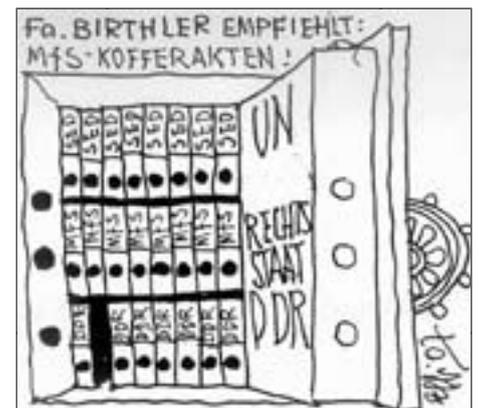
„DDR-Geschichte aus dem Koffer“

Unter dieser Überschrift berichtet die „Schweriner Volkszeitung“ darüber, daß der „Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen“ auf Landtagsbeschluß mit seiner bisher beim Justizressort angesiedelten „Behörde“ zum Kultusministerium übergewechselt ist. Damit werde das Ziel verfolgt, der „Vermittlung von DDR-Geschichte an den Schulen eine neue Qualität“ zu verleihen. Kultusminister Henry Tesch sprach von „einem weiteren Schub in der politischen Bildung“.

Hundertern Schulen in M-V will man fortan „zwei spannende Projekte“ präsentieren: eine Multimedia-CD-ROM über „die politische Verfolgung in der DDR“ sowie einen „brandneuen Geschichtskoffer“.

Der mecklenburgische Resident des Birthler-Dienstes beklagte bei dieser Gelegenheit, daß besonders der Berufsschulbereich ungenügend mit den „Vorgängermaterialien gearbeitet“ habe. Statistisch

sei es noch „eine Minderheit von Schulen, die sich durch Gedenkstättenbesuche oder moderne didaktische Materialien intensiver mit der Zeit der DDR-Diktatur auseinandersetzt“.



Textidee u. Grafik: Karlheinz Effenberger

Ein Thüringer Schriftsteller, der die Welt bereiste Geologe und Geschichtenschürfer: Kurt Kauter

Dr. Kurt Kauter wurde am 7. Mai 1913 in Limburg an der Lahn geboren und starb kurz vor Vollendung seines 89. Lebensjahres am 24. Februar 2002 in Gotha. Nach dem Studium der Geologie, Mineralogie und Geographie in Würzburg promovierte er 1936 und wirkte zunächst als Erdölgeologe in Ekuador, Polen, der Ukraine und im Nordkaukasus. Seit 1954 gab er die „Zeitschrift für Geologie“ heraus, 1958 übersiedelte er in die DDR und war ab 1962 am Zentralen Geologischen Institut in Berlin tätig. 1978 ging Kauter, der in zahlreichen Fachzeitschriften veröffentlichte, in den Ruhestand.

Neben seiner beruflichen Arbeit schrieb er seit Mitte der 60er Jahre über 30 Bücher, die in einer Gesamtauflage von 1,7 Millionen Exemplaren erschienen. Sein Lebenswerk reicht von Dramen über Puppen-, Hör- und Fernsehspiele, Sachbücher und Reisereportagen bis zu Gedichten, Aphorismen, Fabeln, Kinder- und Jugendbüchern, Erzählungen, Reiseberichten und Romanen. Er legte erste Titel für junge Leute unter dem Pseudonym José Maria Rocafuerte vor, so „Im Schatten des Cimboraço“, „Unter dem Kreuz des Südens“, „Der Sohn des Cotopaxi“ und „Der Wind weht über Feuerland“. Damit begann er, die Vergangenheit und Gegenwart Lateinamerikas ins Zentrum des Leserinteresses zu rücken. Seine gründlichen Kenntnisse über diesen Subkontinent, die Geschichte seiner Völker und deren Befreiungsbewegungen prädestinierten Kauter für seine Bücher über Peru, Ekuador, Venezuela, Chile, Kolumbien und Kuba. Authentische Gestalten, die zu Helden Lateinamerikas wurden, stellte er aus ihrem sozialen und historischen Umfeld in spannenden Handlungen vor. Sein Jugendbuch „Der Sturmreiter“ galt dem ersten Präsidenten Venezuelas. Kauter präsentierte Märchen, Sagen, Mythen, Fabeln und Legenden der Völker. Viele kulturhistorische Details schilderte er in Büchern wie „Also sprach der Marabu“, „Die Schlange Regenbogen“, „Wo die Sonne König war“ und „Unterm Weltenbaum“. Kubanische Reisebilder vermittelte Kauter in seinem Kinderbuch „Grüne Eidechse im blauen Meer“. In dem Roman „Gott Inka“ gestaltete er phantasiereich, aber nach authentischen Quellen ein großes Thema der Menschheitsgeschichte. Interessante Einzelheiten über Gesetze, Sitten, Bräuche, Religion und Weltanschauung der Inkas vermittelte der Autor wie nebenbei.

Die „poetische Beschwörung eines ausgerotteten Volkes“, das auf der Südspitze Lateinamerikas lebte, war Kauters Roman „Die Letzten vom Ende der Welt“. In seinen Reisebüchern über Chile, Peru und Venezuela wies sich der Autor als exzellenter Kenner der lateinamerikanischen Szenerie in Vergangenheit und Gegenwart aus. In

den 90er Jahren legte er Sachbücher vor wie „Was Abraham im Rucksack trug“ und „Ein Grabmal für Zeus“. Einen Glanzpunkt seines Alterswerkes bildet der biographische Roman „Befreier Bolívar“ (1996). In seiner Autobiographie „Lebenslandschaft“ (1999) begab sich er auf Spurensuche in der eigenen Familien- und Lebensgeschichte, wobei es ihm nicht um seine Bedeutung für die Welt ging, „sondern um den Einfluß von Welt auf ihn“. Der Schriftsteller veröffentlichte 1984 Aphorismen unter dem Titel „Kauterismen“ als „Zielübungen des Zeitgenossen“. In den 90er Jahren erschienen Kauters 85 Fabeln für Menschen von heute unter dem Titel „Die Taglaterne“, mit denen er dem Leser auf humorvolle Weise heimleuchtete. Zu verweisen ist auf seine Gedichtzyklen wie „Wir Kinder Kains oder von der Notwendigkeit der Unvernunft“ und „Abenteuerspielplatz Leben“. Sein letztes Buch „Ein Leben lang unterwegs, Erinnerungen an

Reisen, Geschichten und Geschichte“ war eine weitere Autobiographie.

Kauter ließ seine Leser mehr als Blicke in die ehemaligen Riesenreiche im heutigen Peru, Chile und Bolivien werfen, in ihre frühe Kolonialisierung und vor allem in ihre Befreiungskämpfe. Er wußte die Exotik der Landschaften ebenso zu gestalten wie die ethnographischen und historischen Besonderheiten und Quellen für die Kraft jener Völker. Der Autor vermittelte in seinen Büchern geschichtliches Wissen und historische Einsichten. Die meisten seiner Gestalten entwickelten sich im Befreiungskampf zu wahren Volkshelden. Kauter wußte dem Leser auch die Mentalität und das Brauchtum der Völker Lateinamerikas nahezubringen. Seine Bücher förderten so die Völkerfreundschaft. Dr. Kurt Kauter hat die Menschen verschiedener Völker einander nähergebracht und sich nicht nur in die Thüringer Literaturgeschichte eingeschrieben.

Dieter Fechner



Venezuelas Präsident Hugo Chávez mit zwei Müttern von der Plaza de Mayo aus Buenos Aires auf dem IDFF-Kongreß in Caracas, April 2007

Leserbriefe an RotFuchs



Am 2. Juni erlebte Rostock eine gewaltige Demonstration gegen die kapitalistische Globalisierung. Trotz Hetze, Kriminalisierung und Behinderungen der G8-Gegner durch den Staat und dessen Medien kamen viele Zehntausende aus dem In- und Ausland in die Hansestadt.

Die vielfältige und großartige Manifestation paßte nicht in das Bild, das Medien und Politiker seit Wochen gezeichnet hatten. Um den Repressionsapparat in und um Heiligendamm sowie für die Zukunft noch massiver in Erscheinung treten zu lassen, mußte die friedliche Demonstration eine Wendung erfahren; schon allein, um die bevorstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Sperrgebiet Heiligendamm durch „öffentlichen“ Druck zu manipulieren. Das, was im Vorfeld unter Terrorismusverdacht gestellt und kriminalisiert worden war, durfte auf keinen Fall friedlich verlaufen. Die Bilder der Situationen, die gebraucht wurden, waren bestellt und wurden auch prompt geliefert. Der Staatsterrorismus hierzulande ist facettenreich.

Was Bundesanwaltschaft, Innenministerium, BKA und Co. in der Vorfeldkriminalisierung nicht gelang – möglichst viele Menschen von der Anreise nach Rostock/Heiligendamm abzuhalten –, besorgten in Phase II Agenten und Provokateure von Geheimdiensten und Polizei sowie deren Mitläufer.

Man muß sich vor Augen halten: Trotz eines Großaufgebots von mehr als 18000 eingesetzten Polizisten, Hunderten Kontrollen und Checkpoints, welche die Demonstranten terrorisierten, sollte es nicht gelingen sein, „Bewaffnete“ und „Maskierte“ aufzuspüren? Bei diesem hochorganisierten Polizeiapparat ist ein solcher Gedanke geradezu lachhaft. Etliche Maskierte stehen offensichtlich im Dienst des reaktionären Staates.

Wer die Terroristen nicht findet, der muß sie erfinden. Journaille und Sensations-TV warteten verheißungsvoll und wurden nach kurzer Wartezeit entsprechend bedient.

Uwe Jakuttis, Wiesbaden

Meine Zeilen kommen aus einem kleinen Ort am Bodensee. Ich bin wohl der südlichste und vielleicht auch der jüngste Leser des „Rotfuchs“. Mein Alter: 17Jahre. Deshalb bitte ich, meine vielleicht etwas extremen Ansichten zu den Demonstrationen in und um Rostock gegen den G8-Gipfel zu entschuldigen. Mein Standpunkt ist jedenfalls, daß ich die Auseinandersetzungen in Rostock befürworte, da solche „Krawalle“ wahrscheinlich der einzige Weg sind, um in Deutschland an die Öffentlichkeit zu gelangen. Ein berühmtes Zitat lautet: „Wir leben in einer Welt, in der selbst das Auffällige nicht mehr auffällt.“ Viele werden jetzt behaupten, daß friedliche Demonstrationen auch ein Weg seien, um seine Meinung darzulegen. Ich bin damit einverstanden. Doch um die Aufmerksamkeit der breiten Masse zu wecken, muß manchmal mehr passieren. Offenbar bedarf es einer sehr großen Zahl von Verletzten, um auch nur die Räder im Kopf derer knirschen zu lassen, die die Macht haben, etwas zu verändern. Würden die Bosse auf dem G8-Gipfel überhaupt an das Volk denken, wenn nichts im Land geschähe? Ich meine, nein. Nun aber müssen sie sich mit der Frage beschäftigen, warum junge Leute mit solchem Haß auf die Polizei losgegangen sind. Ja, die Polizisten mußten ihre Aufgabe erfüllen, aber dazu kann ich nur sagen: zur falschen Zeit am falschen Ort. **Ivo Schaffer, Radolfzell**

Unlängst besuchte Egon Krenz Hoyerswerda. Im überfüllten Allee-Restaurant wurde er mit herzlichem Beifall empfangen. Von Anfang an herrschte eine aufmerksame Atmosphäre.

Ich erlebte einen trotz mehrjähriger Haft ungebrochenen, standhaften Kommunisten, der mit Überzeugungskraft und sachlichen Argumenten kritisch und selbstkritisch bemüht war, wesentliche Gründe für den Untergang der DDR, dessen Folgen für ihre ehemaligen Bürger und die deutsche Arbeiterklasse darzulegen.

Die Diskussion verdeutlichte, wie groß das Interesse an einer ehrlichen Aufarbeitung unserer eigenen Geschichte ist und daß wir auf vielen Gebieten noch immer Suchende sind. Mir wurde klar, daß sich die Ursachen der Niederlage der DDR nicht allein mit dem Wirken des politischen Gegners erklären lassen.

Die Leute aus der „Elite“ der BRD sind keine redlichen Kritiker, sondern die Sieger. Und so benehmen sie sich auch. Einigkeit herrschte darüber, daß die Konterrevolution nicht urplötzlich über uns „hereingebrochen“ ist, sondern nur den Endpunkt eines langen Prozesses bildete. Vielleicht lag manches auch daran, daß viele Errungenschaften der DDR den Menschen bereits als normal, gewissermaßen dazugehörig, erschienen, so daß sie nicht mehr die Notwendigkeit begriffen, sie immer aufs neue erwerben und verteidigen zu müssen. Warum ist so viel Schöpferium verkümmert, warum haben wir berechtigte Kritik nicht genügend gefördert, sondern oftmals unerwünschte „Fehlerdiskussionen“ zurückgewiesen?

Die Stunden dauernde Debatte brachte vielen von uns neue Denkanstöße. Jenen Generationen, die die DDR nur noch „vom Hörensagen“ kennen, müssen wir nahebringen, daß sie das Beste war, was die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Geschichte bisher hervorgebracht hat.

Horst Franzkowiak, Hoyerswerda

Den Hauptaussagen Klaus Steinigers in seinem Leitartikel „Was heißt Konterrevolution?“ stimme ich zu. Allerdings möchte ich deren Beginn nicht auf den staatsrechtlichen Akt des 7. Oktober 1949 festmachen. Der Prozeß nahm seine ersten Anfänge relativ bald nach der militärischen Niederrichtung Hitlerdeutschlands. Aufgrund persönlicher Eindrücke in Westberlin kann ich sagen, daß das bereits 1946 der Fall war – übrigens auch in Westdeutschland, wo es, wie im Osten, zunächst Ansätze einer demokratischen Neugestaltung gegeben hatte.

Die Subjekte dieser sich über mehr als vier Jahrzehnte erstreckenden konterrevolutionären Aktivitäten, also die Täter, waren die 1945 zwar militärisch besiegten, aber nicht vernichteten deutschen Imperialisten, gemeinsam mit Nazi-Führern und der Generalität. Als ihrer aller Galionsfigur bekundete Adenauer, die „Sowjetzone“ befreien zu wollen, wofür der Westen hinreichend stark sein müsse. Die massivste Unterstützung kam von den USA und deren Geheimdiensten, besonders der CIA. Daß die Konterrevolution sich stets großer Massen Irreführer bedient, ist eine alte Erfahrung.

Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin

Das kapitalistische Weltsystem bagatellisiert trotz allen Alarmgeschreis die wachsende Existenzgefährdung für Erde und Menschheit. Nach wie vor steht der Profit- und Wachstumsrausch über allem. Es zeigt sich immer mehr, daß die globalen Probleme unter kapitalistischen Bedingungen nicht lösbar sind.

Die Erde muß sozialistisch werden, damit die Menschheit überleben kann. Das ist ihre einzige Chance. Die Zeit dafür wir immer knapper. Wir müssen begreifen, daß Umweltfragen Klassenfragen sind. Ihre Lösung ist nur möglich, wenn sich die Menschheit von der Profitdominanz befreit. Darin drückt sich ein neuer wichtiger Aspekt der historischen Mission der Arbeiterklasse aus, der zu ihrem bisher definierten Umfang nicht im Widerspruch steht. Unser Kampf erhält ein zusätzliches Motiv, das den Weg zu neuen Bündnissen öffnen kann. Das müssen die Kommunisten aller Länder ihren Völkern verständlich machen.

Wolfgang Mäder, Neubrandenburg

Solange kapitalistische Staaten bestehen, ist die Möglichkeit des Eindringens der alten Ideologie in die sozialistische Gesellschaft nicht beseitigt. Bürgerliche Überreste im Bewußtsein, unzureichende Schulung und Stählung der Genossen begünstigen opportunistische Schwankungen. Eine kommunistische Partei kann nur dann Avantgarde sein, wenn sie sich nicht von den Massen abschirmt.

Realität war indes in der UdSSR und den sozialistischen Ländern Europas, daß ein wirklicher Gedankenaustausch zwischen Führung und Basis nicht mehr stattfand. Das schuf Spielraum für ideologische Entartung. Das Konstruieren „allgemeiner Menschheitsinteressen“ anstelle proletarischer Klassenpositionen, das Märchen vom „gemeinsamen Haus Europa“, der Austausch des Marxismus-Leninismus gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Konzeptionen alten und modernistischen Typs begünstigte das Abgleiten zum Liquidatorentum, das politische Paktieren mit dem Sozialdemokratismus. Die kommunistischen Parteien sozialistischer Länder Europas verloren an Glaubwürdigkeit, weil sie offensichtliche Fehler und Mißstände in der eigenen Arbeit vor den Massen vertuschten. Sie täuschten ein Bild bester Ordnung vor, trennten sich von öffentlicher Kritik und ruhten sich selbstzufrieden auf ihren Lorbeeren aus.

Petra Reichel, Bad Kreuznach

Hubertus Knabe hat ein neues Buch geschrieben. Laut Klappentext gehört er „zu den prominentesten Historikern der Bundesrepublik“. Er war bis zum Jahr 2000 in der Birthler-Behörde tätig und wirkt aktuell verantwortlich in der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Bei der Auswahl des Titels „Die Täter sind unter uns“ will Herr Knabe suggestiv an den Wolfgang-Staudte-Film (1946) „Die Mörder sind unter uns“ erinnern.“

Was da auf 340 Seiten an vulgärstem Antikommunismus zusammengeschrieben wurde, ist kaum noch zu überbieten und dürfte künftig in keinem Bücherregal des neofaschistischen Kadernachwuchses fehlen. Hier können nicht nur Einzelheiten des „verbrecherischen Wesens der SED-Funktionäre, der MfS-Mitarbeiter, ihrer IM, der Angehörigen der Grenztruppen, der Richter und Staatsanwälte und anderer Verantwortungsträger dieses verbrecherischen Tätersystems“ in Erfahrung gebracht werden. Knabe zerrt auch die drei Machtsäulen der Bundesrepublik Deutschland – Legislative, Exekutive und Judikative – vor die Schranken seines imaginären Gerichts. Er bezichtigt sie, bei der Abrechnung mit der DDR Unfähigkeit und Versagen an den Tag gelegt zu haben. Ob man beim Bundesverfassungsgericht, am Bundesgerichtshof, am Bundessozialgericht, im Bundestag und in den Länderregierungen künftig nicht besser auf Herrn Knabe hören und ihn vor Entscheidungen konsultieren sollte? Es wäre ratsam, diesem Allrounder in Rechtsfragen die juristische Ehrendoktorwürde zu verleihen und ihn zum Superminister dieser drei Machtsphären des Staates zu ernennen.

Bevor Herr Knabe allerdings Doktor ehrenhalber werden kann, müßte man ihm vermitteln, daß das Substantiv Täter eine juristische Kategorie ist. Wer nicht strafrechtsbezogen verurteilt wurde, darf ergo auch nicht als solcher bezeichnet werden. Dem Inhalt der Publikation ist zu entnehmen, daß nach 1990 lediglich 33 ehemalige Mitarbeiter des MfS in diesem Sinne verurteilt worden sind. 28mal räumte das Gericht Bewährung ein, viermal verhängte es Geldstrafen. **Wolfgang Willms, Weida**

Aus drei Gründen wende ich mich heute an Sie. Erstens möchte ich Ihnen danken und Ihnen hohe Anerkennung für die prinzipielle unverfälschte marxistische Position zollen, die der „RotFuchs“ unbeirrt vertritt und publiziert. Zweitens ist mir bewußt geworden, daß ein fortschrittliches und regimiekritisches Journal wie der RF von diesem Staat keine Gegenliebe zu erwarten hat, was mich persönlich dazu veranlaßt, vom gelegentlichen zum ständigen

Leser zu werden und die Zeitschrift zweimal jährlich im Rahmen meiner Möglichkeiten zu unterstützen. Drittens beziehe ich mich auf die Beiträge von Günter Rechtenbach und Dr. Dr. Ernst Albrecht, die meine volle Zustimmung finden. Die hier dargelegten Gedanken decken sich mit meinen langjährigen politischen und Lebenserfahrungen.

Der Kernpunkt für das Verstehen und Verarbeiten der Niederlage des Sozialismus in der DDR und die Ableitung konstruktiver Schlußfolgerungen aus dieser liegt in der Sicht auf das politisch-ideologische und organisatorische Wirken der SED.

Ich habe die Zeit der „Aktivisten der ersten Stunde“ nach der Befreiung vom Faschismus durch die Rote Armee miterlebt. Damals entwickelte sich unter Führung der Partei eine beispiellose Masseninitiative zum Wiederaufbau und zur Gestaltung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschland. Dazu war eine geduldige und mühevoll politische Überzeugungsarbeit erforderlich. Damals war die Partei die mobilisierende und inspirierende Kraft, die im Verein mit allen Antifaschisten große gesellschaftliche Ausstrahlung und Akzeptanz besaß. Kritik und Selbstkritik waren für uns unverzichtbar. Da der Leistungswille der Bevölkerung wuchs, blieben erste wirtschaftliche Erfolge nicht aus.

Doch in den 70er und 80er Jahren rückte die Partei zunehmend von ihrer eigentlichen Verantwortung ab. Sie leistete nicht mehr vorrangig konzipierende und ideologische Arbeit, sondern mischte sich immer rigoroser und unmittelbarer in die Leitungsprozesse der Betriebe, VVBs, Kombinate und Ministerien ein. Das Tragische und schließlich Zerstörerische an dieser Entwicklung war die Tatsache, daß kaum noch Diskussionen zu den vorgegebenen Zielstellungen möglich waren. Das bewährte und unverzichtbare Prinzip der Kritik und Selbstkritik war quasi ausgeschaltet oder kam bestenfalls nur von oben nach unten zur Anwendung. Der demokratische Zentralismus verwandelte sich so in einen zentralistischen Befehlsmechanismus.

Günter Drews, Neubrandenburg

Anscheinend weiß unsere Bundeskanzlerin kaum noch, was in ihrem Staat passiert. Nach den empörenden Geschehnissen im Vorfeld des G8-Gipfels, bei denen die Polizei kräftig zulagte, von einem anderen Staatschef öffentlich das Demonstrationsrecht einzufordern, ist mehr als unverfroren. Putins Antwort zeugte von genauer Kenntnis der Vorfälle in Hamburg und Berlin. Die Praktiken von Bush und Blair in Afghanistan und in Irak sowie die Errichtung eines gegen Rußland gerichteten Raketenschildes in Polen und Tschechien hält Frau Merkel nicht einmal für erwähnenswert! Schwerer zu Pflugscharen? Das gilt doch aber nicht für die Bundeswehr!

Peter Oldenburg, Schwerin

Bundeskanzlerin Merkel versucht immer wieder, den russischen Präsidenten Putin zu brüskieren. Dazu bot sich Gelegenheit auf dem Gipfeltreffen EU-Rußland in Togliatti an der Wolga. Frau Merkel bewies dort weder diplomatisches Geschick noch Takt und Toleranz. Man fühle sich in die Zeit des kalten Krieges zurückversetzt.

Die massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands ruft in Moskau logischerweise Argwohn und Mißtrauen hervor. Man kann zu Putin stehen, wie man will: Es ist sein gutes Recht, ja sogar seine staatsmännische Pflicht, Angriffe und Anschuldigungen seitens der Bundesregierung energisch abzuwehren. Putins Hinweis, daß der Westen ein doppeltes Spiel treibe und alles unterstütze, was der Untergrabung der russischen Staatsmacht diene, sowie seine Feststellung, daß die Stationierung von USA-Raketen in ehemaligen Staaten des Warschauer Vertrages die vorbehaltlose Unterstützung der Bundesregierung finde, haben des Wesens Kern getroffen.

Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln

Erneut kommen ungute Nachrichten über das Abstimmungsverhalten deutscher Mitglieder der Europaparlamentsfraktion GUE/NGL aus Brüssel. Es ist nicht zu fassen: Diesmal stimmten sie indirekt der Demontage eines Denkmals für sowjetische Soldaten zu, die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus gefallen sind. André Brie und Gabi Zimmer machen sich mit denen gemein, die einer Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus das Wort reden. Da fragt man sich schon, wo die moralischen Grenzen dieser Abgeordneten bei der weiteren Anbiederung an die Geschichtsrevisionisten liegen. In Lettland ehrt man Angehörige der Waffen-SS, und aus Deutschland werden diesen Mördern Renten gezahlt, während sowjetische Ehrenmale zur gleichen Zeit geschleift werden. Und unsere Abgeordneten leisten dafür noch ihre Unterschrift. Die verantwortlichen Politiker in Polen setzen gleich nach und wollen mit dem antikomunistischen Besen das Land auskehren.

Um es deutlich zu sagen: Die Politik der EU ist durch die Ausdehnung der politischen, ökonomischen und militärischen Macht vor allem nach dem Osten und gegen die Interessen Rußlands geprägt. Jugoslawien wurde überfallen, bestehende Verträge (z. B. Zwei plus vier) werden permanent verletzt, Raketen in Polen aufgestellt. Die Politiker aber heucheln Erstaunen, wenn Putin dies anprangert und entsprechende Reaktionen ankündigt. Schlimm, daß ein Teil unserer Abgeordneten bei diesem Komplott mitspielt.

Raimon Brete, Chemnitz

Die Geistesverwirrung des Ministerpräsidenten Oettinger beim Begräbnis Filbingers, Alt Nazi und einer seiner Vorgänger im Amt, bestätigt wieder einmal, daß sogar BRD-Führungspersonal die Tolerierung oder Reinwaschung ehemaliger Nazi-Aktivisten in Staatsdiensten lobpreist. Zeigt es doch, wie langlebig Adenauers antikomunistische „Leitkultur“ ist. Sie hat ganze Generationen der Alt-BRD infiziert und wurde zum Ausgangspunkt für die Aktivitäten von Neonazis aller Art. Der verniedlichte „Rand“ ist längst in der Mitte angekommen. Die Schauspielerin Iris Berben bemerkte dazu: „Konservative Politiker tragen Mitschuld am neuen Antisemitismus und Rechtsextremismus. Diese sind nicht plötzlich über uns gekommen, sondern wurden Jahrzehnte still geduldet und so gesellschaftsfähig.“

Die Nachkriegsentwicklung der BRD bei vorsätzlicher Nichtverwirklichung des Potsdamer Abkommens führte dazu, daß das braune Unkraut geduldet, gehegt, gepflegt und zum Blühen gebracht wurde. Jetzt weiß man angeblich nicht, wie man sich seiner entledigen soll. Will man das überhaupt? **Gert Thiede, Suhl**

Noch ein Nachtrag zur Leipziger Mai-Veranstaltung. Erstmals waren die Organisatoren der Gewerkschaft von der Polizei datenmäßig erfaßt worden. Die IG Metall legte Beschwerde ein. Unter dem Beifall der rund 1000 Teilnehmer übten der sächsische DGB-Vorsitzende und der ver.di-Betriebsratsvorsitzende eines Unternehmens harsche Kritik am zunehmenden Druck „von oben“. Die Hauptangriffspunkte waren die gesteigerte Arbeitshetze, Dumping-Löhne, drastische Einkommensenkungen, Tarifflicht, Ausgliederung von Betriebsteilen, das moderne Sklavensystem der „Leiharbeit“ und anhaltender Stellenmangel. Mit über 17 % Arbeitslosigkeit rudert Leipzig im Vergleich zu Dresden und Chemnitz mit Abstand am schlechtesten.

Der Auftritt von Wirtschaftsminister Jurk (SPD) wurde für ihn zum Spießrutenlauf. Seine Rede wurde ständig unterbrochen. Man hob eine Tafel mit der Frage empor: „Wer hat uns verraten...?“

Man kann feststellen, daß den vom sogenannten Einigungsprozeß Abgekoppelten als den ewigen Verlierern die Geduld ausgeht. Sie beginnen, die Fäuste zu ballen, auch wenn die Resignation noch überwiegt. Sie erinnern sich an

die Parole einstiger Bürgerrechtler „Westniveau ist Weltniveau“. Doch niemand ist bereit, eine so eklatante Fehleinschätzung einzugestehen oder sich gar zu entschuldigen.

Joachim Spitzner, Leipzig

Der kalte Krieg wurde nicht nur laut und mit militärischem Abschreckungspotential geführt, sondern auch in stillen, weniger überschaubaren und verdeckten Formen.

1950 erlebte ich als Kriminaloberkommissar zum ersten Mal die ökonomischen Kampfmethoden des Gegners. Ich war in einem Kreis Sachsens für die Bekämpfung von Betrügereien und Fälschungen verantwortlich. Eines Tages tauchten nachgemachte Reiselebensmittelmarken auf. Wir ermittelten deren Verreiber und konnten in Erfahrung bringen, daß die Marken von einem Kurier überbracht wurden. Es bedurfte mehrerer kalter Nächte, in denen wir auf der Lauer lagen, bis wir ihn erwischten. Er kam aus Bayern und sagte aus, dort würden solche Marken massenhaft von den Amis hergestellt, und anschließend durch Mittelsmänner in die DDR geschleust.

Später traten in unserem Kreis, wie anderswo auch, erhebliche Störungen an Energieanlagen, Verkehrseinrichtungen und in sozialistischen Betrieben auf. Sie wurden durch Ausbau und Diebstahl aller Arten von Buntmetall verursacht, das die Täter zu eigens eingerichteten Aufkaufstellen in Westberlin schafften.

Das gezielte Ausbluten der DDR wurde generalstabsmäßig organisiert. In Westberlin kaufte man Kameras, Ferngläser, Mikroskope und kostbares Meißner Porzellan in Riesenumfang auf. Dahinter stand die Tätigkeit ganzer Organisationen. Sie konzentrierten sich auch auf die gezielte Abwerbung von Ärzten, Ingenieuren und Wissenschaftlern.

Für uns Kriminalisten war es eine große Erleichterung, als am 13. 8. 1961 die Mauer errichtet wurde. Als ehemals leitender Kriminalist in einem Bezirk kann ich bestätigen, daß es jetzt erst möglich war, die Ursachen der Kriminalität in der DDR gründlich zu erforschen und vorbeugend auf ihre systematische Zurückdrängung hinzuwirken.

Werner Feigel, Chemnitz

Der Beitrag des Genossen Winderlich war mir und sicherlich vielen ehemaligen Strafvollzugsangehörigen der DDR aus dem Herzen geschrieben. Viel zu lange haben wir gezögert, über diesen Dienst objektiv zu berichten. Denn bislang wurde und wird der Strafvollzug der DDR kriminalisiert, verketzert und verleumdet.

Nur haßerfüllte Gegner der DDR können über angebliche und frei erfundene „Greuel“ berichten. Die Realität war eine andere.

Ich möchte etwas zur Tätigkeit der Erzieher im Strafvollzug sagen, mehr noch zur kameradschaftlichen und gedeihlichen Zusammenarbeit mit Betriebsangehörigen, Lehrern der Volkshochschule und der „Urania“.

Jeder Erzieher im Strafvollzug der DDR hatte eine Ausbildung mit Abschluß vorzuweisen. Diese erstreckte sich über mehrere Jahre. So gab es im Direktstudium an der Fachschule für Strafvollzug in Radebeul-West Zweijahreslehrgänge. Vermittelt wurde Wissen über Marxismus-Leninismus, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, fachspezifische Pädagogik und Psychologie, Gesetzeskunde sowie Einführungen in die Kriminalistik. Bei Lehrgangsabschluß waren diese Strafvollzugsangehörigen kompetente und gut ausgebildete Erzieher. In regelmäßigen Abständen fanden Weiterbildungslehrgänge statt. Auch ein Fernstudium an der erwähnten Fachschule sowie an der Fachschule für Pädagogik und Erziehung in Hohenprießnitz war möglich. Alle Studiengänge liefen mehrjährig, mit Zwischenprüfungen und Abschlußexamen. Die Lehrer der Fachschule Strafvollzug waren hochqualifizierte Ausbilder, gleichermaßen die Dozenten in Hohenprießnitz.

Mit dem Beitritt der DDR zur BRD wurden diese Lehrinstitute „abgewickelt“. 90 % der Erzieher verloren ihre Arbeit.

Die Konterrevolution hat nichts zugelassen, was nur im geringsten an den DDR-Strafvollzug erinnern könnte. **Horst Kubasch, Bautzen**

Der RF ist für politisch denkende Menschen immer sehr aufschlußreich. Es werden so viele verschiedene Aspekte beleuchtet und erklärt. Letztens hat mich das RF-Extra über Waldheim interessiert. Mein Großvater saß unter Hitler dort auch drei Jahre wegen einer Nichtigkeit ein. Näheres ist mir nicht bekannt; seine überlebenden Kinder (u. a. meine Mutter) erzählen nicht gern von den unschönen Mißhandlungen, die ihm widerfahren. Mit diesem Hintergrund bin ich in der DDR aufgewachsen und entsprechend geprägt worden.

Andrea Morgenstern, Hemmingen

Mit großem Interesse verfolge ich die Veröffentlichungen im „RotFuchs“. Hier werden den Lesern viele Informationen vermittelt, die sie zur täglichen politischen Auseinandersetzung benötigen. Als Mitglied bzw. Sympathisant der Ökologischen und der Kommunistischen Plattform in der PDS interessieren mich besonders die Beiträge, die Bezug auf Umweltfragen und wissenschaftlichen Sozialismus nehmen. Sehr interessant sind auch Artikel von Genossen, die in den Sicherheitsorganen tätig waren. Sie verdeutlichen die Rolle dieser Teile des Staatsapparats der DDR bei der Verteidigung der sozialistischen Ordnung.

Ich war selbst in diese Strukturen bis zur Auflösung des AfNS als Inoffizieller Mitarbeiter eingebunden. Mir geht es besonders um die richtige Einschätzung derer, die ehrenamtlich in den Sicherheitsorganen mitarbeiteten sowie ihrer jeweiligen Führungsrollen, die oftmals viele Stunden ihrer Freizeit für diese wichtige Aufgabe opferten, um den Sozialismus vor Gegnern unserer Gesellschaftsordnung zu schützen. **Udo Hammelsbeck, Drübeck**

Seitdem mir ein befreundeter Anwalt eine „RotFuchs“-Ausgabe überreicht hat, bin ich aktiver Leser Eurer Zeitschrift. Ich habe bereits mit vielen Gleichgesinnten über Euch geredet. Das Ergebnis: Wir werden uns einer Regionalgruppe anschließen, weil wir uns durch Euch angesprochen fühlen.

Wir meinen, daß der Prozeß der Konterrevolution mit Willi Brandts „Wandel durch Annäherung“ begonnen hat. Egon Bahr intensivierte diese Politik. Leider haben sich unsere Genossen hierbei einlullen lassen.

Mit der Aufgabe des Kurses auf „Störfreimachung der Wirtschaft“ wurde den Feinden der DDR Tür und Tor geöffnet. Hinzu kamen unkoordinierte Wirtschaftsabläufe in den RGW-Ländern. Der krankheitsbedingte Ausfall von Honecker trug mit dazu bei, daß die Führung der DDR sprach- und tatenlos der Offensive des Gegners gegenüberstand.

Später wurde eine Figur wie Krause damit beauftragt, „im Namen von 17 Millionen DDR-Bürgern“ mit Seiters einen sogenannten Beitrittsvertrag auszuhandeln.

Jetzt erleben wir ein ganz besonderes Stück Demokratie. Wir wohnen unmittelbar neben dem Fliegerhorst Laage/Kronskamp. Vor dem G8-Gipfel nahm sich die Polizei das Recht, Demonstrationen und Zusammenkünfte zu verbieten. Zwar entschied das Greifswalder Oberverwaltungsgericht dann anders. Sein Urteil wurde indes de facto unterlaufen.

Man stelle sich vor, der Warschauer Vertrag hätte zu DDR-Zeiten unter ähnlichen Sicherheitsvorkehrungen in Heiligendamm getagt. Die BILD-Zeitung wäre stündlich mit einer Sonderausgabe herausgekommen, und der RIAS hätte pausenlos Lageberichte gesendet, während der Ständige Vertreter der BRD in Berlin täglich vorstellig geworden wäre.

Lutz Dieter Schaub, Dolgen am See

Am 8. Mai eröffnete die faschistische NPD in Zwickau ein Büro ihres Landtagsabgeordneten

Klose. Vor einiger Zeit hatte dieser die Hitlerfahne aus dem Fenster seiner Wohnung gehängt. Der Vorgang rief den Zorn eines leider nicht allzu großen Teils der Zwickauer Bevölkerung hervor. Immerhin nahmen an einer Protestveranstaltung neben Vertretern der Linkspartei, PDS, der SPD, der DKP, des Bundes der Antifaschisten und der RF-Regionalgruppe auch die Bundestagsabgeordnete und DGB-Regionalvorsitzende Sabine Zimmer und Oberbürgermeister Dietmar Vettermann teil. Die CDU glänzte durch Abwesenheit. **Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Wir „RotFüchse“ aus dem Harzwald haben Karl Marx zu seinem 189. Geburtstag wie in jedem Jahr geehrt. Morgens um 9.00 Uhr begaben wir uns gemeinsam mit Genossen der Kommunistischen Plattform, Landtagsabgeordneten der PDS und anderen Interessierten zur Büste unseres Klassikers.

Für denselben Tag hatte auch die NPD den Platz vor dem Karl-Marx-Denkmal zwischen 10 und 18 Uhr beim Ordnungsamt beantragt. Dem wurde durch die Behörden entsprochen. Auf meine Intervention erklärte mir Oberbürgermeister Hoffmann: „Die NPD ist eine genehmigte Partei und kann wann und wo sie will derartige Versammlungen durchführen.“

Tatsächlich veranstalteten die Nazis eine „Grillparty“ und feierten die Schändung des Denkmals anschließend im Internet als „großen Sieg der nationalen Sache“.

Egon Eismann, Wernigerode

Da will sich die CDU ein neues Grundsatzprogramm unter dem Leitgedanken „Mehr Freiheit und weniger Staat“ geben, doch das Motto geht wohl weit an der Realität vorbei. In welcher Wirklichkeit leben wir denn? Sollen die Vorhaben des Herrn Schäuble, CDU-Strategie und Innenminister, zur verstärkten Aushorchung, Beobachtung und Überwachung der Bürgerinnen und Bürger weniger Staat bedeuten? Oder ist die unverhältnismäßige Verfolgung linker Demonstranten gegen den G8-Gipfel etwa mehr Freiheit? Demagogisch redet der Generalsekretär der CDU, Herr Pofalla, von Freiheit und Sicherheit als „Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft“.

Wessen Freiheit und wessen Sicherheit meint eigentlich die CDU?

Herr Pofalla fordert mehr Eigenverantwortung der Bürger. Doch häufig geraten das Wort und seine Bedeutung in Mißkredit. So fordert die Gesundheitsministerin, Frau Schmidt, mehr Verantwortung für die eigene Gesunderhaltung. Verteidigungsminister Jung sagt, wir seien „für Deutschlands Stärke und militärisches Gewicht in der Welt verantwortlich“. Die Bundeskanzlerin fordert unsere Verantwortung für den Standort Deutschland und dessen Konjunktur. Dabei kommt heraus, daß wir mehr Steuern zahlen müssen, um die armen Unternehmer zu entlasten.

Wo zeigen die Herrschenden ihre Verantwortung für die Existenzsicherung ihrer Wähler, für Chancengleichheit und Mitsprache des Volkes?

Dr. Horst Parlow, Neubrandenburg

Wer nach der Zeit-Ist-Geld-Maxime lebt, hat keine Muße für Weitschweifigkeit. Damit mögen sich philosophierende Tagediebe in einem griechischen Hafencafé die Zeit vertreiben, werden „Tatmenschen“ sagen.

Hier liegt der sprichwörtliche Hase im Pfeffer. Alles und jedes hat heute seinen Preis und unterliegt den Mechanismen des globalisierten Marktes bzw. der Logik des Spekulanten. Dabei ist dieser Geldwert, mit dem solche Leute die Welt auspressen und beherrschen, ein völlig fiktiver und unnatürlicher Wert. Zu Recht schrieb ein nordamerikanischer Indianerhäuptling vor mehr als 200 Jahren an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, daß sein Stamm das Land, den Himmel, die Wolken und das Wasser nicht verkaufen könne, da diese unveräußerlich seien. Außerdem werde man eines Tages feststellen, daß sich Geld nicht essen läßt.

Roland Schwarzenberger, Bruchsal

Ich danke für die erste „RotFuchs“-Sendung und für das ausführliche Telefongespräch mit der Redaktion. Trotz der Entfernung Wismar – Berlin spürte ich Nähe und Verbundenheit mit Gleichgesinnten. Der Funke sprang sofort über. Mein erster Eindruck nach der Lektüre: Eure – unsere – Zeitschrift trifft den Nerv der Zeit. Aufbau, Artikel und Zuschriften zeugen von hohem Sach- und Fachverstand der Zeitsungsmacher, Autoren und Leserbriefschreiber. Alle bisher von mir gelesenen Beiträge sind von Hingabe an die Sache und leidenschaftlichem Engagement erfüllt. Viele Materialien legen Zeugnis vom Handeln der Menschen in der leider untergegangenen DDR ab. Mögen sich noch viele Zeitgenossen zu Wort melden, um den nachfolgenden Generationen zu vermitteln, welche „Höhen und Tiefen“ es in der DDR gab. Ich freue mich, eine gute Zeitschrift erworben zu haben und wünsche allen Beteiligten viel Glück sowie eine möglichst stabile Gesundheit.

Der „RotFuchs“ liefert uns Argumente zum Handeln. **Otto Allenstein, Wismar**

Die Sendung der ARD am 5. Mai „Deutschland singt“ offenbarte erneut, wie weit beide Landesteile auseinander liegen. Es wurden „Volks- und Heimatlieder“ vorgetragen, auch von dem sattsam bekannten Heino. Er vermittelte mir, daß Schlesien jetzt auch zur BRD gehört, indem er das Schlesierlied präsentierte. Es fehlen nur noch Weisen aus Afghanistan und Kosovo, denn dort werden ja auch Großmachtansprüche der BRD geltend gemacht.

Heino hatte bereits mit der „Schwarz-braunen Haselnuß“ für einen kräftigen Skandal gesorgt. Jetzt ist so etwas ganz normal, gehört doch die faschistische NPD inzwischen zu den Landtagsparteien. **Winfried Freundt, Jena**

Am 11. Mai nahm ich in Wismar am ersten dortigen Lesertreffen teil. Zwischen 40 und 50 am RF Interessierte hatten sich eingefunden. Ich selbst bin seit über einem Jahr dabei. Von den Anwesenden erkannte ich nur wenige wieder, denn das Altern fordert nun einmal seinen Tribut. Die Ausführungen des Spezialisten Bernd Fischer zur Lage im Nahen Osten waren von Breite und Tiefe geprägt. Sie erlaubten einen aufschlußgebenden Blick hinter die Kulissen. Mit der Auftaktveranstaltung ist ein Anfang gemacht worden, der hoffen läßt.

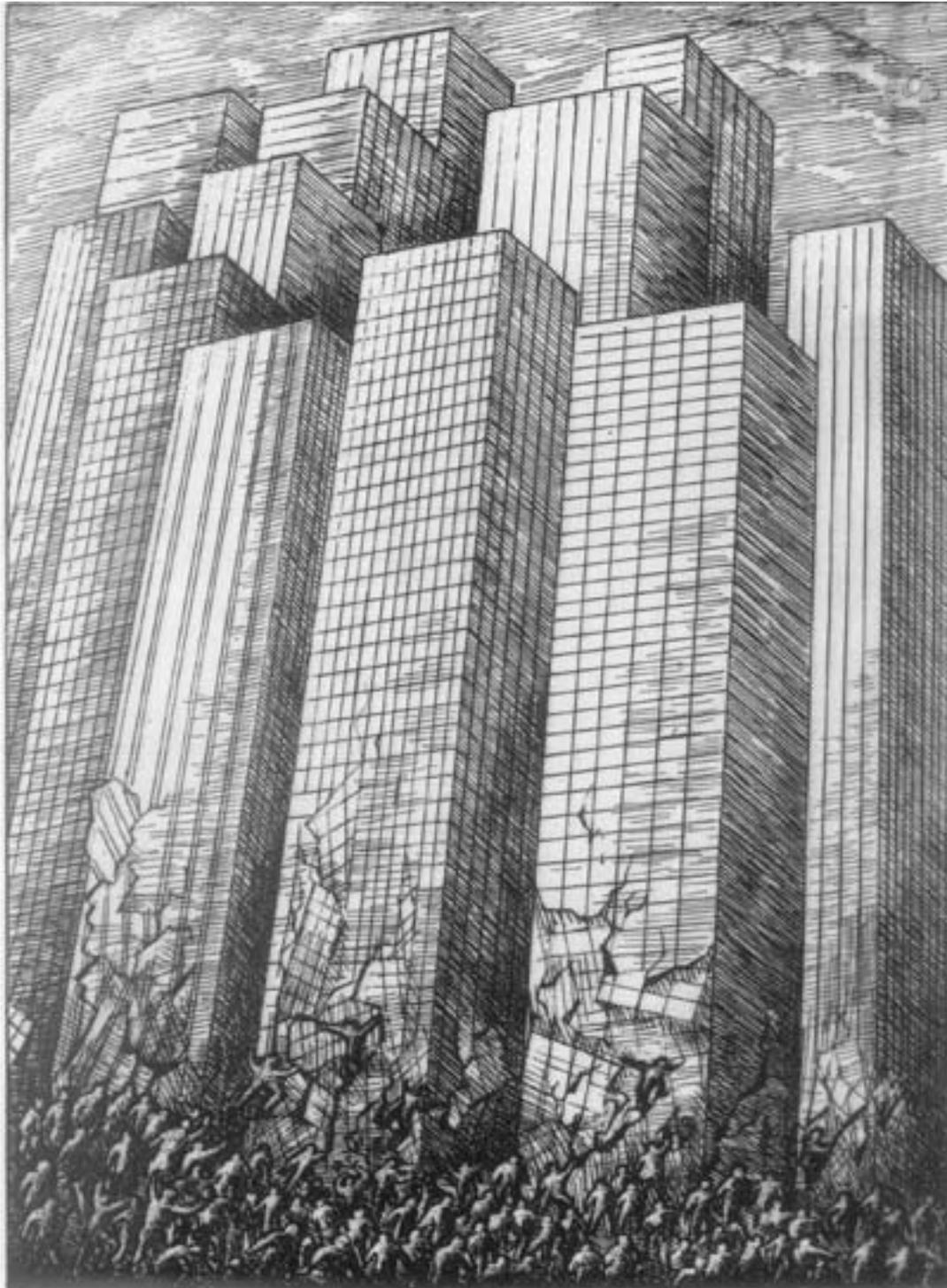
Georg Hoffmann, Wismar

Seit Ende letzten Jahres bin ich Mitglied der DKP und in diesem Zusammenhang auch auf Ihre Zeitschrift „RotFuchs“ aufmerksam geworden. Nach intensivem Studium der vorliegenden Ausgabe muß ich Ihnen ein Riesenkompliment machen: Das Blatt ist von der ersten bis zur letzten Seite lesenswert und hochinteressant. Es widerspiegelt in vieler Hinsicht meine Meinung und Einstellung. Ich finde es höchst erstaunlich und genauso anerkennenswert, daß es derartige Publikationen in der heutigen Zeit noch gibt. Leider sind diese aber wohl den meisten Menschen nicht bekannt und werden viel zu wenig gelesen.

Ich würde den „RotFuchs“ gern regelmäßig beziehen. **Dirk Engelman, Elsterwerda**

Meine Frau brachte mir von einem Treffen mit ihren früheren Arbeitskolleginnen eine Ausgabe des „RotFuchs“ mit. Ich habe ihn nicht nur gelesen, sondern verschlungen. Endlich wieder einmal klare, unmißverständliche Worte von Kommunisten. Gerne würde ich den „RotFuchs“ ständig lesen. Meine Frau sagte mir, daß ein Abonnement gegen eine Spende möglich ist. Kann man etwas über die Tätigkeit der Regionalgruppen erfahren? Welche Gruppe arbeitet in der Nähe meines Wohnortes, und wie bekomme ich Kontakt?

Gerd Brandenburg, Mittenwalde



Die fundamentale Kraft der Unterschicht

Grafik: Klaus Parche

Am **6. Juli** um **14.30 Uhr** spricht Botschafter a. D. **Rolf Berthold**, Vorsitzender des RF-Fördervereins, im Kulturhaus Teterow über das Thema:

Vietnam heute

Mitglieder, Leser, Freunde und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Veranstalter ist die **Regionalgruppe Teterow**.

Auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Berlin** spricht Oberst a. D. **Dr. Fritz Sayatz**, Mitglied der DDR-Delegation bei Abrüstungsverhandlungen, am **6. Juli** um **16.30 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, zum Thema

Die Gefahren der Weiterverbreitung von Kernwaffen

Am **12. Juli** um **16 Uhr** findet in **Güstrow**, Bürgerhaus (Saal), eine Veranstaltung der dortigen Regionalgruppe mit **Prof. Dr. Götz Dieckmann**, stellvertretender Vorsitzender des RF-Fördervereins, zu dem Thema

Klassen und Klassenkampf in der Gegenwart

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnick
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn

Dr. Klaus Huhn
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:
Karlheinz Effenberger
Klaus Parche,
Heinrich Ruynat, SHAHAR

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74